REKONSTRUIERTE TEXTAUSGABE

analyse & kritik

Nr. 470 · 21.2.2003

Diese Ausgabe ist kein Scan des gedruckten Heftes. Sie rekonstruiert die Ausgabe aus den born-digital HTML-Dateien der CD-ROM akArchiv.5. Titel, Rubriken, Autorinnen- und Autorenangaben sowie Volltexte wurden aus der gesicherten CD-Quelle übernommen.

Umfang: 43 HTML-Quelldateien. Die ursprünglichen Dateinamen und CD-Quellpfade werden bei jedem Eintrag ausgewiesen. Vorhandene oder künftig aufgefundene Faksimile-Scans bleiben eigenständige Primärdigitalisate.

Quelle: akArchiv.5, lokale verifizierte CD-Sicherung · Fassung 9. August 2026

Inhalt

1. Verlogene Friedensengel
2. "Trutziglich fordert sie..." Achter März: Da war doch was - bloß was? - Stefanie Graefe
3. Anti-Kriegs-Kongress in München: Das Ringen um eine linke Anti-Kriegs-Position - Friedrich C. Burschel
4. Hochamt der Friedensbewegten. Merkwürdige Proteste gegen die Nato-Sicherheitskonferenz in München - Fritz Burschel
5. US-Kriegskurs spaltet Europa - Knut Mellenthin
6. Irak-Flüchtlinge unerwünscht. Hunderttausende sollen in den Nachbarländern festgehalten werden - Boris Kanzleiter
7. Vereint im Wunsch nach Frieden. 500.000 demonstrieren in Berlin - mb.
8. Nicht in unserem Namen. In den USA regt sich zunehmender Protest - Max Böhnel
9. "Waffenbruder Hussein". Querfront statt Friedensbewegung in Serbien - Boris Kanzleiter
10. Mit Chirac für den Frieden? Die französischen Basisbewegungen bauen lieber auf die eigene Kraft - Bernhard Schmid
11. Protest in Smoking und Abendkleid. Der Kriegskurs der spanischen Regierung stößt auf breiten Widerstand - Tom Kucharz
12. Massendemos, Streikdrohungen. Die britische Friedensbewegung trägt Züge einer Anti-Blair-Bewegung - dk
13. Ohne Wenn und Aber gegen den Krieg. Italien: Massendemos und Blockaden - Emiliana Armano/Raffaele Sciortino
14. "Gut für den Aufschwung." In Schweden formiert sich die Friedensbewegung gegen eine lavierende Regierung - Rikard Warlenius
15. Wahlsieger Deutschland AG. Eindeutige Botschaft aus Hessen und Niedersachsen - mb.
16. Das Auge des Großen Bruders. Sicherheit, Überwachung und öffentliche Räume in Großstädten - Norbert Gestring
17. "Pendelausschläge des Antisemitismus." Interview mit dem Antisemitismusforscher Wolfgang Benz
18. Camp-Glück auch im Jahr 2003. Trotz Differenzen soll es wieder ein gemeinsames Grenzcamp geben - Gregor Samsa
19. Tansania: Vom afrikanischen Sozialismus zum Musterschüler des IWF - Gerhard Klas
20. Wer bombardierte Halabja? Ein Kriegsverbrechen in unterschiedlichen politischen Konjunkturen - Jan Keetman
21. Das who is who des WSF. Über die Entstehung und Struktur des WSF - Miriam Edding
22. Kraftquelle und Katalysator. Eindrücke vom III. Weltsozialforum in Porto Alegre - Albert Sterr
23. Israel nach den Wahlen - ein Schadensbericht - Achim Rohde
24. Die USA im Medienkrieg. Eins der Opfer des "Krieges gegen den Terror" ist der freie Zugang zu Informationen - Axel Dorloff
25. Dokumentation: Offener Brief an die Jungle World
26. Emanzipation durch Flächenbombardement. Deutsche Linke zwischen Saddam und Bush - Bernhard Schmid
27. Der feine Unterschied zwischen "koordinieren" und "führen". Attac-Basis sagt Nein zur Vereinnahmung durch DGB - Gerhard Klas
28. Fünf Fragen zur Anti-Kriegs-Bewegung - Raul Zelik
29. Langsam, aber sicher. Der Widerstand gegen Hartz & Co. formiert sich - Mag Wompel
30. Eiertänze um das Bündnis für Arbeit - Georg Wißmeier
31. (Haar-)Risse im Putz. Nachrichten aus der Welt der bezahlten und unbezahlten Arbeit
32. Bambule für die Ohren. Die politischen Möglichkeiten der Konzertreihe wurden nicht genutzt - DSe
33. Bagdad Blues/Instrumententeller Treibsand. CD-Besprechungen - DSe
34. Country made in Dithmarschen. Die Hamburger Band Cow bietet romantifizierende Rebellion - DSe

35. Exponierte Visionen. Die Retrospektive der Medienkünstlerin VALIE EXPORT - Nicole Vrenegor
36. Unser Mordor. Mutmaßungen zu Mittelerde, Helden und Linken - dk
37. Der Geist von Stalingrad. Geschichtspolitik für neue deutsche Siege - Js.
38. AUFGEBLÄTTERT
39. LESERINNENBRIEFE
40. ERRATA
41. KALENDER
42. EDITORIAL
43. ak sucht weitere SuperspenderInnen

1. Verlogene Friedensengel

Rubrik: Außenpolitik der BRD; Friedensbewegung; Kommentare zu aktuellen Geschehen · CD-Datei: daten/aksuche/ak470/47.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:470:47

Einem deutschen Verlagsvertreter ist es dieser Tage passiert, dass er auf einer Konferenz des renommierten britischen Verlagshauses Blackwell in London mit stehenden Ovationen begrüßt wurde. Denn: "Deutschland blockiert den Weg zum Krieg". Nicht nur BritInnen unterliegen zur Zeit einem grandiosen Irrtum über die rot-grüne Irakpolitik. Auch wenn die Hauptfeinde in der momentanen Irak-Krise in Washington und London sitzen: Über die bundesdeutsche Politik sollte sich die Friedensbewegung keine Illusionen machen. Genauso verbietet sich jedes Kokettieren mit einer deutsch-europäischen Tümelei gegen "den Amerikaner".

Bundestag auf Anti-Kriegskurs" titelt staatstragend und regierungsfreundlich die Berliner tageszeitung und feiert mit kaum verhohlener Begeisterung die Wiederauferstehung von Kanzler und Außenminister als Friedensengel. Wie viele andere auch ertränken die verhinderten rot-grünen PressesprecherInnen aus der Kochstraße das letzte bisschen kritischen Verstand in blankem Friedenspatriotismus. Dabei machen weder Schröder noch Fischer ein Hehl daraus, dass die Frage von Krieg und Frieden bei ihnen weder eine prinzipielle noch eine irgendwie moralische ist. Krieg und Frieden ist für die Bundesregierung ausschließlich eine Frage der kalkulierten Abwägung von Interessen - der "wohlverstandenen deutschen" natürlich. Und wie es in einem solchen Kalkül Sinn macht, mit "Hurra" und "Nie wieder Auschwitz" auf den Lippen Rest-Jugoslawien zu überfallen oder in Afghanistan die eine Terrorbande durch eine andere zu ersetzen, so macht es eben jetzt Sinn, die eigenen Elitetruppen in den Kasernen zu lassen, statt sie in die arabische Wüste zu schicken. Das ändert nichts daran, dass die "deutschen Interessen" weltweit militärisch verteidigt werden, im Kosovo wie am Hindukusch. Die aktuelle Bundeswehrdoktrin lässt da gar keine Missverständnisse aufkommen.

Der Interessensgegensatz gehört zum Imperialismus wie der Weihrauch zu den Katholiken. Die Kontrolle der Ölreserven, der Ölproduktion und des Ölpreises, die geopolitische Neuordnung des Nahen und Mittleren Ostens, die zukünftige Rolle der UNO und nicht zuletzt die zukünftige politische und militärische Rolle Europas - dies sind die eigentlichen Themen hinter der Irak-Kontroverse zwischen den Regierungen in Washington, London, Paris, Berlin und Moskau. Und weil sich Pack genauso schnell verträgt, wie es sich (manchmal) schlägt, mischt Deutschland eben indirekt bei einem Irak-Krieg mit: deutsche Patriots über die Niederlande an die Türkei, deutsche AWACS-Besatzungen über der Türkei, Überflugrechte für die USA, deutsche Soldaten als Ersatz für abgerückte US-Einheiten in hiesigen Stützpunkten. Selbst eine direkte Kriegsbeteiligung ist für Fischer-Schröder nicht ausgeschlossen: Beide akzeptieren einen Krieg als "ultima ratio", beide akzeptieren einen Krieg mit UNO-Segen.

Wenn überhaupt, kann der Krieg nur durch eine starke, weltweite antimilitaristische Bewegung verhindert werden. Diese entsteht, und sicherlich stärkt die propagandistische Position der Bundesregierung dieser Bewegung etwa in den USA oder Britannien ganz realpolitisch den Rücken. Es ist auch richtig, dass in Sachen Irak-Krieg der Hauptfeind in Washington sitzt und George W. Bush heißt. Doch deswegen von europäischer oder gar deutscher Friedensliebe zu halluzinieren, ist sachlich und politisch voll daneben. Nicht jede/r, der/die am 15. Februar weltweit gegen den Irak-Krieg demonstriert hat, ist ein/e Antimilitarist/in. In Deutschland etwa umfasst die Phalanx der KriegsgegnerInnen auch so zweifelhafte FriedensfreundInnen wie evangelische und katholische KirchenfürstInnen, rot-grüne BellizistInnen, CDU/CSU-Hardliner wie Peter Gauweiler und Jürgen Todenhöfer und nicht zuletzt auch bekennende Nazis.

Diese Breite ist eher Ausdruck eines antiamerikanischen als eines antimilitaristischen Grundkonsenses. So verständlich das Ressentiment gegen eine US-Regierung ist, die scheinbar völlig willkürlich und skrupellos ihr eigenes Interesse zum brennenden Reifen macht, durch das die Welt springen muss: Eine antimilitaristische Bewegung gegen den Irak-Krieg kann sich nicht darauf gründen, dass "der Amerikaner" Krieg führen will. Genauso wenig kann es um eine schlichte antiimperialistische Solidarität mit "dem irakischen Volk" gehen, womöglich in Gestalt des Tyrannen Saddam Hussein. Wer damit liebäugelt, sollte sich zumindest an den Giftgas-Terror Saddams gegen die irakischen KurdInnen oder an die Verfolgung der südirakischen SchiitInnen erinnern.

Der drohende Irak-Krieg ist ein Krieg für die Interessen der Mächtigen in der Welt und in der Region. Er ist ein Krieg um Öl und Macht. Er ist ein Krieg von oben gegen die Bevölkerung des Iraks. Alles gute Gründe, um gegen diesen Krieg zu kämpfen. Da braucht man keine schlechten.

2. "Trutziglich fordert sie..." Achter März: Da war doch was - bloß was?

Autor: Stefanie Graefe · Rubrik: Geschichte; Gender · CD-Datei: daten/aksuche/ak470/11.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:470:11

Dass der 8. März weltweit ein Tag der Solidarität im Kampf um gleiche und bessere Arbeits- und Lebensbedingungen von Frauen ist, ist allgemein bekannt. Eine Blitzumfrage unter ZeitgenossInnen verschiedener Geschlechter- und Altersgruppen ergab aber, dass kaum eineR weiß, wann, wo und warum zum ersten Mal 8. März gefeiert wurde. Ziel der diesmonatlichen gender troubles-Seite: diese Bildungslücke zu schließen.

Tatsächlich hat der Internationale Frauentag schon eine fast hundertjährige Tradition. Oder auch eine schon fast hundertfünfzigjährige, denn erste Impulse in Richtung internationaler Frauenkampftag gingen bereits 1858 von Demonstrationen der New Yorker Textilarbeiterinnen aus. Im allgemeinen aber gilt als tatsächlicher Ausgangspunkt ein Streik von Tabak- und Textilarbeiterinnen im Jahre 1908 in Manhattan. Bei diesem Streik schlossen Aufseher und Unternehmer die Arbeiterinnen in der Fabrik ein; so sollte verhindert werden, dass die Streikenden Kontakt zur Gewerkschaft aufnahmen und ihre Kämpfe auf andere Fabriken übergriffen. Ein Brand brach aus. Nur wenigen Frauen gelang die Flucht über die Absperrungen. 129 Frauen verbrannten.

Ein Jahr später, im Jahr 1909, streikten erneut 20.000 Hemdblusen-Näherinnen in Manhattan und Philadelphia. Tausende wurden verhaftet, doch die Unternehmer mussten ihren Forderungen nach zweimonatigem entschlossenen Streik nachgeben. Dieser erfolgreiche Frauenkampf war zugleich eine entschlossene Entkräftung des von vielen männlichen Genossen gehegten Vorurteils, wonach Frauen entweder nicht fähig seien, sich gewerkschaftlich zu organisieren oder man nicht auf sie zählen könne, wenn es darum geht, einen langen und erbitterten Kampf durchzustehen.

Leidenschaftliche Kampfansagen ...

Schon 1908 hatten Frauen auf dem Parteitag der sozialistischen Partei der USA ein nationales Frauenkomitee gegründet. Dieses Komitee setzte sich öffentlich für die staatsbürgerlichen Rechte aller amerikanischen Frauen ein. Ein Frauentag sollte dieser Forderung Nachdruck verleihen. So wurde am 20.02.1909 zur Unterstützung der Wahlrechtsforderungen in den USA der erste nationale Frauentag begangen. Am 3. Frauentag, dem 26.02.1911, fanden bereits in allen größeren Städten und auch in vielen kleinen Orten der USA große Demonstrationen statt - und die sozialistische Parteipresse druckte Sondernummern für das Frauenwahlrecht.

Auch bei der II. internationalen sozialistischen Frauenkonferenz in Kopenhagen im Jahre 1910 stand ebenfalls das Thema Frauenwahlrecht im Mittelpunkt. Die in Kopenhagen versammelten Frauen wussten sehr genau, dass sie ohne Druck gar nichts erreichen würden. Nach dem Beispiel der amerikanischen Genossinnen beschlossen deshalb etwa 100 Frauen aus 17 Nationen auf Vorschlag Clara Zetkins und Käte Dunckers, künftig jedes Jahr einen Frauenkampftag zu organisieren. Am 19. März 1911 fand so der erste Internationale Frauentag in Deutschland, Dänemark, Österreich und der Schweiz statt. Die Wahl dieses Datums sollte den revolutionären Charakter des Frauentags unterstreichen, weil der 18. März der Gedenktag für die Gefallenen in Berlin während der Revolution von 1848 war; zugleich sollte der Märztag auch zur Erinnerung an die kurze Zeit der Pariser Commune dienen.

Allein in Deutschland nahm über eine Million Menschen, die große Mehrzahl Frauen, an Veranstaltungen und Demonstrationen teil, um das Recht von Frauen auf volle politische Mündigkeit einzufordern. Mit folgenden Worten rief ein Flugblatt zum ersten Internationalen Frauentag in Deutschland auf: "Die Frau des zwanzigsten Jahrhunderts ist politisch mündig geworden, und trutziglich fordert sie ihre Staatsbürgerrechte .... Darum, auf ihr Frauen und Mädchen des arbeitenden Volkes, auf in den Kampf um euer Staatsbürgerrecht! Der 19. März ist euer Tag, an dem ihr zum Ausdruck bringen sollt, dass ihr es satt habt, als Gleichverpflichtete, aber Minderberechtigte euch zu mühen." Zentrale Forderungen der demonstrierenden Frauen waren: Arbeitsschutzgesetze, Achtstundentag, Mutter- und Kinderschutz, Festsetzung von Mindestlöhnen, Wahl- und Stimmrecht für Frauen, gleicher Lohn für gleiche Arbeit .

Wurde der Frauentag von 1915 noch zum Antikriegstag erklärt, so fielen in den folgenden Jahren des Ersten Weltkriegs die Veranstaltungen zum Frauentag aus. 1918 stand wiederum das Frauenwahlrecht im Mittelpunkt des Internationalen Frauentages. Erfolgreich erstritten Sozialistinnen und bürgerliche Frauenstimmrechtsverbände schließlich im November 1918, also vor gerade mal 85 Jahren, das Wahlrecht für Frauen.

1921 wurde auf Beschluss der 2. internationalen Kommunistischen Frauenkonferenz der 8. März als Internationaler Frauenkampftag festgelegt. Damit sollte an den großen russischen Textilarbeiterinnen-Streik aus dem Jahre 1917 erinnert werden. Der hatte nach russischem Kalender am 23. Februar stattgefunden, was in der hiesigen Zeitrechnung der 8. März ist. Tausende Textilarbeiterinnen streikten in Petrograd und initiierten die Februarrevolution; vier Tage später wurde der Zar zur Abdankung gezwungen und die provisorische Regierung garantierte den Frauen das Wahlrecht. In den folgenden Jahren wurde die Idee des Internationalen Frauentages auch in Holland, Frankreich, Schweden, Russland und der Tschecheslowakei aufgegriffen.

... gegen willfährige Dienerschaften

In den zwanziger Jahren waren die zentralen Themen am 8. März in Deutschland der legale Schwangerschaftsabbruch sowie der Schwangeren- und Mutterschutz. Das mit Grund: In ganz Europa entschieden, nicht zuletzt im Kontext der Wirtschaftskrise, jährlich über eine Millionen Frauen abzutreiben. An den Folgen dieser illegalen Abtreibungen starben in Deutschland allein im Jahr 1931 ca. 44.000 Frauen. Gleichzeitig internationalisierte sich der Internationale Frauenkampftag mehr und mehr: In China, Japan, England, Finnland, Estland, Litauen, Polen, Bulgarien, Rumänien, Türkei und Iran schlossen sich Frauenorganisationen den internationalen Mobilisierungen an.

Die letzten Frauenwochen in der Weimarer Republik vom 12. bis 28. April 1931 mahnten "Gegen Krieg und Naziterror" und riefen zum "Sozialismus und Frieden auf". Im ganzen Land organisierten Frauen über 1.500 Veranstaltungen, Feierstunden und Demonstrationen. Die Nationalsozialisten, kaum an die Macht gekommen, ließen den Frauentag, wie auch sowieso alle sozialistischen Frauenverbände, verbieten. Statt dessen wurde ein anderer Tag nationaler Feiertag: der Muttertag.

Die ersten Jahre des Internationalen Frauenkampftages waren immer auch, wie die Geschichte zeigt, Jahre des demonstrativen Bekenntnisses von Frauen zum Sozialismus. So konnte Clara Zetkin bezüglich Sinn und Zweck des Frauentages feststellen:

"Sein Ziel ist Frauenrecht als Menschenrecht, als Recht der Persönlichkeit, losgelöst von jedem sozialen Besitztitel. Wir müssen Sorge tragen, dass der Frauentag nicht nur eine glänzende Demonstration für die politische Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts, sondern darüber hinaus der Ausdruck einer Rebellion gegen den Kapitalismus, eine leidenschaftliche Kampfansage all den reaktionären Maßnahmen der Besitzenden und ihrer willfährigen Dienerschaft, der Regierung ist."

Dass die Geschichte des 8. März, gerade auch nach 1945, keineswegs immer auch "Ausdruck einer Rebellion gegen den Kapitalismus" war - das wiederum, ist eine andere Geschichte.

Stefanie Graefe

3. Anti-Kriegs-Kongress in München: Das Ringen um eine linke Anti-Kriegs-Position

Antikriegskongress in München:

Autor: Friedrich C. Burschel · Rubrik: Friedensbewegung; Deutsche Linke allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak470/07.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:470:07

Vom 10.-12. Januar trafen sich in München gut 250 TeilnehmerInnen, um an einer linken Positionsbestimmung zum angekündigten Irak-Krieg zu arbeiten. Das Ganze fand statt mit Blick auf die für Anfang Februar traditionell stattfindende Nato-Sicherheitskonferenz (früher Wehrkundetagung) in der bayerischen Landeshauptstadt. Bei einem weitestgehend antibellizistischen Konsens laborierte die Versammlung jedoch an der Breite des angestrebten Bündnisses gegen den Krieg und den Facetten solchen Krieges in einem wie auch immer neoimperialistischen Globalisierungsprozess. Es war ein Ringen um das spezifisch "Linke" an der Kriegsgegnerschaft.

Schon das Eröffnungspodium gab den Blick frei auf den Graben, der sich zwischen KriegsgegnerInnen "alter Schule" und der sehr taktischen Haltung von VertreterInnen der Bewegung der GlobalisierungskritikerInnen auftat. Mochte Thomas Seibert, Mitarbeiter von medico international und Fantômas-Redakteur, nicht von der Parole "Der Hauptfeind steht im eigenen Land" abrücken, rief Attac-Vertreter Konstantinos Karachlios zu breiten Bündnissen über "tiefe, historische Hemmschwellen" hinweg auf. Er wollte sich seine Hoffnungen auf einen Friedenskurs Deutschlands und seiner Regierung nicht zerstören lassen und warb für eine Zusammenarbeit auch mit "Leuten, die man sonst nicht so mag", bis hin zur Regierungskoalition. Die Einschätzung, dass es der deutschen Regierung tatsächlich um den Frieden gehe, teilten wohl die wenigsten der Anwesenden. Seibert sah etwa in der deutsch-europäischen Politik im Gegensatz zu den USA vordringlich das Arbeiten an einer "europäischen Variante eines globalen Kontrollregimes" mit weit reichenden Folgen.

Auch Tobias Pflüger konnte die Hoffnungen vieler auf einen vermeintlichen Friedenskurs der Schröder-Regierung nicht nachvollziehen. Bezugnehmend auf die laufende Erarbeitung neuer "verteidigungspolitischer Richtlinien" urteilt Pflüger vielmehr: "Deutschland organisiert seinen weltpolitischen Aufstieg mit militärischen Mitteln." Eine Analyse, die er in der Äußerung von Verteidigungsminister Struck illustriert sieht, dass deutsche Interessen künftig im Hindukusch verteidigt würden. Die Friedenslinie der Schröder-Regierung sei einzig und allein und mit dem gewünschten Erfolg aus wahltaktischen Gründen beschritten worden, ist sich Pflüger sicher. Im Übrigen sei Deutschland mit zahlreichen indirekten Hilfestellungen für verbündete Kriegsparteien - genannt seien Überflugrechte, Awacs-Aufklärungsflüge und Schutz amerikanischer Kasernen durch die Bundeswehr sowie weitere logistische Hilfe - ohnehin in die Kriegsvorbereitungen und den geplanten Militärschlag gegen den Irak involviert.

Gegen den Krieg sei die "blutrot-olivgrüne" Koalition allenfalls, weil sie andere Interessen in der Region als die USA verfolge. Pflüger glaubt, das eigentliche Ziel der US-Politik sei der Iran auf der "Achse des Bösen". Die deutsche Regierung und deutsche Unternehmen hätten dem gegenüber enge Beziehungen zum oder in den Iran. Konflikte in dieser Weltgegend laufen nach Pflügers Ansicht irgendwann auf eine "direkte Interessenkollision" innerhalb des atlantischen Lagers hinaus.

BRD-"Friedenspolitik": blutrot und olivgrün

Die deutsche "Verteidigungspolitik" habe darüber hinaus Auswirkungen sowohl auf die militärische Entwicklung in der EU wie in der NATO. Mit der Aufstellung einer NATO-Eingreiftruppe und parallel dazu ähnlichen Verbänden auf EU-Ebene werde die neue US-amerikanische Militärdoktrin des so genannten Preemptive-Krieges Einfluss auch auf die transatlantischen Partner-Konkurrenten haben, schätzt der Mitarbeiter der Informationsstelle Militarisierung in Tübingen. Die NATO-Response-Force soll schon kommendes Jahr mit 21.000 Mann einsatzfähig sein. Die EU-Eingreiftruppe ist in einer Stärke von 60.000 Mann geplant, wobei der deutsche Führungsanspruch darin mit einem Kontingent von 18.000 SoldatInnen und dem so genannten Einsatzführungskommando in Potsdam unter Befehl eines deutschen Generals hinreichend beschrieben sei, so Pflüger.

In mehrstündigen Workshops machten sich die KriegsgegnerInnen Gedanken darüber, wie der Widerstand gegen den bevorstehenden Irak-Krieg organisiert und verbreitert werden könnte. Dabei waren neben der Militarisierung Deutschlands im Rahmen der Militärmacht Europa, der NATO-Kriegspolitik und kapitalistischer Globalisierung auch der "Krieg gegen die Flüchtlinge" und "Militarisierung und Patriarchat" Themen der Arbeitsgruppen. Die Tatsache, dass die Workshops trotz mancher - auch organisatorischer - Längen sehr gut besucht waren und die Leute bis zum Schluss mitarbeiteten, zumindest aber ausharrten, kann als ein Hinweis verstanden werden, dass eine Menge Klärungsbedarf und Selbstvergewisserung gefragt war. Ein gewisses Unbehagen oder eine Unsicherheit spiegelt sich jedoch gewiss auch in der Frage, wie sich linke KriegsgegnerInnenschaft und der Kampf gegen Militarisierung der Gesellschaften und des Globalisierungsprozesses, wie Solidarität mit MigrantInnen und Flüchtlingen, Antirassismus und antipatriarchale Ansätze sich gegen zum Teil völlig beliebige oder auch gegenläufige, etwa nationalistische Anti-Kriegs-Haltungen klar abgrenzen können.

Klärungsbedarf und Selbstvergewisserung

Vielleicht war es dieser Klärungsbedarf, der das Augenmerk vieler auf die zentrale Abendveranstaltung lenkte, wo es um eine Einschätzung der Lage in Nahost vor dem Hintergrund des drohenden Irak-Krieges ging. Eine Diskussion über Nahost und den darin eingebetteten Palästina-Israel-Konflikt ist im StellvertreterInnenkrieg Antideutscher mit ihrem "pro-palästinensischen", antiimperialistischen Gegenpol bislang weitgehend verhindert, eine differenzierte Auseinandersetzung über die tatsächliche Situation im Nahen Osten so unmöglich gemacht worden. Auf dem Podium versuchte insbesondere der Frankfurter Politikwissenschaftler und Publizist Sabah Alnasseri, selbst Exiliraker, dem Mangel an Überblick und Differenzierung mit einer kühlen Analyse abzuhelfen. Die Sache Palästinas und das Versprechen, "die Juden ins Meer" zu jagen, ist nach Alnasseris Auffassung geradezu konstitutionell-legitimierendes Element vieler autoritär strukturierter arabischer Staaten, insbesondere auch im Irak Saddam Husseins. Ein Krieg im Irak nach amerikanischem Muster, der das Land unter die Kontrolle der USA, ihm jedoch nicht die versprochene Demokratie brächte, würde diese Regimes allerdings nur noch stärken.

Die Illusion vieler antideutscher Linker, ein amerikanischer Krieg würde dem Irak Demokratie bringen und so auf lange Sicht Israel entlasten und den Konflikt mit den Palästinensern entschärfen, weist Alnasseri von der Hand. Er geht vielmehr davon aus, dass es den Bush-Kriegern nicht um Demokratie geht, sondern um die Kontrolle bestimmter geostrategischer und ökonomischer Stützpunkte auf irakischem Gebiet, das ansonsten nach dem Waffengang in Chaos und mindestens drei Teilstücke auseinander brechen und so zum Quell neuer kriegerischer Konflikte werden könnte. Nur eine friedliche Lösung der Nahost-Konflikte könne einen demokratischen Spin-Over-Effekt in der Region haben: Doch Alnasseri bezweifelt, dass die USA ein Interesse daran hätten, zumal ein demokratischer "Erdrutsch" die ganze Region der Kontrolle der Amerikaner zunächst entziehen würde.

Den Palästinakonflikt beleuchteten eine Vertreterin des International Solidarity Movement, das vor Ort in den palästinensischen Gebieten arbeitet, und die Berliner Internationalistin Endy Hagen, die ihre Erfahrungen aus Israel vermittelte. Wer in dem Konflikt eine Entscheidung zwischen Israel und Palästina einfordere, blende die gesellschaftlichen Widersprüche und sozialen Verwerfungen auf beiden Seiten des mörderischen Konflikts aus, so die beiden. Wer für Solidarität mit Israel aus historischer Verantwortung heraus plädiere und im Staat Israel den Schutzraum für Juden vor Antisemitismus sehe, liege nicht falsch. Und doch verweigere sich so jemand dem Blick darauf, was Israel noch ist: nämlich Heimat von gegenüber jüdischen EinwohnerInnen rechtlich benachteiligten PalästinenserInnen.

Auch innerhalb der jüdischen Bevölkerung Israels gebe es ein starkes soziales Gefälle entlang der Hautfarbe, wo etwa eine weiße aschkanasische Oberschicht sich von arabischen Einwanderern abgrenze. Die Kluft zwischen Arm und Reich werde immer tiefer, konstatierte Endy Hagen. Rechtsextreme Splitterparteien in der israelischen Regierungskoalition hetzten gegen PalästinenserInnen als "Läuse" und "Krebs am Sozialsystem". Doch "nicht jeder Israeli, und auch nicht jeder Israeli, der Sharon wählt, ist Palästinenserhasser oder Rassist", stellte Hagen fest, und doch: Die Nerven lägen blank. Die israelische Friedensbewegung - von der zionistischen, auf Schadensbegrenzung bedachten Peace now bis zu radikaleren jüdisch-palästinensischen Gruppen wie Ta'ayush - spiele da keine große Rolle.

Bemühen um kühle Analyse

Dasselbe müsse über pro-westliche NGOs in den Autonomiegebieten gesagt werden, die den Kontakt zur palästinensischen Bevölkerung völlig verloren hätten, berichtete die Referentin des International Solidarity Movements. Ein extremer "Märtyrer"-Kult und ein verbreitetes Sozialbanditentum all der "Tansim", der Bewaffneten aller nur erdenklichen Gruppen und Grüppchen, feiere fröhliche Urstände. Die populistisch-reaktionäre und in Teilen antisemitische Hamas-Bewegung erfreue sich vor diesem desolaten Hintergrund regen Zulaufs. Sie warnte angesichts allzu kritikloser Palästina-Solidarität: Weder lasse sich aus den PalästinenserInnen ein revolutionäres Subjekt zurechtinterpretieren, noch könnten ihnen andere Ansprüche übergestülpt werden. Ihre Organisation, das International Solidarity Movement, arbeite vor Ort an gewaltfreien Möglichkeiten, die Besetzung der Autonomiegebiete zu beenden, und daran, "den Menschen ein Gefühl dafür zu geben, sich nicht noch mehr auf Selbstmordattentate" zu kaprizieren.

Nach dem Gehörten war es Thomas Seibert, der antideutscher Kriegsbefürwortung eine Absage erteilte: "Eine bellizistische Position kann nie eine linke Position sein!" Einen historischen Bruch machte Seibert dabei an der Jahrhundertwende zum 20. Jahrhundert aus, als linke Kriegsgegnerschaft mit sozialdemokratischer Zustimmung zu imperialistischer Herrschaft konfrontiert war. Den unter dem Slogan "Fanta statt Fatwa" firmierenden antideutschen und antinationalen Bellizisten attestierte Seibert einen dezidierten Metropolenrassismus. Der Slogan verrate, dass einerseits Wert auf die materiellen und relativen rechtsstaatlichen Vorteile des Metropolenbewohners gelegt werde, die andererseits jedoch "in der Ausbeutung des globalen Südens ihre Voraussetzung" hätten. Konsterniert zeigte er sich mit Verweis auf den Herausgeber der Bahamas und andere auf deren Kurs schwenkende Publikationen wie Jungle World und konkret, "dass der antideutsche Irrwitz auch Zustimmung bei Leuten findet, die nicht so bekloppt sind wie Justus Wertmüller".

Friedrich C. Burschel

4. Hochamt der Friedensbewegten. Merkwürdige Proteste gegen die Nato-Sicherheitskonferenz in München

Merkwürdige Proteste gegen die Nato-Sicherheitkonferenz

Autor: Fritz Burschel · Rubrik: NATO und NATO-Strategien; Friedensbewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak470/17.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:470:17

Introitus: Besinnung

Kraut und Rüben. Krieg und Frieden. Schuld und Vergebung. Bush und Hussein. Um was ging es noch mal bei diesen Veranstaltungen. Ach ja, gegen den Krieg im Irak: und zwar nur den im Irak. Und zwar auch nur den, den die beiden Antichristen Bush und Rumsfeld anzuzetteln sich anschicken. Und nicht vergessen: Nicht immer diese arrogante Tonlage anschlagen gegenüber den StiNos (Stinknormalen), den SpießerInnen und Bürgerlichen, KatholikInnen und Friedfertigen. Froh sein, dass so viele auf die Straße gehen, ist das Gebot der Stunde. Krötenschlucken angesagt, Toleranz für Ignoranz, kein Blut für Öl, kein Krieg für amerikanische Interessen (über deutsche ließe sich vermutlich diskutieren), eine andere Welt ist möglich ...

Tut Buße

Das Wetter machte das Demonstrieren am 7. und 8. Februar in München zu einer Bußübung der besonderen Art. Am Freitagabend, als eine mit rund 3.000 Protestierenden noch recht überschaubare Menge gegen den Empfang der "Kriegstreiber" durch den Münchener Oberbürgermeister Christian Ude die bibbernde Stimme erhob, war es in erster Linie kalt. Die ziemlich langen Redebeiträge zeichneten sich über weite Strecken durch Redundanz aus. Thema war der Oberbürgermeister, der die "Weltkriegsstrategen" willkommen heißt und dann aber eine Großkundgebung gegen den Krieg anführen will am kommenden Tag. Thema war auch die Repression, die Ungeheuerlichkeit der Kriminalisierung nicht genehmer Proteste gegen die Nato-Sicherheitskonferenz und (links-)radikaler KriegsgegnerInnen. Jeder Bus, den das Unterstützungskommando (USK) genannte Elitecorps der Bayerischen Polizei auf der Theresienwiese durchsuchte, wurde durchgegeben und die Polizei aufgefordert, das zu unterlassen. Ob das Wirkung zeitigte, wurde nicht durchgegeben.

Innenminister Günther Beckstein, ein Meister der modernen Volksaufklärung, hatte "Gewaltexzesse" von Autonomen vorausgesagt, von 1.000 Chaoten war die Rede. Auch viele der Friedliebenden waren beeindruckt und verunsichert von diesem "Krieg", der den Münchener Einkaufsmeilen von der Theatinerstraße über den Marienplatz bis zum Stacchus drohte, (wo auch an Tagen wie diesen die Kundenmassen unbeirrt und zielstrebig durch die Warmluftschleusen strömen).

Was blieb der Polizei also anderes übrig, als die "bösen" DemonstrantInnen hinter Riot-Fences einzusperren und in jeder nur erdenklich anderen Weise zu schikanieren und zu belästigen. Die - zugegebenermaßen - nachvollziehbaren fast flehentlichen Berufungen auf grundgesetzlich geschützte Bürger- und Menschenrechte etwa der Versammlungs- und Redefreiheit verrauchten in der winterkalten Abendluft. Für Heiterkeit und einen kurzen Moment wärmender Bewegung sorgte Versammlungsleiter Claus Schreer, als er den Versammelten 3.000 zurief: "Wir sind hier jetzt 10.000!". Schreer repräsentierte die radikaleren KriegsgegnerInnen und Friedensbewegten, die sich mit ihrer Kritik auch gegen die bundesrepublikanische Außen- und Kriegspolitik wenden und die dahinter liegenden weltpolitischen Interessen benennen: das Münchener Bündnis gegen die Nato-Sicherheitskonferenz, attac München und das Münchener Friedensbündnis. Ihnen wollte am Tag danach der Münchener OB gemeinsam mit den christlichen Kirchen, dem Deutschen Gewerkschaftsbund und etwa dem Kinderschutzbund eine Demo der "Guten" entgegenstellen, welche sich nicht so radikal, aber doch auch irgendwie gegen den Krieg positionieren sollte. Aber bis dahin floss noch so mancher Hektoliter Wasser die Isar und bayerisches Bier die Kehlen der durchgefrorenen DemonstrantInnen hinunter.

Rühmliche Ausnahme beim Redenmarathon am Freitagabend war mal wieder Tobias Pflüger, Experte der Informationsstelle Militarisierung (IMI) in Tübingen. In kurzen Statements umriss er einmal mehr den deutschen Beitrag zu diesem und jedem anderen Krieg des Westens gegen den Rest der Welt und

Deutschlands Rolle und Interesse darin und im Nahen Osten. Er rief mehrfach insbesondere Soldaten der Bundeswehr und Awacs-Besatzungen zur Befehlsverweigerung und Desertion auf. Dafür wurde er im Anschluss erst mal festgenommen und drei Stunden in Gewahrsam der Polizei gehalten: Man hatte seine Anweisungen, so die Diensttuenden. Zum zweiten Mal hatten die Gesetzeshüter diesen notorischen Friedensapostel in flagranti bei seinem wehrkraftzersetzenden Treiben ertappt: Sapperlot!

Ähnlich erging es den BesucherInnen des Konvergenz-Zentrums im "Tröpferlbad", die die Polizei auf Mitternacht zu regelrecht überfiel: rund 200 Personen wurden über Stunden dort festgehalten, ihre Personalien kontrolliert und all jene, welche nicht aus München und Umgebung waren, wurden zur weiteren Überprüfung ins Polizeipräsidium in der Ettstraße gebracht. Vorwiegend BerlinerInnen wurden in Unterbindungsgewahrsam genommen. Der aufgeräumt heitere Polizei-Pressesprecher vor Ort, Andreas Huch, grinste in jener glatten, selbstgewissen "bayerischen Art" über die "Linksextremisten", über die Erkenntnisse vorlägen, dass sie hier im Tröpferlbad "Straftaten planten". Und das geht halt nicht: Da muss eine Übermacht Ordnungshüter ran und den Vorhersagen des Innenministers die Statistik nachreichen. Die Frage, ob denn gezielt BerlinerInnen mitgenommen würden, quittiert Huch mit einem blitzblanken, braun gebrannten 1.Mai-Lachen. So einfach ist die Welt, Gut und Böse ungefähr so klar erkennbar wie in der übersichtlichen Welt von George Dabblju Bush und seinem Kardinal Rumsfeld. Wer hier nach Verhältnismäßigkeiten, den ominösen "Erkenntnissen" der Polizei oder einfach nur nach Nachvollziehbarkeit fragt, läuft Gefahr sich lächerlich zu machen.

Prozession der Guten

Im Gegensatz zur Kundgebung am Freitag und der für Samstag um 12 Uhr angesetzten Großdemo danach kamen am Samstagmorgen an der Münchener Freiheit vor allem parteigebundene SPD-nahe, Gewerkschaftsanhänger und Kirchenvolk zum hochoffiziellen und durch den Oberbürgermeister geheiligten Anti-Kriegshochamt. Ihre Hoffnung gehörte dem friedliebenden Schröder und seinem Außenwauwau, die die Welt mit deutscher Standhaftigkeit vor einem neuen Krieg retten sollen. Der Stellvertreter des Herrn Schröder ist in München dessen geringer Bruder Christian Ude, der dem Volk selbdritt (1) mit DGB-Erzbischof Fritz Schösser und dem Münchener SPD-Domprobst Franz Maget erschien. "Unser" Christian Ude hatte es den versammelten "Sicherheitsexperten" beim Empfang im Rathaus aber gesagt, hatte gesagt, dass man gerade in München wisse, was Bombenkrieg sei und dieser vermutlich keine Lösung bringen werde. Das war dem Volke ein Hosianna wert, Ude wurde umjubelt wie der Heiland und er genoss es. Ausgerechnet der Mann, der im vergangenen Jahr jeglichen Widerstand gegen die Nato-Sicherheitskonferenz unterbinden wollte und kurzerhand ein Demonstrationsverbot für ganz München predigte, machte sich mit Baskenmütze und rotem "Kein Krieg"-Schild zur Speerspitze der biederen Kriegsgegnerschaft.

Schröder, der Che und ich

Vereinzelte "Heuchler"- und "Nie wieder Deutschland"-Rufe wurden von der schweigenden Mehrheit der friedliebenden Gutgläubigen verschluckt. Unerträglich selbstgerecht inszenierte sich dieser zahnlose Protest. Die Plakate, die sich die Heimwerker zuhause im Hobbyraum gebastelt hatten, strotzten vor Personalisierung der Kriegsfrage auf die beiden Teufel Bush und Rumsfeld, seltener fielen oder las man die Namen Cheney, Powell, Wolfowitz, Blair usw., denen abgrundtiefe Dummheit und ein verbrecherisches Wesen attestiert wurde. Im Zusammenhang mit Rumsfelds "Achse der Außenseiter" Berlin - Tripolis - Havanna gerieten die Weltbilder gehörig durcheinander. Die geistlose Simplifizierung auf die Gut-und-Böse-Kardinalfrage, der man vor allem US-Präsident Bush abschätzig zieh, wurde in allen Kombinationen reproduziert. "Schröder, der Che und ich sind gegen den Krieg", ein T-Shirt mit brennenden Stars-and-Stripes, USA-feindlichem Aufdruck und Sig-Rune im Staatskürzel, ein Hoch auf das "alte Europa" und allerlei anderer Unfug wurde in die von Schneeflocken dicke Luft gehalten. Die Katholische Arbeitnehmerbewegung, Sektion Lohhof, der Ökumenische Friedenskreis und Freunde Palästinas schwenkten ihre Fahnen zwischen denen der Grünen, der SPD, der Gewerkschaften und der grünen Jugend (die, wenn sie schlaff herumhängen wie ihre TrägerInnen, aussehen wie Hamas-Banner).

Keine Missverständnisse

Deutschland wisse schließlich, was Krieg bedeute und habe schreckliche Erfahrungen gemacht vor 60 Jahren, verkündete Laienfriedensprediger Ron Williams ("Hello, Mr. Frieden" - Anti-Pershing-Protest Anfang der 80er Jahre) am Odeonsplatz, wo sich bei der Abschlusskundgebung rund 7.000 Gläubige zum "Urbi et Orbi" ihres

Oberbürgermeisters versammelten - moderiert von Achim Bogdan vom katholischen Staatssender BR. "Damit keine Missverständnisse entstehen", so tönte es während des Demozugs aus den Lautsprechern, "wir demonstrieren hier nicht gegen die Nato-Sicherheitskonferenz" und, um ein weiteres Missverständnis auszuschließen, wurde nochmals klar gestellt, dass sich die Demo zwar gegen den Krieg richte, nicht aber für Saddam Hussein Partei ergreife - sicher notwendige Klarstellungen für alle ErstdemonstriererInnen, die im Wirrwarr friedliebender Äußerungen, geistlosen Geplappers, dreister Vereinnahmungen und Schwarz-Weiss-Bildern vielleicht etwas den Überblick verloren hatten. So gelang der Spagat zwischen Friedensgedöns und Kriegsduldung, zwischen Sünde und Absolution, das reine, konsequenzlose Gutsein der erlösten Christenmenschen: Halleluja!

Von der Messe zum Frühschoppen

Wer seine sieben Sinne beieinander hatte und gelbgefrorene Zehen, wanderte vor dem Amen vor der Theatinerkirche ab zur "bösen" (Süddeutsche Zeitung) Demonstration am Marienplatz, die die Polizei von vornherein und erneut hinter Gittern einpferchte und mit schwer erträglicher Schikane belegte. Doch wieder - wie im vergangenen Jahr - ging die Rechnung nicht wirklich auf, denn es kamen dann doch die meisten von der Prozession herüber zum Marienplatz wie nach der Messe zum Frühschoppen.

Am Ende strömte denn wohl eine Menschenmenge von rund 25.000 auf den Lenbachplatz zur Abschlusskundgebung. Irgendwie war doch alles irgendwie gut gegangen, alles war irgendwann im Laufe des 24-stündigen Protests von irgendeinem/-einer RednerIn irgendwie thematisiert worden, alle fühlten sich ein bisschen wohl, verstanden und in ihrer Angst ernst genommen, alle hakten zufrieden ein etwas langweiliges, aber friedliches Wochenende ab.

Prophetisch klang im langatmigen Redemarathon einzig die Ankündigung der attac-Mitgründerin Susan George, die auf der zu so ziemlich allem anderen parallel verlaufenden Friedenskonferenz (leider eher ein geriatrischer Kongress mit Eso-Einschlag) im Eröffnungsforum eine ziemlich eindrucksvolle Rede hielt: Sie habe es am Freitagnachmittag aufgegeben, einen Spaziergang durch München zu machen, weil es vor Polizeipräsenz fast unbegehbar schien. Doch, so kündigte sie an, "wenn dieser Krieg begonnen wird und wenn es der Krieg ist, den wir vorhersehen mit den 800 Cruise Missiles in zwei Tagen und zahllosen zivilen Toten, werden sie weltweit nicht genug Polizei haben, um den Hass gegen George Bush, Tony Blair und ihre Komplizen einzudämmen."

Das kann ja heiter werden!

Friedrich C. Burschel, München

Anmerkung:

1) Veraltet für "zu dritt"; im Katholischen mit starkem Bezug zu "Anna Selbdritt", Darstellungen der Hl. Anna, mit ihrer Tochter, der Gottesmutter Maria, und dem Jesuskindlein. Allgemein werden heilige Dreiheiten mit "selbdritt" bezeichnet.

5. US-Kriegskurs spaltet Europa

Autor: Knut Mellenthin · Rubrik: NATO und NATO-Strategien; Interventionspolitik und Kriege; USA; Europa allgemein und EU-Politik · CD-Datei: daten/aksuche/ak470/27.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:470:27

Kurz vor dem zweiten Irak-Krieg befindet sich die NATO in der größten Krise seit ihrer Gründung vor über 50 Jahren. Der US-Regierung ist es gelungen, Frankreich und Deutschland, die den Krieg durch Verzögerungsmanöver zu verschieben und letztlich zu verhindern versuchen, innerhalb der europäischen Gemeinschaft zu isolieren. Sie kann darauf verweisen, dass insgesamt 18 europäische Staaten in zwei Erklärungen ihre Loyalität mit der US-amerikanischen Außenpolitik bekundet haben. Nach dem Fortfall der Sowjetunion als allgegenwärtiges Feindbild ist die Funktion der NATO als Zweckbündnis, dem viele Widersprüche unter den Mitgliedern untergeordnet wurden, ebenso obsolet geworden wie die Rolle der USA als Schutz- und Führungsmacht. Ob es den USA dauerhaft gelingt, den Terrorismus und den islamischen Fundamentalismus als gleichwertigen Ersatz für das Feindbild Sowjetunion aufzubauen, ist angesichts des offensichtlich geringen militärischen Potenzials dieser Kräfte zweifelhaft. Eine Folge der Tatsache, dass die kapitalistischen Staaten nach dem Zusammenbruch des "sozialistischen Lagers" keinen ernsthaften äußeren Gegner mehr haben, ist, dass die Widersprüche zwischen ihnen stark an Bedeutung und Schärfe zunehmen.

Die am 30. Januar in mehreren europäischen und US-amerikanischen Zeitungen veröffentlichte Stellungnahme ist unterzeichnet von den Regierungschefs von Spanien, Portugal, Italien, Großbritannien, Ungarn, Polen und Dänemark sowie vom tschechischen Präsidenten Vaclav Havel.

Der Text kam auf Bestellung des Wall Street Journal zu Stande, das schon seit dem 11. September 2001 einen ganz harten Kriegskurs nicht nur gegen den Irak, sondern auch gegen den "militanten Islam" weltweit propagiert. Die Zeitung hatte Blair, Berlusconi und den spanischen Ministerpräsidenten Aznar gebeten, einen Meinungsartikel zum Irak-Krieg zu liefern. Blair und Aznar hatten es dann unternommen, weitere potenzielle Unterzeichner für eine gemeinsame Erklärung anzusprechen. Mindestens zwei europäische Regierungen, die niederländische und die griechische, lehnten es ab, sich zu beteiligen, mit dem Argument, dass sich Europa einheitlich äußern sollte. In der Sache steht die niederländische Regierung aber voll hinter der Stellungnahme der Acht.

Die Erklärung beginnt mit einer Beschwörung der "gemeinsamen Werte" Demokratie, individuelle Freiheit, Menschenrechte und Herrschaft des Rechts. Angeblich haben diese Werte, zusammen mit den aus Europa nach Nordamerika kommenden Einwanderern und Einwanderinnen, den Atlantik überquert. Über diese Interpretation der Geschichte kann man sich nur wundern, ebenso wie über die folgende Behauptung, diese gemeinsamen Werte seien heute "stärker bedroht als jemals zuvor", weshalb es denn auch "mehr als jemals zuvor" lebenswichtig sei, die Einheit und Geschlossenheit zwischen USA und Europa zu wahren.

Dass in der Erklärung "die zwei Formen der Tyrannei, die im 20. Jahrhundert unseren Kontinent verwüsteten, Nazismus und Kommunismus", schlichtweg gleichgesetzt werden, ist zwar angesichts der Rolle der Sowjetunion im Zweiten Weltkrieg eine Geschichtsrevision gigantischen Ausmaßes, entspricht jedoch dem seit langem in USA und Europa vorherrschenden Weltbild. Aber dass heute der Terrorismus oder der islamische Fundamentalismus eine noch größere Gefahr für die ganze Welt darstellen sollen als "Nazismus und Kommunismus" es jemals waren, ist von so atemberaubender Blödheit, dass es erst einmal verdaut sein will. Und doch ist dies die von der US-Regierung offiziell verkündete und von ihren europäischen Partnern sofort nachgebetete Doktrin. Verteidigungsminister Rumsfeld auf der Münchner Tagung zur europäischen Sicherheitspolitik am 8. Februar: "Die Sicherheitslage, vor der wir stehen, ist die gefährlichste, die die Welt jemals gesehen hat. Das Leben unserer Kinder und Enkel könnte auf dem Spiel stehen."

Die Erklärung der Acht erweist zwar der US-amerikanischen "Tapferkeit, Großzügigkeit und Weitsicht" ihre Reverenz, bleibt aber, genau besehen, im entscheidenden Punkt, der von der US-Regierung in allernächster Zeit angestrebten militärischen Unterwerfung und Besetzung Iraks, auffallend vage und zurückhaltend. Die UN-Resolution 1441 sei "Saddams letzte Chance, sich friedlich zu entwaffnen"; es liege bei ihm, eine größere Konfrontation zu vermeiden. Der UN-Sicherheitsrat müsse "seine Glaubwürdigkeit wahren, indem er volle Befolgung seiner Resolutionen sicherstellt", und man vertraue darauf, "dass der Sicherheitsrat seiner Verantwortung nachkommt". Punkt und Schluss, mehr nicht.

Der politische Stellenwert der Erklärung der Acht liegt denn auch nicht in ihrem Inhalt, der aus Sicht der USA nicht wirklich zufrieden stellend ist und der wahrscheinlich auch von der deutschen Bundesregierung voll mitgetragen werden könnte. Die politische Funktion liegt vielmehr im Sichtbarmachen der Spaltung Europas und in der angestrebten Isolierung Frankreichs und Deutschlands als Vertreter einer Minderheitsposition auf verlorenem Posten. Damit hat die Erklärung der Acht auch einen wesentlichen Stellenwert für die US-amerikanische Innenpolitik und die Formung der öffentlichen Meinung in den USA. Denn die Mehrheit will dort keinen militärischen Alleingang ihres Landes gegen den Irak.

Erklärungen en masse - Europa erklärt sich

Inhaltlich erheblich deutlicher als die Erklärung der Acht fiel die am 5. Februar von den zehn Außenministern der so genannten Wilna-Gruppe abgegebene Stellungnahme aus. Zu diesen Staaten im Wartezimmer der NATO und der EU gehören Albanien, Bulgarien, Kroatien, Estland, Lettland, Litauen, Mazedonien, Rumänien, Slowakien und Slowenien.

Die Stellungnahme der zehn Außenminister beginnt mit dem Glaubensbekenntnis, die von US-Außenminister Powell im UNO-Sicherheitsrat vorgelegten Behauptungen über das Massenvernichtungswaffen-Programm des Irak seien "eindeutige Beweise". Dieses Bekenntnis, das außerhalb der USA und abgesehen von Tony Blair kaum eine weitere Regierung unterschreiben würde, gewinnt noch an Bedeutung durch die Tatsache, dass die Stellungnahme der Wilna-Gruppe schon wenige Stunden nach Powells UNO-Auftritt, noch am selben Tag, veröffentlicht wurde.

Man verzichtete also sogar darauf, sich wenigstens den Anschein zu geben, als hätte man Powells Behauptungen ernsthaft geprüft. Angesichts der bekannten Schwierigkeiten, zehn Außenminister von Staaten, zwischen denen es im Grunde wenig Gemeinsamkeiten gibt, auf den Inhalt einer Stellungnahme zu vereinheitlichen, kann man getrost davon ausgehen, dass diese schon vor dem Auftritt Powells in der UNO fertig formuliert war. Man geht wohl auch nicht fehl mit der Annahme, dass der genaue Wortlaut der Erklärung mit der US-Regierung abgestimmt war.

In der Stellungnahme heißt es, nunmehr sei klar geworden, dass der Irak sich nicht an die am 8. November vergangenen Jahres vom UNO-Sicherheitsrat einstimmig beschlossene Resolution 1441 halte. "Die eindeutige Gefahr, die Saddam Husseins Regime darstellt, verlangt eine einheitliche Antwort der Gemeinschaft der Demokratien. Wir rufen den UN-Sicherheitsrat auf, die erforderlichen geeigneten Maßnahmen zu ergreifen." Die Unterzeichner seien "bereit, sich an einer internationalen Koalition zur Durchsetzung der Entwaffnung des Irak zu beteiligen".

Die Erklärung der Wilna-Gruppe muss in erster Linie als bestellte Ergebenheitsadresse an die US-Regierung und als klare Niederlage für das deutsche Vormachtsstreben in Osteuropa interpretiert werden. Dass heute selbst in Kroatien, das während des jugoslawischen Bürgerkrieges im engen Zusammenspiel mit Deutschland agiert hatte, die USA die Nase vorn haben, ist ein eindeutiges Signal. Vor allem die US-amerikanischen "Neokonservativen" haben es im letzten Jahrzehnt ausgezeichnet verstanden, ein enges Netz persönlicher Verbindungen in Osteuropa aufzubauen, indem sie sich zum Sprecher und Lobbyisten der ehemals sozialistischen Staaten machten, beispielsweise indem sie auf jede Weise deren schnellen Anschluss an die NATO förderten.

Die EU hat 15 Mitglieder sowie zehn Kandidaten, die voraussichtlich im Jahr 2004 aufgenommen werden sollen. Von den künftig 25 Mitgliedern der EU haben 13, also knapp mehr als die Hälfte, eine der beiden pro-US-amerikanischen Erklärungen unterschrieben. Zumindest die niederländische Regierung gehört ebenfalls zu diesem Lager. Lediglich Belgien und Luxemburg stehen in diesem Streit an der Seite Frankreichs und Deutschland. So gesehen hatte US-Verteidigungsminister Rumsfeld völlig Recht, wenn er davon sprach, Frankreich und Deutschland bewegten sich mit ihrer Minderheitsposition in die Isolation. Von den verbleibenden sechs EU-Mitgliedern und zwei Kandidaten, die sich bisher nicht einem der beiden Lager angeschlossen haben, tendieren vermutlich nur Finnland und Schweden sowie vielleicht auch Griechenland mehr zur französisch-deutschen Position.

Das bekannte Spiel: Teilen und herrschen

Völlig anders stellt sich die Sache allerdings dar, wenn man die Stimmung der Bevölkerung in den europäischen Ländern betrachtet. In keinem einzigen der 18 Staaten, die die beiden pro-US-amerikanischen Erklärungen unterschrieben haben, könnte sich die Zustimmung zu einem Krieg gegen den Irak ohne UNO-Mandat, geschweige denn die direkte Beteiligung daran, auf eine Bevölkerungsmehrheit stützen. In Spanien beispielsweise, dessen Regierungschef Aznar zusammen mit Blair bei der Unterstützung der US-Kriegspolitik eine Vorreiterrolle spielt, erklärten bei einer Gallup-Umfrage im Januar 74% der Befragten, sie seien "unter keinen Umständen" für einen Irak-Krieg. Die Ablehnung fiel damit sogar klarer aus als in Frankreich und Deutschland, wo das Ergebnis auf diese Frage bei 60 bzw. 50% lag. Selbst in Großbritannien liegt der Anteil derjenigen, die einen Krieg "unter allen Umständen" ablehnen (41%), über denen, die ihn bei Vorliegen eines UNO-Mandats für richtig halten würden (39%). Italien wurde bei dieser Gallup-Umfrage nicht untersucht; aus anderen Umfragen ergibt sich aber, dass die Ablehnung dort bei 66-70% liegt.

In den meisten osteuropäischen Staaten gibt es gleichfalls eine Mehrheit, die einen zweiten Irak-Krieg "unter allen Umständen", also selbst im Fall eines UNO-Mandats, ablehnt: am größten mit 76% in Mazedonien, 64% in Estland, 59% in Bulgarien. Der Anteil derjenigen, die einen von den USA und ihren Alliierten im Alleingang geführten Krieg gegen den Irak billigen würden, liegt in den von Gallup untersuchten 22 europäischen Ländern bei maximal 11% (Rumänien) und im Durchschnitt bei etwa 8%. Am niedrigsten ist er mit 4% in Spanien und Mazedonien. In England, dem wichtigsten Partner der US-Regierung für den Irak-Krieg, sind es nur 10%, die an einem amerikanisch-britischen Alleingang Gefallen finden würden.

Die Frage, ob das eigene Land einen Irak-Krieg unterstützen sollte, beantworteten 61% in Frankreich und 71% in Deutschland ablehnend. In Spanien sind es 73%. Auch in Osteuropa überwiegt die Ablehnung, am stärksten mit 79% in Russland und 73% in Jugoslawien. Lediglich in Großbritannien (44% zu 41%) und Rumänien (45% zu 41%) haben die Unterstützungswilligen ein leichtes Übergewicht.

Am interessantesten mit Blick auf die künftige weltpolitische Entwicklung sind die Antworten auf die erste Frage der Gallup-Untersuchung, die in 41 Staaten aller Kontinente durchgeführt wurde. Die Frage lautete: "Allgemein gesprochen, meinen Sie, dass die US-amerikanische Außenpolitik auf Ihr Land eher positive, negative oder gar keine Auswirkung hat?" Negative Einschätzungen überwogen in Deutschland mit 67% zu 11%, in Frankreich sogar mit 71% zu 9%, in Spanien mit 57% zu 9%, in den Niederlanden mit 56% zu 7% und selbst in Großbritannien mit 42% zu 30%. In Osteuropa freilich überwiegt in mehreren Ländern (Rumänien, Estland, Albanien) die Annahme, von der US-amerikanischen Außenpolitik zu profitieren. Auf dem Gegenpol befindet sich, aus nahe liegenden Gründen, Jugoslawien, wo 68% der Befragten die Auswirkungen der US-amerikanischen Außenpolitik negativ bewerten und nur 9% positiv. In Bulgarien beträgt das Verhältnis 41% zu 25%, in Mazedonien 52% zu 23% und in Russland 55% zu 11%.

Diese Ergebnisse in Europa entsprechen dem von Gallup festgestellten weltweiten Trend. In Argentinien beispielsweise werden die Auswirkungen der US-Außenpolitik mit 58% zu 13% negativ bewertet, in Pakistan mit 46% zu 8%, in Indien mit 46% zu 27%, in Australien mit 51% zu 31% und in Kanada mit 53% zu 22%. Die Selbstdarstellung der US-Regierung an der Spitze einer weltweiten Koalition, die angeblich schon die Hälfte aller Staaten umfasst, die Interessen der Menschheit gegen die größte Bedrohung der Weltgeschichte zu verteidigen, entspricht also absolut nicht der Sicht der großen Mehrheit der Betroffenen.

Eine Mehrheit, die keine ist

Dabei stehen die USA erst am Anfang ihrer strategischen Pläne, deren volles Ausmaß an negativen Auswirkungen erst künftig sichtbar werden wird. Gegen diese praktischen Erfahrungen der Menschen kommt selbst eine mit Riesenetats ausgestattete Propagandamaschine nur bedingt an. Und die Hoffnung, mit dem weltweiten Siegeszug von McDonalds, Coca Cola, amerikanischer Musik und Lebensart würde fast automatisch auch Sympathie für die US-amerikanische Außen- und Militärpolitik einhergehen, kann bereits jetzt als gescheitert gelten.

Dennoch macht sich die US-Regierung zumindest kurzfristig begründete Hoffnungen, die französisch-deutsche Position innerhalb der NATO und der EU isolieren und unschädlich machen zu können. Auf jeden Fall reicht der Hinweis auf die 18 europäischen Staaten, die sich zur Unterstützung der US-amerikanischen Politik bekannt haben, schon jetzt aus, um die öffentliche Meinung in den USA zu beeinflussen.

Die rot-grüne deutsche Bundesregierung hat sich diese Situation auf Grund ihres opportunistischen, dilettantischen und unberechenbaren Zickzack-Kurses weitgehend selbst zuzuschreiben. Zunächst hat sie nach dem 11. September 2001 Bundeswehreinheiten für die Stationierung in Kuwait und Nordostafrika zur Verfügung gestellt, was als eindeutige Unterstützung der schon damals offen diskutierten US-amerikanischen Kriegspläne in der Region verstanden werden musste und offensichtlich auch so gemeint war, da diese Einheiten im deklarierten Kampf gegen den Terrorismus völlig funktionslos sind. Dass die US-Regierung damals neben dem Irak auch über Militäraktionen gegen Somalia oder Jemen laut nachdachte, macht das Verhalten der Bundesregierung nicht gerade besser. Es kommt hinzu, dass deutsches Territorium auf jeden Fall im großen Umfang als Hinterland des bevorstehenden Irak-Krieges dienen wird, selbst wenn die USA diesen völlig im Alleingang führen würden. Damit hat die Bundesregierung schon weit mehr an bedingungsloser materieller und politischer Unterstützung des zweiten Irak-Krieges geleistet als, abgesehen von Großbritannien, die meisten der 18 Staaten, die jetzt öffentlich ihre Loyalität mit der US-Administration bekundet haben.

Berlin, Moskau, Paris - wer fällt als Erster um

In einer zweiten Phase, von Frühjahr bis Sommer vergangenen Jahres, blockte die Bundesregierung jede Diskussion über ihre Position zu den in den USA völlig offen erörterten US-amerikanischen Kriegsplänen ab mit der dreisten, an der Sache gezielt vorbeigehenden Behauptung, der Regierung sei von konkreten Angriffsabsichten nichts bekannt.

In einer dritten Phase versuchte die Bundesregierung plötzlich, mit Ablehnung der US-amerikanischen Kriegspläne im Wahlkampf zu punkten. Kurz darauf folgte die UNO-Sicherheitsratsresolution 1441, die die Rückkehr der InspektorInnen in den Irak einleitete. Die Bundesregierung begrüßte zwar die Resolution, legte sich aber gleichzeitig darauf fest, sich keinesfalls an deren eventueller militärischer Durchsetzung zu beteiligen. Das wurde schließlich zu der Aussage gesteigert, Deutschland werde im Sicherheitsrat einer eventuellen militärischen Durchsetzung auf gar keinen Fall zustimmen.

Diese Festlegung musste, da sie nicht begründet wurde, unverständlich bleiben, konnte außenpolitisch von vornherein keine Überzeugungskraft entfalten. Dabei wäre sie durchaus gut begründbar: Da die US-Regierung viele Male öffentlich erklärt hat, dass sie den Irak auf jeden Fall und unter allen Umständen angreifen wird, auch ohne Zustimmung des UNO-Sicherheitsrats, war das ganze Verfahren von vornherein nur eine Farce: Der Irak bekommt keinen "fairen Prozess". Entweder das Urteil des UNO-Sicherheitsrats fällt exakt so aus, wie die US-Regierung es sich von Anfang an gewünscht hat, oder die US-Streitkräfte holen sich ihr Recht auf eigene Faust. Sich an einem Verfahren, dessen Ergebnis von vornherein feststeht, nicht zu beteiligen, ist eine legitime und vernünftige Option. Das würde allerdings erfordern, dies offen auszusprechen, und würde eine sehr viel grundsätzlichere Abgrenzung von der Kriegsstrategie der USA, die sich nicht nur gegen den Irak, sondern gegen die gesamte Region richtet, voraussetzen.

Die USA sind bereit, diesen Meinungskampf mit voller Schärfe auszutragen und zur Offensive überzugehen, indem sie die europäischen Staaten sehr erfolgreich gegeneinander ausspielen. Auf der Gegenseite können sich Frankreich, Deutschland und Russland noch nicht einmal sicher sein, wer von ihnen als erster umfallen und überlaufen wird. Keiner dieser Staaten scheint bereit, den Konflikt auf der Ebene und mit der Schärfe austragen zu wollen, die Politiker und Medien der USA ohne Zögern vorgegeben haben. Zumindest kurzfristig dürfte die US-amerikanische Einschätzung richtig sein, dass Europa viel zu uneinig, schwach und feige ist, um sich der Kriegsstrategie der USA zu entziehen oder gar zu widersetzen.

Knut Mellenthin

6. Irak-Flüchtlinge unerwünscht. Hunderttausende sollen in den Nachbarländern festgehalten werden

Autor: Boris Kanzleiter · Rubrik: Irak; Nahost allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak470/03.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:470:03

An den Grenzen zwischen dem Irak und seinen Nachbarstaaten bereiten Hilfsorganisationen und Regierungen seit Anfang Januar den Bau von Camps vor, in denen Hunderttausende irakischer Flüchtlinge untergebracht werden sollen, falls es zum Krieg kommt. Auf diese Weise soll verhindert werden, dass die Irakis das Krisengebiet verlassen und ins Innere der Nachbarländer oder in die Europäische Union (EU) gelangen.

Sowohl die iranischen als auch die türkischen Behörden haben angekündigt, die Camps nicht auf ihrem jeweiligen Staatsgebiet, sondern direkt vor der offiziellen Grenze auf irakischem Territorium bauen zu wollen. "Unsere Politik ist die totale Schließung der Grenze zu Irak", erklärte Ahmed Husseini, Chef der iranischen Migrationsbehörde BAFIA. "Falls das Leben der Irakis jedoch in Gefahr ist, haben wir Pläne, zehn Camps für jeweils 20.000 Menschen zu bauen", sagte Husseini Mitte Januar. Diese sollen dann im Niemandsland zwischen den beiden Ländern liegen.

Auf ähnliche Weise will die Türkei die unerwünschten Flüchtlinge auf Distanz halten. Dabei wird sogar der Einsatz des Militärs erwogen. Der türkische Außenminister Yasar Yakis erklärte Ende Januar, "türkische Truppen" könnten "mit humanitären Absichten in den Irak gehen, um das mögliche Eindringen von Flüchtlingen zu stoppen." Wie die türkische Hilfsorganisation International Blue Crescent berichtet, errichtet sie mit Unterstützung der türkischen Behörden bereits elf Camps in der kurdisch kontrollierten Autonomiezone im Nord-Irak. Die türkischen Behörden arbeiten nach Angaben von International Blue Crescent außerdem an einem System zur Identifikation und Einquartierung der Flüchtlinge.

Falls es irakischen Flüchtlingen gelingen sollte, in die Türkei zu gelangen, warten auch dort bewachte Camps auf sie. Bei einem Treffen in Ankara wurden die 27 Gouverneure des südlichen und östlichen Anatoliens auf ein Programm zur Flüchtlingsinternierung vorbereitet. Das türkische Militär erwartet 500.000 Flüchtlinge an der Grenze.

Auch in Syrien, Jordanien, Saudi-Arabien und Kuwait laufen die Vorbereitungen. Der Sprecher des UN-Flüchtlingswerkes UNHCR, Chris Jankowski, erklärte bereits Anfang Januar: "Wir füllen unsere Warenhäuser in der Region, konkret in Istanbul und Kairo, mit dem notwendigen Material für den Bau von Zeltstädten."

Falls es zum Angriff einer US-geführten Koalition auf den Irak kommt, wird es von der Dauer der Kämpfe und ihrem Verlauf abhängen, wie viele Menschen die Flucht ergreifen werden. Nach den Planungen des Pentagons wird ein Angriff mit einer massiven Bombardierung aus der Luft begonnen werde. Im Falle Jugoslawiens und Afghanistans führte dieses Vorgehen zur Massenflucht von Zivilpersonen. Die durch Luftbombardements ausgelösten Fluchtbewegungen könnten durch Kämpfe zwischen US-Bodentruppen, Verbänden irakischer Regimegegner und der irakischen Armee am Boden noch verstärkt werden.

Regionalexperten erwarten in jedem Fall die Flucht von Hunderttausenden ZivilistInnen. Nach Schätzungen der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), einer dem Auswärtigen Amt in Berlin zuarbeitenden Institution, könnten bis zu 900.000 Personen versuchen, den Irak zu verlassen. Diese Kalkulation erscheint eher zurückhaltend. Die britische Hilfsorganisation Oxfam erwartet die selbe Zahl von Flüchtlingen aus Irak allein an der Grenze zum Iran.

Während des Golfkrieges 1991 waren 2,5 Millionen Menschen aus dem Irak geflohen, eine Million, hauptsächlich SchiitInnen aus dem Süden und KurdInnen aus dem Norden, allein in den Iran, wo noch immer 450.000 von ihnen leben. Eine halbe Million, hauptsächlich KurdInnen, waren in die Türkei geflohen.

Die Regierungen der EU-Länder haben ein ausgesprochenes Interesse, dass die Flüchtlinge im Grenzgebiet aufgehalten werden. Der griechische Innenminister Michalis Chrysohoidis kündigte in seiner Funktion als Vorsitzender des EU-Ministerrates an, dass die Maßnahmen zur konfliktherdnahen Unterbringung der Flüchtlinge unterstützt werden sollen. In den vergangenen Jahren haben Hunderttausende Kriegsflüchtlinge in der EU Zuflucht gesucht. Die EU reagierte mit einer Verschärfung der Grenzkontrollen, der Vorverlagerung der

Migrationskontrolle in die Krisenstaaten auf dem Balkan und einer konsequenten Abschiebepolitik. Kriegsflüchtlinge genießen kein Asyl und sind in der EU grundsätzlich "ausreisepflichtig", können aber geduldet werden, falls eine Abschiebung ihr Leben gefährdet.

Oft finden Abschiebungen jedoch auch dann statt, wenn die Flüchtlinge in ihren Herkunftsländern um Leib und Leben fürchten müssen, wie im Fall der Roma aus Kosovo. Auch Hunderttausend aus Afghanistan geflüchtete Menschen sollen trotz der eskalierenden Kämpfe zwischen verschiedenen Warlords und den internationalen Truppen in den nächsten Monaten aus der EU in das völlig zerstörte Land abgeschoben werden.

Irakis, die in den vergangenen Jahren in die EU gelangt sind, hatten schlechte Chancen, einen Asylanspruch geltend zu machen. Saddam Hussein gilt zwar in Medien und Politik als "brutaler Diktator", die Flüchtlinge aus dem Irak finden in der EU und speziell in Deutschland dennoch keine Gnade. Laut Pro Asyl fiel die Anerkennungsquote für in Deutschland gestellte Asylanträge von Irakis von 65 Prozent im Jahr 2001 auf nur noch 16 Prozent Ende 2002. Denn die jetzt als Aufmarschgebiet zum Sturm auf Bagdad ausgebaute, immer wieder von irakischen Truppen attackierte, kurdisch kontrollierte Zone im Nordirak wurde zur "sicheren Fluchtalternative" erklärt.

Boris Kanzleiter

7. Vereint im Wunsch nach Frieden. 500.000 demonstrieren in Berlin

Autor: mb. · Rubrik: Aktionen / Veranstaltungen; Friedensbewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak470/48.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:470:48

Damit hatte niemand gerechnet. Rund eine halbe Million Menschen gingen am 15. Februar in Berlin gegen einen Irak-Krieg auf die Straße. Es war vor allem schlichte Friedenssehnsucht, die die Mehrheit der DemonstrantInnen bewegte - und ein großes Unbehagen gegenüber der Politik der USA, das nicht selten die Grenze zum antiamerikanischen Ressentiment überschritt. Dank der großen Masse liefen all zu offensichtliche Instrumentalisierungsversuche ins Leere: Weder die Grünen noch die Mitglieder des Bundeskabinetts noch plumpe AntiimperialistInnen oder NationalistInnen jeglicher Couleur konnten der Manifestation ihren Stempel aufdrücken.

Es waren Kinder, Jugendliche und Erwachsene jeden Alters, die in Berlin auf die Straße gingen - GewerkschafterInnen, Mitglieder der PDS, der DKP und der MLPD, ChristInnen beider Kirchen, AktivistInnen von attac, Linksruck u.a., die organisierte Friedensbewegung, viele SchülerInnen - und vor allem viele, die einfach die Sorge vor einem Krieg mit seinen zivilen Opfern antrieb. Die paar Nazis und hasserfüllten IslamistInnen gingen in der halben Million unter - sie hätten aber auch nicht annähernd der Motivation der Fünfhunderttausend Ausdruck geben können.

"No war in Iraq" - forderte auch die PDS-Vorsitzende Gabi Zimmer an der Spitze des Demozugs, der sich vom Alexanderplatz aus auf die Abschlusskundgebung an der Ostseite des Großen Sterns auf der Straße des 17. Juni zu bewegte. "Das ist die größte Friedensdemo, die Deutschland je erlebt hat", freute sich Christian Ströbele, der ebenso mit dabei war wie die Führungsriege der Grünen, inklusive der beiden BundesministerInnen Renate Künast und Jürgen Trittin. Prominenteste SPD-Mitglieder waren Entwicklungsministerin Heidemarie Wieczorek-Zeul und Bundestagspräsident Wolfgang Thierse - natürlich als "Privatpersonen", wie Thierse nach der ausdrücklichen Bitte des Bundeskanzler, nicht an der Demonstration teilzunehmen, versicherte.

Es war eine Demonstration, die sich auffällig nicht gegen die eigene Regierung richtete. Von den Grünen verteilt, hatten sich viele einen Aufkleber "Das alte Europa" an die Kleidung geheftet. Regierungskritisches war auf den wenigsten Transparenten und Plakaten zu lesen. Stattdessen wurde mit Kritik an der Politik der US-Administration nicht gespart. Doch überwog allenthalben eine ganz generelle Anti-Kriegs-Haltung.

Minimalkonsens auf der Linie von Rot-Grün

Die Demonstration war Ausdruck der allgemeinen Stimmung in Deutschland, die sich gegen einen Krieg gegen den Irak richtet. Nicht mehr, aber auch nicht weniger. Die Breite des Protests wurde mit einem inhaltlichen Minimalkonsens erkauft, der voll auf der Linie von Rot-Grün liegt. Auf der Abschlusskundgebung spielte die Militarisierung der deutschen Außenpolitik keine Rolle. Deutsche Spürpanzer in Kuwait, AWACS-Maschinen in der Türkei, Überflugrechte für die USA und Großbritannien, Nutzung der US-Basen in Deutschland? Kein Thema. Deutschlands Kriegsbeteiligung in Jugoslawien und Afghanistan? Kein Thema. Statt dessen wurde der Schulterschluss mit der Bundesregierung geübt. So etwa von Friedrich Schorlemmer: "Wir sind heute Teil einer ‚Achse des Friedens, die von Paris über Berlin nach Moskau und Peking reicht". Kein kritisches Wort zur Politik von Rot-Grün, stattdessen allgemeine Friedensrhetorik und die Versicherung ins nahe gelegene Kanzleramt: "Deshalb stehen wir heute auch zur jetzigen deutschen Regierung."

Ins selbe Horn stieß der Vorsitzende der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di, Frank Bsirske. Die Öl- und Machtinteressen der USA geißelte er mit deutlichen Worten, zu den Interessen der rot-grünen Bundesregierung, zu ihrer rein rhetorischen "Antikriegspolitik" schwieg er. Es war sein Kollege Rolf Becker, Schauspieler und Vorstandsmitglied des ver.di-Fachbereichs Hamburg, der die nahe liegende Frage stellte: "Ist das Nein heute nur ein Nein, solange die Regierung Nein sagt?"

Neben Becker übte auch Christoph Bautz, Sprecher der resist-Kampagne, auf der zweiten Auftaktkundgebung am Westberliner Breitscheidplatz Kritik an der Bundesregierung: "Wir müssen den Druck hochhalten, damit sie auf dem diplomatischen Parkett sich weiter gegen diesen Krieg stellt und zum zweiten ihrer kriegskritischen

Rhetorik auch endlich Taten folgen lässt!" Und er forderte die TeilnehmerInnen auf, es nicht bei dieser Friedensmanifestation zu belassen: "An vielen Orten in Deutschland können wir uns diesem Krieg widersetzen. In Bremerhaven und Emden stechen vor Waffen starrende Schiffe in See und diese Waffen wurden zuvor durch halb Deutschland per Bahn transportiert. In Geilenkirchen bei Mönchengladbach bereiten sich deutsche Soldaten auf einen AWACS-Einsatz im Kriegsgebiet vor, über Ramstein, Spangdahlem und an der Rhein/Main-Airbase findet der Truppenaufmarsch in die Golfregion statt - an all diesen Orten können Menschen Sand im Getriebe sein und sich der Kriegsmaschinerie widersetzen."

Kaum Kritik am deutschen Kriegsbeitrag

Dass diesem Aufruf massenhafte Taten folgen werden, darf bezweifelt werden. Die Friedensbewegung ist gut beraten, sich den Erfolg vom 15. Februar nicht zu Kopf steigen zu lassen. "Kuscheliger wird's nicht", schreibt Bettina Gaus in der taz, womit sie auf die Brüchigkeit des Konsenses unter den DemonstrantInnen hinwiest. Eines ist sicher: Eine Anti-Kriegs-Bewegung, die mehr als nur allgemeine Friedensliebe zum Ausdruck bringen will, war in Berlin nicht zu erleben. Insofern liegt auch die junge Welt daneben, wenn sie kommentiert: "Die Menschenmassen, die die ganze Berliner Innenstadt in Besitz genommen und die Meinung auch der schweigenden Mehrheit zum Ausdruck gebracht haben, werden Schröder beim Wort nehmen. Weicht er seine Position auf, unterschreibt er sein politisches Todesurteil." Eine solche positive Bezugnahme auf die derzeitige Beschränktheit der Friedensbewegung ist Teil des Problems und nicht der Lösung. Es kann nicht ausreichen, Rot-Grün "beim Wort zu nehmen". Erst indem man von Schröder und Fischer auch Taten verlangt (Stichwort: Überflugrechte), kann der Konsens der so ungleichen "FriedensfreundInnen" aufgebrochen werden, kommen deutsche und europäische Machtinteressen ins Blickfeld.

mb.

8. Nicht in unserem Namen. In den USA regt sich zunehmender Protest

Autor: Max Böhnel · Rubrik: USA · CD-Datei: daten/aksuche/ak470/34.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:470:34

"Es tut sich was", sagt Vivian Stromberg, als sie ihr Büro der Frauen- und Kinderhilfsorganisation Madre nach einem anstrengenden Tag verlässt. "Immerhin, es tut sich etwas", wiederholt die 59-Jährige, hält inne und erklärt: "Der offene Krieg ist noch nicht im Gange, und gemessen daran, dass wir auf die Aggressionskriege Washingtons immer erst dann reagiert haben, als die Bomben bereits fielen, ist dies ein großer Fortschritt."

Die ehemalige Musiklehrerin Vivian Stromberg marschierte bereits in den 1960er-Jahren auf Demonstrationen gegen den Vietnam-Krieg mit, sie beteiligte sich an linken, internationalistischen und feministischen Bewegungen und gründete 1983 zusammen mit anderen Frauen, schockiert von ihren Eindrücken der US-Politik in Nicaragua, die Nichtregierungsorganisation Madre. Die Gruppierung hat US-weit inzwischen mehr als 20.000 Mitglieder, und dass die Organisation im Gegensatz zu anderen Lateinamerika-Solidaritätsgruppen die Repression der Reagan-Ära und des FBI überlebt hat, ist der Tatsache zuzuschreiben, dass Madre von Anfang an nicht nur die professionelle Hilfe von RechtsanwältInnen in Anspruch nahm, sondern auch auf einer peniblen Rechnungsführung bestand. Mittlerweile unterstützt Madre Menschenrechtsorganisationen über Lateinamerika hinaus. An ihrer grundsätzlichen Ablehnung der Kriege sämtlicher US-Regierungen macht Vivian Stromberg aber immer noch keine Abstriche.

Der geplante Irak-Krieg ist in aller Munde. Laut Umfragen verfolgen fast 90 Prozent der amerikanischen Bevölkerung seit Monaten die Nachrichten über den "Krieg gegen den Terrorismus" täglich mit. Und in der Restlinken, aber nicht nur dort, strengen sich alte und neue AktivistInnen sowie viele nach dem 11. September 2001 schockierte und zum Afghanistankrieg schweigende oder sogar zustimmende Menschen an, sich über die Hintergründe zu informieren. Nicht wenige davon haben darüber hinaus ihre Bereitschaft bekundet, wieder aktiv zu werden. Und sie tun es: auf Mahnwachen, bei sit-ins, beim Verfassen von Unterschriftensammlungen, als FlugblattverteilerInnen, Webseiten- KoordiniererInnen - und als DemonstrantInnen. Der Aktivismus ist dabei so umfassend, dass die Demos die Proteste gegen den Vietnam-Krieg quantitativ in den Schatten stellen. Am 18. Januar waren annähernd eine halbe Million Menschen in San Francisco und Washington DC auf den Straßen, um gegen den geplanten Irak-Krieg zu demonstrieren.

Zwischen FBI und linker Sektiererei

Es tue sich etwa, sagt Vivian Stromberg. Doch dabei schwingt auch Frustration mit. Denn ihr sind die Auseinandersetzungen während der "No blood for oil"-Demonstrationen gegen den Golfkrieg Anfang der 1990er-Jahre noch in unangenehmer Erinnerung, und wenig spricht dafür, dass sich Spaltungstendenzen und Zerwürfnisse dieses Mal verhindern ließen. Die Massendemonstrationen in den USA waren damals zwar wie heute von breiten Bündnissen getragen. Doch im Verlauf des Krieges traten die tief gehenden politischen Unterschiede innerhalb der Linken an die Oberfläche. Die Bewegung spaltet sich an der Frage, wie das Regime Saddam Husseins einzuschätzen sei. Aus "No blood for oil" war bei beinharten Ultralinken, die die Antikriegsbündnisse zu dominieren versuchten, die Losung "Verteidigt Saddam Hussein gegen den US-Imperialismus" geworden - für viele nicht mehr nachvollziehbar.

Der Stand der Dinge heute: Hunderte Gruppen und Grüppchen politisch Unorganisierter haben sich in allen US-Bundesstaaten von den Großstädten bis in kleine Ortschaften hinein formiert. Politische und religiöse PazifistInnen, College- und Universitätsinitiativen, NGOs, Gewerkschaften und vereinzelt auch Mainstream-PolitikerInnen haben bekundet, gegen einen Irak-Krieg zu sein.

Aktionen landauf, landab

Auf nationaler Ebene existieren drei Bündnisse, die Hunderttausende zu mobilisieren in der Lage sind: "Not in our name" (www.notinourname.net), eine maßgeblich von der maoistischen Revolutionary Communist Party (RCP) angestoßene Organisation, dem sich dank der Zurückhaltung der RCP-Kader etliche Hollywood-Prominente angeschlossen haben, die ihrerseits mit Antikriegserklärungen in die Massenmedien hineinwirken; "ANSWER" (www.internationalanswer.org), hinter dem Kader der stalinistischen Workers World Party (WWP), ihres Büros International Action Center und ihr Vorzeigeprominenter Ramsey Clark stehen;

sowie "United for Peace and Justice" (www.unitedforpeace.org), an dem ML-kritische Linke mitarbeiten - von linken Sozialdemokraten bis zu Autonomen und über 100 Einzelgruppierungen, denen RCP und WWP zu klotzköpfig und stiernackig sind.

"United for Peace and Justice" ist eine jüngst gegründete nationale Dachorganisation, und ihr obliegt es, die Friedensbewegung bei gleichzeitiger Zuspitzung auf konkrete Forderungen und Radikalisierung der Aktionsformen zu verbreitern - ein Gang auf dünnem Eis, angesichts der Saddam-Hussein-Apologetik, wie sie die WWP pflegt(e), der Revolutionsromantik der RCP, der Vereinnahmung der Friedensbewegung durch die Wahlkampf-Demokraten sowie - nicht zu vergessen - der zu befürchtenden Repressionswelle in den USA. Noch halten die drei nationalen Bündnisse weitgehend zusammen, so dass sich örtliche Friedensinitiativen recht problemlos einreihen können.

Vor über einem Jahrzehnt hatte sich Vivian Stromberg - mitten im US-Krieg gegen den Irak - von den Zerwürfnissen innerhalb der Antikriegsbewegung angewidert zusammen mit einigen erfahrenen Kämpinnen selbst auf den Weg in den Nahen Osten gemacht. Im jordanischen Amman hatte Madre Lkws gemietet und darauf tonnenweise Spielsachen, Medizin und Nahrung geladen. Stromberg und ihre Mitstreiterinnen kamen bis Bagdad - wo sie die mit US-Dollars erworbenen Güter an die Not leidende Bevölkerung verteilten. Ähnliches plant Madre auch in diesem Jahr - in der Hoffnung, dass sich die Friedensbewegung dieses Mal nicht von linker Sektiererei zerfressen lässt.

Max Böhnel, New York

9. "Waffenbruder Hussein". Querfront statt Friedensbewegung in Serbien

Autor: Boris Kanzleiter · Rubrik: Serbien · CD-Datei: daten/aksuche/ak470/13.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:470:13

Fast alle ost- und südosteuropäischen Regierungen haben den USA in der Auseinandersetzung um einen Krieg gegen das Regime Saddam Husseins Treue geschworen, während sich die Bevölkerungen der Länder mehrheitlich gegen einen Krieg aussprechen. Von einer emanzipatorisch ausgerichteten "Friedensbewegung" ist allerdings nicht viel zu sehen. Eher befördert der Krieg gegen den Irak nationalpopulistische und rechtsextreme Strömungen, die zu allem Überfluss auch noch von "anti-imperialistischen" Linken aus dem Westen unterstützt werden.

In Belgrad, dessen zwei Millionen EinwohnerInnen vor knapp vier Jahren die Ziele von NATO-Bomben waren, hat sich in den vergangenen Wochen der Rechtsextremist Vojislav Seselj von der Serbischen Radikalen Partei (SRS) zum lautesten Kriegsgegner erhoben. Auf Kundgebungen wettert Seselj gegen die "neofaschistischen US-Barbaren". Bei einer Veranstaltung im Gewerkschaftshaus verkündete er vor einem Saddam-Porträt: "Irak kämpft für nationale Souveränität und Freiheit." Hussein sei der "Waffenbruder" Serbiens, das von den USA "besetzt" sei. Der Kampf des Irak sei deshalb auch Serbiens Kampf. Die zweitausend ZuhörerInnen antworteten mit "Nieder mit Amerika!"-Rufen.

Da sich die von westlicher Unterstützung abhängigen Regierungsparteien öffentlich nicht gegen einen Krieg gegen den Irak aussprechen und eine linke Opposition nicht existiert, kann Seselj, der bei den vergangenen Präsidentschaftswahlen im Herbst über 30 Prozent der Stimmen errungen hat, die unter der Bevölkerung vorherrschende Ablehnung eines US-Angriffs auf Irak nahezu monopolisieren. Seselj hat Übung in Demagogie und Hetze. Seine SRS rüstete in den Kriegen der 90er Jahre paramilitärische Einheiten aus, die in Kroatien, Bosnien und Kosovo kämpften und dort für Kriegsverbrechen verantwortlich gemacht werden. Ideologisch bezieht sich seine Partei auf die royalistischen Tschetniks und pflegt ausgezeichnete Beziehungen zum Front National Jean Marie Le Pens und dem russischen Rechtsextremisten Wladimir Schirinowski. Gleichzeitig fungierte er während der 90er Jahren, trotz mancher Zerwürfnisse, als loyale rechte Flanke der nationalistisch gewendeten serbischen Post-Kommunisten. Mehrmals trat Seselj unter Milosevics Herrschaft in Regierungsämter ein. Heute, nach dem nahezu vollständigen Kollaps von Milosevics Sozialistischer Partei (SPS), ist er der wichtigste Fürsprecher des in Den Haag einsitzenden ehemaligen Präsidenten. Von dort rief Milosevic bei den Präsidentschaftswahlen im Herbst folgerichtig dazu auf, Seselj als den "besten Patrioten" zu unterstützen.

Die rot-braune Querfront, die sich um die Achse Milosevic-Seselj gruppiert und angesichts des bevorstehenden US-Angriffs auf Irak neuen Zuspruch gewinnt, strahlt über Serbien hinaus aus. Schon in den 90er Jahren wurde das national-populistische Regime Milosevics, das der Westen neben dem Irak zum weltweit führenden "Schurkenregime" konstruierte, zum Anziehungspol für "Anti-ImperialistInnen" von links und rechts. So riefen nicht nur Le Pen und Schirinowski zur Unterstützung Serbiens auf, sondern auch zahlreiche Figuren der internationalen Linken. Diese Konstellation hat es möglich gemacht, dass heute bei Kundgebungen in Belgrad der ehemalige Präsidentschaftskandidat der bulgarischen Post-Kommunisten, Velko Valkanov, neben orthodoxen Popen und Vojislav Seselj einträchtig zum Kampf für die "Freiheit Slobos" und gleichzeitig gegen einen drohenden Krieg gegen den Irak aufruft.

Valkanov ist dabei kein verwirrter Einzelkämpfer sondern einer der beiden Vorsitzenden des Internationalen Komitees zur Verteidigung Slobodan Milosevics (ICDSM), dessen Mitglieder in Teilen der internationalen "Friedensbewegung" gern gesehene Bündnispartner der Linken sind. ICDSM Ko-Vorsitzender ist der ehemalige US-Generalankläger Ramsey Clark, der das International Action Center (IAC) in New York betreibt und zu den führenden Köpfen der ANSWER-Koalition in den USA zählt, die dort maßgeblich die Antikriegsproteste trägt. Aus Deutschland sind der ehemalige DDR-Botschafter in Belgrad, Klaus Hartmann, und der Herausgeber der Anti-Imperialistischen Korrespondenz (AIK), Klaus von Raussendorff, die beiden herausragenden ICDSM-Aktivisten. Anscheinend stört es diese "Anti-Imperialisten", die selbstverständlich auch noch "Antifaschisten" sind, in keinster Weise, dass Seselj in Serbien die nationalistische Tschetnik-Bewegung rehabilitiert, die während des Vernichtungskriegs der deutschen Wehrmacht gemeinsam mit den Landsern Jagd auf die kommunistischen Tito-Partisanen machte.

Während der US-geführte Krieg gegen den Irak ein Geschenk für Seselj ist, kämpfen die kleinen, nicht-nationalistischen linken Gruppen darum, überhaupt gehört zu werden. Das neu gegründete Bündnis Drugaci Svet je Moguc (Eine andere Welt ist möglich), in dem Feministinnen und an Peoples Global Action orientierte AntikapitalistInnen zusammenarbeiten, plant Straßenproteste. Die pazifistischen Zene u Crnom (Frauen in Schwarz) haben bereits eine kleine Kundgebung durchgeführt. Doch diese Proteste bleiben einsame Stimmen. Nach dem Zusammenbruch des Tito-Sozialismus, der nationalen Mobilmachung der 90er Jahre, dem weitgehenden Kollaps einer formellen Ökonomie, der Ausbreitung eines skrupellosen mafiotischen Politgangstertums, des Ausverkaufs der kritischen Intelligenz an von der CIA und der EU gesponsorte NGOs und der "humanitären" Bombardierung durch die NATO ist die serbische Gesellschaft völlig atomisiert. Eine emanzipatorische Linke, die eine Kritik an westlicher Hegemonialpolitik, Kapitalismus, Nationalismus und dem gescheiterten Realsozialismus artikulieren könnte, muss erst ganz neu aufgebaut werden. Die potenziellen TrägerInnen einer solchen Kraft, die Serbien bitter nötig hätte, wandern aber lieber in den Westen aus.

Boris Kanzleiter,

Belgrad 7.2.2003

10. Mit Chirac für den Frieden? Die französischen Basisbewegungen bauen lieber auf die eigene Kraft

Autor: Bernhard Schmid · Rubrik: Frankreich · CD-Datei: daten/aksuche/ak470/36.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:470:36

Ein "moderater" Teil der pazifistisch orientierten Kräfte gibt dem französischen Staatspräsidenten Chirac im Moment - gegenüber der US-Administration - noch Rückendeckung. So fordert die traditionelle Friedensorganisation aus dem KP-Umfeld, der Mouvement de la paix (wörtlich: "Friedensbewegung"), Chirac eher wohlwollend dazu auf, Frankreich solle im UN-Sicherheitsrat sein Veto gegen eine eventuelle neue, offen kriegerische Resolution einlegen. Ähnliche Positionen werden auch von katholischen Friedens- oder Solidaritätsgruppen geteilt.

Der linke Flügel der Friedensbewegung lehnt es dagegen eindeutig ab, auf Chirac zu vertrauen. Man bezieht sich auch nicht auf UN-Resolutionen und bestehende internationale Institutionen, da deren Politik ohnehin nur herrschende Interessen - oder eine Kombination aus verschiedenen herrschenden Interessen - widerspiegele. Statt dessen greift dieses Spektrum auch Frankreichs Rolle auf dem afrikanischen Kontinent an oder thematisiert, wie während des aktuellen Putin-Besuchs im Pariser Rathaus, die brutale Kriegführung in Tschetschenien. Nur die internationale Mobilisierung von Demonstrationen und ggf. Streiks könne als taugliches Mittel einer Antikriegspolitik forciert werden. Niemand in diesem Spektrum solidarisiert sich mit der herrschenden irakischen Diktatur. Wobei allerdings eine Komponente (SPEB, siehe unten) dafür ist, diese weniger stark zu thematisieren - im Namen einer bestimmten Idee von Bündnispolitik gegenüber arabischen ImmigrantInnen -, während andere Teile eher die frühere Waffenbrüderschaft Frankreichs, aber auch der USA mit der irakischen Diktatur, etwa zum Zeitpunkt des Massakers von Halabja, denunzieren.

Dieses Spektrum ist vor allem in den "Anti-Kriegs-Kollektiven" organisiert, die bereits in einem halben Dutzend Pariser Bezirken, in ebenso vielen Universitäten des Großraums Paris und in mehreren Vor- und Trabantenstädten entstanden sind. Hier finden sich - neben Einzelpersonen - an organisierten Kräften vor allem AnarchokommunistInnen und libertäre KommunistInnen (Alternative libertaire), die trotzkistische Ligue Communiste Révolutionnaire (LCR), die Fédération anarchiste, die französische Linksruck-Variante SPEB oder Socialisme par en bas ("Sozialismus von unten"), internationalistische Kräfte wie etwa lateinamerikanische Linke, diverse GewerkschafterInnen und auch Personen aus dem KP-Umfeld. Die KP selbst ist tendenziell hin und hergerissen zwischen dieser Position und in einem gewissen Vertrauen auf Chirac.

Auch soziale Bewegungen wie etwa die kämpferische Wohnrauminitiative DAL (Droit au logement), in deren Pariser Lokal sich die Koordinierungsstruktur der Anti-Kriegs-Komitees des Großraums Paris trifft, sind eng mit dem linkeren Teil der Anti-Kriegs-Bewegung verflochten.

Deutlich rechts von dieser "aktivistischen" Basis des Antikriegs-Spektrums bemüht sich seit dem 13.1.2003 die patriotische Wochenzeitschrift Marianne um Einflussnahme. Sie steht dem linksnationalistischen und EU-skeptischen Präsidentschaftskandidaten Jean-Pierre Chevènement nahe, der zwischen 1997 und 2000 Innenminister war. Mit einem eigenen Aufruf versucht Marianne (13.1.2003) jetzt, eine "die Links-Rechts-Spaltung überwindende und klassenübergreifende" Mobilisierung zu entfachen. Hier unterstützt man ebenfalls die Forderung nach einem französischen Veto im UN-Sicherheitsrat gegen eine Kriegsresolution zu Gunsten Bushs, und fordert ferner einen demokratischen Regimewechsel im Irak sowie die Bekämpfung des Terrorismus. Indirekt lässt sich aus dem - humanistisch gehaltenen - Aufruftext schließen, dass nach Ansicht der UnterzeichnerInnen Frankreichs Interessen bei einem Regimewechsel im Irak nicht zu kurz kommen sollen.

Auf der Grundlage ihres Aufrufs versucht Marianne, auch Teile der politischen Rechten in die Antikriegsmobilisierungen einzubeziehen. Dafür konnte sie bis Ende Januar zehn Parlamentarier der konservativen Rechten gewinnen. Der sozialdemokratische gewerkschaftliche Dachverband CFDT und mehrere Polizeigewerkschaften unterstützen ebenfalls die Marianne-Idee. Anlässlich der Mobilisierung zum internationalen Demonstrationstag werden mehrere (nationale oder Europaparlaments-)Abgeordnete dieses Spektrums unterstützen, vom neoliberalen Grünen Daniel Cohn-Bendit bis hin zum rechtskatholischen Nationalisten Graf Philippe de Villiers.

Im linken Basisteil der Antikriegsbewegung wird jener rechte Flügel zu Recht als politischer Konkurrent gesehen. Entsprechend versuchen die Linken, den ideologischen Einfluss von Nationalisten oder UnterstützerInnen der französischen Regierung so weit wie möglich zurückzudrängen. Zugleich versuchen sie, drängende soziale Bedürfnisse mit der Frage des Krieges zu verbinden, nachdem bereits bei den LehrerInnen-Demonstrationen vom 17. Oktober 2002 "Geld für die Schulen statt für Rüstung" gefordert worden war. Auf diese Weise soll die gesellschaftliche Mobilisierung noch verbreitert und inhaltlich vertieft werden. Ein Aufruf von GewerkschafterInnen, der aus diesem Spektrum lanciert worden war, trägt bereits mehrere hundert Unterschriften aus CGT, CFDT, FO, den SUD-Gewerkschaften und der Lehrerorganisation FSU, wobei es allerdings mitunter Blockaden aus den Apparaten gibt - da letztere sich oftmals eher hinter die Forderung nach einem französischen Veto im UN-Sicherheitsrat stellen.

Bernhard Schmid,

Paris

11. Protest in Smoking und Abendkleid. Der Kriegskurs der spanischen Regierung stößt auf breiten Widerstand

Autor: Tom Kucharz · Rubrik: NATO und NATO-Strategien; Spanien · CD-Datei: daten/aksuche/ak470/40.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:470:40

"Man muss Angst haben vor Ignoranz und Dogmatismus. Man muss Angst haben vor dem Krieg", sagte die Schauspielerin Marisa Paredes zur Eröffnung der Goya-Filmpreisverleihung Anfang Februar in Madrid. Während mehrere Millionen ZuschauerInnen vor ihren Geräten die Direktübertragung im öffentlichen Fernsehsender TVE1 verfolgten, verwandelten hunderte SchauspielerInnen, KünstlerInnen und FilmemacherInnen die Gala zur politischen Tribüne gegen den Irak-Krieg.

Während der mehr als vier Stunden verwandelte sich die live übertragene Filmpreisverleihung zu einem Ort, an dem sich die lange aufgestaut Wut über die überhebliche, ja autoritäre Haltung der spanischen Regierung nicht nur gegenüber dem deutlichen Nein der Bevölkerung zu einem möglichen Irak-Krieg, sondern auch hinsichtlich der Ölpest in Galicien oder der hohen Arbeitslosigkeit im Land Bahn brach. Das "Nunca Mais" (Nie wieder) der gegen die Ölpest kämpfenden, galizischen Fischer wurde ergänzt mit dem Slogan "Nunca Mais a la Guerra" (Nie wieder Krieg). Luis Tosar, Schauspieler und einer der Preisträger, sagte auf der Bühne: "Wenn Aznar Öl braucht, muss er nicht bis in den Irak fahren, er braucht nur in Galizien putzen helfen."

Wie sich das soziale Klima in Spanien angesichts der treuen Waffenbrüderschaft der PP-Regierung unter Ministerpräsident José Maria Aznar zu Georg W. Bush verschärft, zeigen zahlreiche Vorfälle der vergangenen Zeit. In Alicante wurden am Tag der Goya-Preisverleihung fünf AktivistInnen und etwa 30 SympathisantInnen der antimilitaristischen Gruppe Tortuga (Schildkröte) von PolizistInnen mit gezogenen Schusswaffen bedroht, als sie versuchten, symbolisch ein Militärdenkmal unter dem Motto "Keine Armee, kein Krieg" zu zerstören. Anderenorts verprügelten die ZuschauerInnen einer PP-Wahlveranstaltung eine Person, die während der Rede Aznars lauthals für Frieden plädierte.

Kriegsprotest im Hauptprogramm

Der Irak-Krieg findet in der überwiegenden Mehrheit der spanischen Gesellschaft keinerlei Unterstützung. Nach einer Umfrage des Zentrums für soziologische Studien unterstützen nur knapp 17% der Bevölkerung einen möglichen Waffengang, während sich mehr als 66% "gegen irgendwelche Aktionen" gegen den Irak aussprechen. Ausdruck findet diese Stimmung momentan vor allem in den Protesten der KünstlerInnen. Sie organisieren Versammlungen, führen täglich Aktionen durch, wie etwa Lesungen für den Frieden bei Kinopremieren oder Theatervorstellungen. Als Ministerpräsident Aznar am 5. Februar vor dem Parlament seinen Kriegskurs verteidigte, organisierte die Gewerkschaft der SchauspielerInnen den Protest vor und in der Madrider Cortes. Während Hollywoodstars wie Javier Bardem "Nie wieder Krieg, eine andere Welt ist möglich" riefen, entblößten andere Prominente wie Ana Belen auf der Besuchertribüne des Parlaments T-Shirts mit der Aufschrift "Nein zum Krieg".

Neben den KünstlerInnen sind es die sozialen Bewegungen und die "traditionelle Linke" - Gewerkschaften, KommunistInnen und Teile der sozialdemokratischen PSOE -, die öffentlich Position gegen den Krieg beziehen. Traditionell hat die spanische Linke eine starke antimilitaristische Ausrichtung. Die antimilitaristische Bewegung, mit ihren Kampagnen zu Wehrdienst- und Steuerverweigerung, war - besonders in den 80er/90er Jahren - ein wichtiges politisches Kampffeld. Unvergesslich bleibt die Anti-NATO-Bewegung der 80er Jahre unter dem Motto "NATO nein. Militärbasen raus", die 1986 nur knapp bei einer Volksabstimmung gegen den NATO-Beitritt Spaniens unterlag. Aus dieser Bewegung ging die linke Parteikoalition Izquierda Unida (IU) hervor, als Versuch der Kommunistischen Partei (PCE), sich politisch zu öffnen. Aus dieser Zeit resultierte auch der scharfe Bruch mit den SozialistInnen - der bis vor kurzem das Verhältnis zwischen IU und PSOE bestimmte. War es doch die PSOE, die sich 1986 für einen NATO-Beitritt stark machte, obwohl sie erst vier Jahre zuvor doch gerade auch wegen ihrem "deutlichen Nein" zu einer NATO-Mitgliedschaft Spaniens unter Felipe Gonzales an die Regierung gewählt worden war.

NATO spaltet Anti-Kriegs-Bewegung

Viele ältere Mitglieder von linken Gruppen, Gewerkschaften, NGOs, Stadtteilvereinen und vor allem der PCE erinnern sich noch lebhaft an diese Zeit. Am 19. Januar knüpfte man direkt an diese Tradition an, als fast 20.000 Menschen von Madrid bis zum 15 km entfernten Städtchen Torrejon marschierten, um gegen die dort gelegene NATO-Basis zu demonstrieren. Angespornt von den Ereignissen während des Europäischen Sozialforums folgten bereits Ende letzten Jahres mehrere Demonstrationen und man begann mit breit angelegten Vorbereitungen für den in Florenz ausgerufenen Internationalen Aktionstag am 15. Februar.

Allerdings wird die Anti-Kriegs-Mobilisierung überlagert von bündnispolitischen Auseinandersetzungen im Vorfeld der Kommunalwahlen im Mai. Angesichts der breiten Gegnerschaft zu einem Irak-Krieg und der Unterstützung der US-Kriegspläne durch Aznar ist auch die PSOE ins Friedenslager umgeschwenkt. "Die PSOE kann keinen Präventivkrieg unterstützen, für den es weder Gründe noch Ursachen gibt", so PSOE-Generalsekretär José Luis Rodríguez Zapatero. Während sich Teile der IU für eine Einbeziehung der PSOE aussprechen - sie erhoffen sich davon bessere Wahlchancen im Mai -, erinnern PCE und vor allem die Mehrheit der "Anti-Globalisierungsbewegung" an den NATO-Beitritt 1986 und die Beteiligung im Golfkrieg 1991 unter PSOE-Regierungen. In Madrid demonstrierten deshalb am 15. Februar der linke Teil der Anti-Kriegs-Bewegung unter dem von der PCE wieder aufgelegten Motto "NATO nein, Militärbasen raus", während sich die IU mit der PSOE und den Großgewerkschaften UGT und CC.OO verbündet hatte.

Tom Kucharz, Madrid

12. Massendemos, Streikdrohungen. Die britische Friedensbewegung trägt Züge einer Anti-Blair-Bewegung

Autor: dk · Rubrik: Großbritannien · CD-Datei: daten/aksuche/ak470/38.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:470:38

500.000 Menschen werden am 15. Februar bei der zentralen Antikriegs-Demonstration in London erwartet. Ungewöhnlich dilettantisch hat die Regierung Blair im Vorfeld versucht, diese Demo zu behindern. Kulturministerin Tessa Jowell wollte den Hyde Park als zentralen Kundgebungsort verbieten lassen. Statt dessen hat die Labour-Ministerin den Trafalgar Square angeboten - der zur Zeit wegen Bauarbeiten zur Hälfte gesperrt ist. Die Antikriegsbewegung hat - im Einklang mit der Presse - empört auf diesen Behinderungsversuch reagiert und auf dem Hyde Park als Kundgebungsort beharrt. Mit Erfolg: Am 4. Februar gab Jowell den Park für die Demo frei.

Die britische Friedensbewegung hat die Regierung Blair nervös gemacht. Ein weiteres Indiz dafür ist, dass das Management der staatlichen BBC ihren JournalistInnen jetzt untersagt hat, als BBC-Angestellte an der Demonstration teilzunehmen. Dieses Verbot richtet sich vor allem gegen die Stars unter den BBC-KorrespondentInnen. Das Verbot geht sogar so weit, dass diesen JournalistInnen nicht erlaubt ist, für andere Medien zu schreiben.

Einiges deutet darauf hin, dass der Widerstand gegen den Kriegskurs der Blair-Regierung zum Ventil für eine allgemeine Unzufriedenheit mit der New-Labour-Politik wird. Insbesondere die Gewerkschaften äußern sich ungewöhnlich lautstark und in ungewöhnlicher Breite gegen einen drohenden Krieg gegen den Irak. Nicht nur aus den Betrieben, sondern auch aus den gewerkschaftlichen Chefetagen ist Blair mit harschen Tönen konfrontiert (vgl. nebenstehenden Artikel aus dem Guardian). Auch wenn die Streikdrohungen von fünf Gewerkschaftsführern am 10. Februar mit Vorsicht zu genießen sind, so drücken sie doch eine breite Antikriegs-Stimmung in der britischen ArbeiterInnenklasse aus. Die vielen kleinen und mittleren Arbeitskonflikte der letzten Monate gegen Privatisierungen und Lohnkürzungen finden in der gewerkschaftlichen Antikriegs-Position einen neuen Ausdruck.

Generell ist die Popularität von Blairs Kriegstreiberei in den letzten Monaten dramatisch zurückgegangen. Laut Umfrageergebnissen ist die Opposition gegen den Krieg in der Bevölkerung seit dem Oktober letzten Jahres von 37% auf 47% gestiegen. Gleichzeitig sank die Unterstützung für einen Militärschlag von 42% auf 30%. Überwältigende 81% der britischen WählerInnen teilen zur Zeit die Haltung, dass ein militärisches Vorgehen gegen den Irak mindestens einer weiteren UN-Resolution bedarf. Eine Haltung, die innerhalb des Kabinetts Blair z.B. auch von Entwicklungsministerin Clare Short geteilt wird.

dk

Gewerkschaften gegen den Krieg

(...) Auf einem Treffen der "Stop-the-War"-Koalition haben die Führer von fünf der größten Gewerkschaften Großbritanniens den Premierminister davor gewarnt, dass der Tag, an dem mit der Bombardierung des Irak begonnen wird, gleichzeitig ein Tag von massiven Arbeitsniederlegungen im ganzen Land sein wird. Die Gewerkschaftschefs riefen zwar nicht direkt zu Streikaktionen auf, forderten aber eine Sondersitzung des TUC. (1)

Mick Rix von der EisenbahnerInnengewerkschaft Aslef sagte, dass einige EisenbahnerInnen sich bereits jetzt weigerten, (potenzielles) Kriegsmaterial zu bewegen. Paul Mackney von der Natfhe (2) warnte vor weit reichenden Arbeitskämpfen, wenn der Premierminister gegen den Willen des Landes in den Krieg zieht. (...). Bob Crow von der TransportarbeiterInnengewerkschaft RMT verglich die Antikriegs-Bewegung mit der Revolution in Rumänien, die mit der Exekution des Diktators Nicolae Ceaucescu endete. Der linke Gewerkschaftsführer sagte, Blair höre nicht auf die Öffentlichkeit. "Sehen Sie, was in Osteuropa passiert ist, als manche Leute ebenfalls nicht auf die Bevölkerung gehört hatten", fügte Crow hinzu. Bill Hayes, Führer der Gewerkschaft der KommunikationsarbeiterInnen, und Mark Serwotka von der Gewerkschaft der Angestellten im Öffentlichen Dienst, PCS, nahmen ebenfalls an der Pressekonferenz teil.

Die Satzung des Gewerkschaftsdachverbandes TUC lässt eine Sondersitzung für den Fall eines kriegerischen Konfliktes zu. Alle Gewerkschaftsführer betonten, dass eine solche Sondersitzung einberufen werden sollte mit dem Ziel, eine Militäraktion gegen den Irak zu verhindern. Alle fünf betonten ebenfalls, dass sie eine deutliche Mehrheit von BritInnen repräsentierten, die gegen diesen Krieg seien.

Hayes sagte, die Antikriegs-Stimmung sei vergleichbar mit derjenigen zur Zeit der Suez-Krise. Und die habe (den Labour-Premier) Anthony Eden das Amt gekostet. Mackney warnte ebenfalls: "Wenn Blair seinen Kurs nicht wechselt, wird er über ihn stürzen." Die fünf Gewerkschafter forderten sowohl ihre 750.000 Mitglieder als auch so viele andere Menschen wie möglich dazu auf, die Antikriegs-Demonstration zu unterstützen, die für das Wochenende geplant ist.

(The Guardian, 11.2.2003)

Anmerkungen:

1) britischer Gewerkschaftsdachverband

2) Gewerkschaft der LehrerInnen und DozentInnen

13. Ohne Wenn und Aber gegen den Krieg. Italien: Massendemos und Blockaden

Autor: Emiliana Armano/Raffaele Sciortino · Rubrik: Italien · CD-Datei: daten/aksuche/ak470/43.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:470:43

Die nationale Koordination der italienischen Friedensbewegung konstituierte sich zur Vorbereitung des 15. Februar unter dem Motto "Verhindern wir den Krieg gegen den Irak. Gegen den Krieg ohne Wenn und Aber. Für Frieden und Gerechtigkeit im Mittleren Osten." (www.fermiamolaguerra.it) Dem Aufruf schlossen sich neben verschiedenen Gewerkschaften mehr als 300 Vereinigungen, Organisationen und regionale Zirkel an. Die Koordination stützt sich wesentlich auf das Europäische Sozialforum (ESF), den linken Gewerkschaftsbund CGIL, die Metallgewerkschaft FIOM und die Oppositionspartei Rifondazione Comunista. Von den Abgeordneten der anderen Parteien der Mitte-Links-Opposition, die mit dabei sein wollen, verlangt die Koordination die Verpflichtung, auch im Falle eines anders lautenden Votums der UNO gegen den Krieg zu stimmen.

Der wichtigste Punkt ist der Aufruf zu einem "europaweit koordinierten Widerstand gegen den Krieg", mit massenhafter Opposition und einer weiteren nationalen Demonstration am Samstag nach Kriegsbeginn; der im November auf dem ESF in Florenz vorgeschlagene, europaweite Generalstreik wird dagegen in dem Text nicht erwähnt.

Gleichzeitig haben sich lokale Bürgerkomitees gebildet, deren Zusammensetzung und politische Ausrichtung von Stadt zu Stadt unterschiedlich ist. Demonstrationen und andere Aktionen gab es in den vergangenen Wochen u.a. in Neapel, Turin, Bologna, Mailand, Pistoia, Cosenza und vor der US-Militärbasis Sigonella. ImmigrantInnen vor allem aus arabischen Ländern demonstrierten dabei auch gegen den "Krieg im Innern" - den wachsenden Rassismus gegen Muslime und das Klima der Einschüchterung, das durch die Verabschiedung eines neuen Anti-Einwanderungsgesetzes noch verschärft wurde.

Das pazifistische Spektrum ist vielfältig. Es gibt viele Vereinigungen des freiwilligen sozialen Dienstes, mit heterogener sozialer und altersmäßiger Zusammensetzung, wie Rete Lilliput, Assopace und andere. Dieses breite Spektrum war schon auf dem Gegengipfel in Genua ein wichtiger Bestandteil des Social Forum. Derzeit wird es erneut mit pazifistischen und antimilitaristischne Positionen aktiv (Ablehnung der Rüstungsausgaben, Boykott der "Banken des Todes" etc.) und strebt eine lokale Verankerung an, wobei es die Opposition gegen den Krieg mit einer Kampagne für fairen Handel und ein "anderes" Entwicklungsmodell verbindet.

Die Mehrheit der katholischen Welt ist heute klar gegen den Krieg, quer zu den sozialen Schichten und Generationen. Der radikalere katholische Pazifismus, mit Pater Zanotelli von der katholischen Basisbewegung "Selig sind, die Frieden schaffen" an der Spitze attackiert die strukturelle Ungerechtigkeit des "Systems", das Kriege gegen die Entrechteten hervor bringt. Für den Großteil dieses Spektrums ist Frieden untrennbar verbunden mit der Idee der Gerechtigkeit vor allem in den globalen Nord-Süd-Beziehungen.

Im Bereich der Sozialzentren muss man zwei große Spektren unterscheiden. Das des "sozialen Ungehorsams" (disobbedienza sociale), zu dem sich auch die Jugendorganisation von Rifondazione Comunista zählt, bezieht sich auf die Theoretisierungen des "Empire" und der "Multitude"; es ist vor allem im Nordosten verankert und versucht, Massenmobilisierungen mit symbolischen direkten Aktionen zu verbinden. Das "antagonistische Spektrum" (area antagonista), das besonders in der prekär beschäftigten proletarischen Jugend des Südens verwurzelt ist, widersetzt sich dem Krieg des Kapitals mit seinen innenpolitischen und internationalen Auswirkungen und ruft auf zu wirksameren Aktionen, die aber nicht alternativ zu Massendemonstrationen stehen sollen. In diesen beiden Spektren diskutiert man über direkte Aktionen, um auf verschiedene Weise den Krieg zu boykottieren und den auf dem ESF in Florenz von den gewerkschaftlichen Basiskomitees (Cobas) präsentierten Vorschlag eines Generalstreiks konkret umzusetzen. Nicht zufällig wurden in den vergangenen Monaten einige dieser Militanten wegen ihrer Aktivitäten, auch im Zusammenhang mit Genua, Ziel repressiver Maßnahmen.

Das Neue im Vergleich zur No-global-Bewegung ist die herausragende Präsenz der CGIL. Noch in Genua war sie nicht offiziell auf dem Gegengipfel vertreten, und 1999 hatte sie den Bombenkrieg gegen Jugoslawien unterstützt. Jetzt ist die CGIL Mitträgerin der Demonstration vom 15. Februar. Für einen Generalstreik hat sie

sich bisher nicht ausgesprochen, die innergewerkschaftliche Debatte darüber ist aber in vollem Gange. Einfluss auf ihr Ergebnis hat nicht zuletzt der Druck der mehr links angesiedelten Metallgewerkschaft FIOM.

In der Bewegung hat eine Debatte über angemessene und wirksame Methoden des Kampfes begonnen. Reichen Massendemonstrationen als Mittel gegen die Großmächte? Wenn man die Kriegsmaschinerie behindern will, muss man etwas gegen die Nutzung der Militärbasen tun. Aber bisher hat nur der nicht-pazifistische Teil mit der Diskussion über einschneidendere Initiativen begonnen: Blockade der Nato-Basis Camp Derby in der Toskana, eines der größten Waffenarsenale der USA im Ausland, Blockaden anderer Militärbasen, Botschaftsbesetzungen, Blockaden von Produktionsstätten des Todes etc. Derweil hat die Regierung Berlusconi ihre Kampagne zur Kriminalisierung und Verleumdung nicht nur der radikalsten Sektoren, sondern des gesamten entschlossenen Pazifismus begonnen. Der Innenminister droht: "Im Angriffsfall werden wir auch den sozialen Frieden in Italien verteidigen. Wenn es sein muss, mit Gewalt!"

Der Kampf gegen den Krieg und der Kampf gegen die Regierung gehören also untrennbar zusammen. Aber die Bewegung muss sich auch mit dem "gespielten Pazifismus" der Mitte-Links-Opposition Ulivo auseinander setzen, die nur darauf wartet, für den Krieg zu stimmen, vorausgesetzt es gibt ein entsprechendes UNO-Votum.

Emiliana Armano/Raffaele Sciortino

(Übersetzung und redaktionelle Bearbeitung: Js.)

14. "Gut für den Aufschwung." In Schweden formiert sich die Friedensbewegung gegen eine lavierende Regierung

Autor: Rikard Warlenius · Rubrik: Schweden · CD-Datei: daten/aksuche/ak470/21.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:470:21

Vor 30 Jahren hatte sich die schwedische Regierung klar gegen den Vietnam-Krieg positioniert. Dem drohenden Irak-Krieg steht sie achselzuckend bis wohlwollend gegenüber. Ein Umstand, der eine ungewöhnlich breite Friedensbewegung mobilisiert.

Auch in Schweden hat die Friedensbewegung zu einer zentralen Großdemonstration für den 15. Februar in Stockholm aufgerufen. Sköld Peter Matthis spricht dabei davon, dass "wir ein Engagement erleben können, das dem während des Vietnam-Krieges gleicht". Matthis ist nicht irgendjemand. Im Juni 1965 wurde er in der Stockholmer City gewaltsam von zwei Polizisten festgenommen, nachdem sie sein Schild mit dem Text "Die USA soll Vietnam verlassen" beschlagnahmt hatten. Dies war der Auslöser für eine für schwedische Verhältnisse einmalig große Bewegung gegen den Vietnamkrieg, und Matthis wurde zu einem der herausragenden Aktivisten. Unter dem Druck dieser Bewegung wandelte sich die schwedische Regierungspolitik von der vorsichtigen Unterstützung der US-Politik bis zu Ministerpräsident Olof Palmes Tirade über die Weihnachtsbombardierung von Hanoi im Jahre 1972. (1)

Heute hofft das "Netzwerk gegen den Krieg" auf rund 10.000 DemonstrantInnen. Das wäre die größte Demonstration seit den dramatischen Ereignissen während des EU-Gipfeltreffens in Göteborg im Jahr 2001. Die Hoffnung ist nicht unbegründet. Dass Menschen wie Sköld Peter Matthis zum ersten Mal seit Jahrzehnten wieder aktiv werden, ist ein Beispiel dafür, dass die Antikriegs-Arbeit mehrere Generationen von Radikalen sammelt. Diese Zusammenarbeit ist nicht ohne (kulturelle) Konflikte. Die Aussage "So haben wir es während des Vietnam-Krieges gemacht" ruft tiefe Seufzer bei den jüngeren AktivistInnen hervor, die durchaus eine eigene, selbstständige Praxis vorweisen können. Auf politische Kritik trifft auch die Parole "Kein Krieg gegen den Irak", die ziemlich verwaschen ist.

Aber im Moment hält das Bündnis noch. Die Breite - von jungen globalisierungskritischen Gruppen bis zu den Resten der 68er Bewegung - kann eine interessante Dynamik entwickeln. Insgesamt beteiligen sich an dem Bündnis 50 Organisationen , inklusive der im Parlament vertretenen Linkspartei (2) und der GRÜNEN, die sich im Gegensatz zu ihrer deutschen Schwesterorganisation gegen den UN-Krieg gegen Serbien ausgesprochen hatten. Dabei sind auch der Sozialdemokratische Jugendverband in Stockholm, eine Reihe Friedensgruppen sowie sowohl christliche als auch moslemische Vereinigungen. Durchaus ungewöhnlich ist es, dass ein Teil des Gewerkschaftsdachverbandes LO seine Loyalität mit der sozialdemokratischen Regierung bricht. Der LO Stockholm ruft seine Mitglieder zur Demo am 15.2. auf, und der Transportarbeiterverband schickt seinen zweiten Vorsitzenden als Redner.

Ein weiteres Zeichen dafür, dass eine große Demonstration zu erwarten ist, war die Demonstration vom 18. Januar in Göteborg. Zum Erstaunen vieler Beteiligter hatten sich dort etwa 5.000 Menschen versammelt - für hiesige Verhältnisse bereits eine sehr große Demo. Seitdem existiert in Göteborg ein Antikriegs-Netzwerk, das vor allem die betont antiimperialistischen Linksparteien und Exilgruppen sammelt, mit der stalinistischen KPML(r) als Motor. Das Bündnis ist eine Abspaltung von der etwas breiteren "Koalition für den Frieden im Mittleren Osten", die die Parole "Zerschlagt den US-Imperialismus" nicht in ihre Plattform aufnehmen wollte. In der breiteren Koalition finden sich u.a. die Linkspartei, ATTAC und eine Reihe von Friedensorganisationen. Immerhin gelang es beiden Bündnissen, sich auf die gemeinsame Durchführung der Demo zu einigen. Die Antikriegs-Linie kann sich auch auf eine breite Unterstützung in der Bevölkerung berufen. JedeR zweite SchwedIn ist gegen einen US-Angriff. (Svenska Dagbladet, 22.1.03) 37 Prozent würden zwar einen Angriff mit Billigung der UNO unterstützen, aber nur fünf Prozent sind auch für einen Angriff ohne UN-Mandat.

Bis zu einem nennenswerten Einfluss auf die schwedische Regierungspolitik ist es allerdings noch ein weiter Weg. In der Frage des drohenden Krieges gegen den Irak hat sich die schwedische Regierung bisher hinter einem Ultraformalismus versteckt. Sie hat sich weder für noch gegen einen Angriff ausgesprochen, sondern legt nur Wert darauf, in welcher Weise der Beschluss zu Stande kommt: Immer wieder betonte die Regierung

ihre Loyalität gegenüber dem UN-System. Was die UN beschließt, ist die schwedische Meinung. Wenn der Sicherheitsrat meint, dass ein Krieg gegen den Irak eine richtige Sache ist, schließt sich Schweden dem an.

Persson zeigt sich dabei weniger durch die Aussicht auf zehntausende verletzte und tote IrakerInnen beunruhigt, sondern von der Frage, wie der Krieg die Konjunktur beeinflusst. Kurz vor Weihnachten äußerste er sich folgendermaßen: "Ein großer Krieg in der Form eines massiven Militärschlages, der kurz bleibt, kann eine wirklich positive Auswirkung haben, in der Hinsicht, dass man sowohl eine bessere Ordnung im Irak bekäme als auch eine Art Signal für die Welt, dass wir wieder beginnen können, normal zu arbeiten. (...) Wir könnten denselben Effekt haben wie nach dem Krieg um Kuweit, ein Konjunkturaufschwung und all dies." Welch ein Gegensatz zu Olof Palmes Rede über die Weihnachtsbomben von 1972: "Das, was in Vietnam vor sich geht, ist eine Form der Folter. Deshalb sind diese Bomben eine Schandtat. Viele derartige Schandtaten finden sich in der modernen Geschichte. ... Jetzt gibt es einen weiteren Namen in der Reihe: Hanoi, Weihnachten 1972."

Rikard Warlenius, Stockholm

(Übersetzung: Peter Birke)

Der Autor ist Redakteur der syndikalistischen Wochenzeitung Arbetaren

Anmerkungen:

1) In dieser Rede verglich Palme die Bombardierung Hanois mit Guernica, Sharpeville und Treblinka. mit der Folge, dass der US-Botschafter Stockholm vorübergehend unter Protest verließ

2) Nachfolgeorganisation der eurokommunistischen schwedischen KP

15. Wahlsieger Deutschland AG. Eindeutige Botschaft aus Hessen und Niedersachsen

Autor: mb. · Rubrik: Wahlen; Innenpolitik/Innere Sicherheit · CD-Datei: daten/aksuche/ak470/19.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:470:19

Der Triumph der CDU in Hessen und Niedersachsen war eine deftige Niederlage für Schröders SPD. Zwar kippten im Bundesrat nur sechs Stimmen von der rot-grünen auf die schwarz-gelbe Seite, doch Rot-Grün wird in Zukunft nur schwer an der Union vorbei regieren können. Aber wars nicht das, was das auf Eintracht in der Not bedachte Wahlvolk wollte?

Als "präzedenslose und unzweideutige Schlappe" bezeichnete es die Neue Zürcher Zeitung (NZZ) am Tag danach. Die erz-konservative, spanische Tageszeitung ABC brachte es auf die einfache, wenn auch etwas voreilige Formel "Schröder, kaputt". Der Kanzler selbst sprach von der bittersten Niederlage in seinem politischen Leben. Kein Wunder, die Landtagswahlen vom 2. Februar hatten ein eindeutiges Ergebnis: In Schröders niedersächsischen Heimat ist die SPD politisch versenkt, im hessischen Geburtsland von Rot-Grün fast schon so bedeutungslos wie in Bayern.

Wo es eindeutige Verlierer gibt, sind die Sieger nicht fern. "Wir werden die Regierung zum Jagen tragen", posaunte die CDU-Parteiführung am Tag nach den Wahlen. Angela Merkel ergänzte, durch den "historischen Wahlsieg" sei der Union die Verantwortung zugefallen, sich noch stärker für grundlegende "Reformen" in der Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik einzusetzen. Die CDU werde im Bundesrat eine "verantwortungsvolle Politik" betreiben. Es sei allerdings an der rot-grünen Bundesregierung, Vorschläge zu machen. "Wir brauchen ein Gesamtkonzept, das mehrheitsfähig ist." Der bayerische Ministerpräsident Edmund Stoiber (CSU) sekundierte, man werde einen "Politikwechsel erzwingen". Er nannte auch die entscheidenden Forderungen, auf die sich die SPD einlassen müsse: Steuererleichterungen für den Mittelstand, Deregulierung des Arbeitsmarkts und Reform der sozialen Sicherungssysteme.

"Drastischer hätte die Quittung für die deutschen Sozialdemokraten und für Bundeskanzler Schröder nicht ausfallen können ... Es gibt keine Ausflüchte für die rot-grüne Regierung in Berlin. Mit diesem Wahlresultat präsentiert die hessische und niedersächsische Wählerschaft die Rechnung für all das, was Rot-Grün seit den Bundestagswahlen vom letzten Herbst (und wohl auch schon vorher) vermasselt und verschustert hat", so bilanzierte die NZZ. Die rot-grüne Bundesregierung und er selbst trügen die "zentrale Verantwortung" dafür, gab sich Schröder selbstkritisch: "Ich will gar nicht bestreiten, dass wir in den ersten vier Monaten genügend eigene Fehler gemacht haben."

Die Folgen musste die SPD in Niedersachsen und Hessen ausbaden. In Niedersachsen erlitten die SozialdemokratInnen unter Ministerpräsident Sigmar Gabriel erdrutschartige Verluste. Die Partei büßte über 14 Prozentpunkte ein und rangiert bei 33,4 Prozent. Dem als "ewiger Herausforderer" verspotteten CDU-Kandidaten Christian Wulff gelang im dritten Anlauf das Amt des Regierungschefs zu übernehmen. Die Union erzielte 48,3 Prozent und verpasste die absolute Mehrheit nur knapp. Als Koalitionspartner der CDU steht die FDP bereit, die nach neun Jahren Abwesenheit in den Landtag zurückkehrt. FDP und Grüne liegen mit einem Resultat jeweils um 8 Prozent fast gleichauf.

Mit dem Abrutschen unter die Marke von 30 Prozent fiel die Niederlage der SPD in Hessen größer als erwartet aus. Ministerpräsident Roland Koch konnte sein Ergebnis von 1999 auf 48,8 Prozent steigern und darf die nächsten fünf Jahre mit absoluter Mehrheit regieren. Die FDP, die zuletzt nur knapp die Sperrklausel von fünf Prozent überwunden hatten verzeichnete zwar 7,9 Prozent, wird aber nicht mehr für die Regierungsbildung benötigt. Die Grünen verbesserten sich auf 10,1 Prozent.

Die Stellungnahmen führender PolitikerInnen von SPD und CDU zeigen deutlich, welche Wirkung die Wahlergebnisse vom Wochenende haben werden: SPD und Union werden via Bundesrat und Vermittlungsausschuss faktisch zusammen regieren. Schröder begrüßte die Ankündigung der CDU, im Bundesrat keine Blockadepolitik zu betreiben. Dies sei Ausdruck einer Kooperationsbereitschaft, die er "offensiv annehme". Rot-Grün wird nun noch stärker als zuvor ein mit sozialdemokratischer Rhetorik umranktes Programm zum Um- und Abbau des Sozialstaats auf den Weg bringen. Die veröffentlichte Meinung zeigt den Weg: Die Welt schrieb von einer notwendigen "Generalüberholung des Landes" "auch gegen den

Widerstand der Gewerkschaften"; die "Kooperation zu Gunsten der Deutschland AG" ist laut Pforzheimer Zeitung die Parole der Stunde und die Westfälischen Nachrichten erkannten im Wahldebakel der SPD auch den "Hebel", den Schröder "gegen die beharrlichen Bremser in der SPD und in den Gewerkschaften" ansetzen könnte, um "energischer denn je den notwendigen Reformprozess voranzutreiben".

Wirkt der Hebel schon? Jedenfalls ist das kurze Aufmucken der SPD-"Linken" schon vorbei, bevor es richtig begonnen hat. Die Forderung nach einem Sonderparteitag wurde fallen gelassen. Eine Diskussion über die falsche Ausrichtung in der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik der Bundesregierung, die ihrer Ansicht nach zu dem "massiven Vertrauensverlust" geführt habe, wird also nicht stattfinden. Einbinden ließen sich diese "Linken" durch bekannt gewordene Spekulationen, die Bundesregierung verhandele mit anderen EU-Staaten über eine Aufweichung der Maastricher Defizitkriterien. Wobei als Begründung für die Abkehr vom strikten Konsolidierungskurs der Bundesregierung der Irak-Krieg herhalten soll. Die Botschaft ist also klar: Die Bundesregierung will sich ein bisschen finanzpolitischen Spielraum verschaffen, aber gleichzeitig nicht das Druckmittel aus der Hand geben, mit dem der eingeschlagene Kurs Richtung "aktivierender Sozialstaat" durchgesetzt werden soll. Denn wie versicherte Schröder beinahe drohend: "Es ist meine Aufgabe, diesen Reformprozessen den nötigen Schwung zu geben."

mb.

16. Das Auge des Großen Bruders. Sicherheit, Überwachung und öffentliche Räume in Großstädten

Autor: Norbert Gestring · Rubrik: Innenpolitik/Innere Sicherheit · CD-Datei: daten/aksuche/ak470/01.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:470:01

Nein, ihre Haustür schließe sie nie ab. Es sei zwar einmal aus ihrem Haus etwas gestohlen worden, aber das wäre wohl auch passiert, wenn sie abgeschlossen hätte. Ändern werde sie ihre Gewohnheiten deshalb nicht, und in ihrer Nachbarschaft sei dieses Verhalten üblich. Die Kanadierin, die das Michael Moore in seinem Dokumentarfilm "Bowling for Columbine" erzählt, lebt nicht auf einem Bauernhof in den Wäldern, sondern in der Großstadt Toronto. In einer Zeit, in der mit dem Thema "Sicherheit und Kriminalität" Wahlen gewonnen und Auflagen gesteigert werden können, wirkt die Gelassenheit der Bürgerin aus Toronto exotisch.

Videokameras, private Sicherheitsdienste, Einkaufspassagen und vielfältige Sicherheitsmaßnahmen gehören längst zum Alltagsbild westeuropäischer und US-amerikanischer Großstädte. Der Bedarf an Sicherheit scheint groß zu sein. Die Gründe, Mechanismen und Folgen von Sicherheits- und Überwachungsmaßnahmen hat Jan Wehrheim in seiner Dissertation untersucht, die nun als Buch erschienen ist. Der Rote Faden ist die Frage, ob, und wenn ja, welche Personen oder Gruppen aus bestimmten Räumen der Städte ausgeschlossen werden. Wehrheims zentrale These: Überwachung und Ausschluss werden akzeptiert oder unterstützt, weil viele Menschen durch den gesellschaftlichen und städtischen Wandel verunsichert oder gar verängstigt sind. Wenn der Arbeitsplatz und die Lebensplanung unsicher werden, und wenn auf den Sozialstaat immer weniger Verlass ist, dann möchte man wenigstens nicht auch noch Angst um seine körperliche Unversehrtheit haben, dann möchte man wenigstens nicht von denen belästigt werden, die den Abstieg hinter sich haben. Man möchte sie am liebsten gar nicht sehen.

In den beiden Hauptkapiteln des Buches werden sowohl die "Mechanismen des Überwachens und Ausschließens" als auch konkrete Orte beschrieben, an denen Maßnahmen der Überwachung praktiziert werden. Dabei geht es erstens um rechtliche Veränderungen, neue Sicherheitskonzepte und private Sicherheitsdienste, zweitens um technische Überwachung (etwa durch Videosysteme) und drittens um architektonische Mittel zur Erhöhung von Sicherheit und Kontrolle. Die verschiedenen Maßnahmen werden anhand von Beispielen aus US-amerikanischen, englischen und deutschen Städten erläutert. So wird der öffentliche Raum in deutschen Städten nur in wenigen Fällen per Video überwacht, während das in englischen Städten fast flächendeckend der Fall ist. Dabei werden vom Wachpersonal hinter den Bildschirmen diejenigen genauer ins Visier genommen, die vom Standard des weißen Mittelschichtsangehörigen abweichen: Subkulturelle Jugendliche, Schwarze sowie Schwule und Lesben, die ihre Homosexualität nicht verbergen. Sie sind deshalb diejenigen, die am stärksten vom Ausschluss bedroht sind.

Generell droht durch forcierte Videoüberwachung eine Errungenschaft von Stadt verloren zu gehen - die Anonymität. Wer damit rechnen muss, per Video beobachtet zu werden, wird es unter Umständen vermeiden, eine psychosoziale Beratungsstelle, eine politische Veranstaltung oder ein Transvestitenlokal zu besuchen. Das Personal in den Kontrollräumen ist zwar mit der Flut der Bilder hoffnungslos überfordert und kann deshalb gar nicht alle aufgezeichneten Videobilder auswerten, aber allein das Vorhandensein von Kameras und die Möglichkeit, erkannt zu werden, kann schon einschränkend wirken. Der menschliche Faktor ist der Schwachpunkt der Videoüberwachung, die deshalb Sicherheit und Überwachung eher inszeniert als gewährleistet.

Im zweiten Hauptkapitel geht es um überwachte Räume wie Shopping Malls, Bahnhöfe und "gated communities" (eingezäunte Wohngebiete mit Zugangskontrollen). Dass mit Sicherheitskonzepten auch ökonomische Interessen verbunden sind, zeigt sich besonders bei den Malls. Malls sind Zentren des Konsums und oft auch der Freizeitindustrie, die privat betrieben werden. Sie erwecken zwar in vielen Fällen den Eindruck eines öffentlichen Raums, sind aber privat und unterstehen deshalb dem Hausrecht. Sicherheit und Sauberkeit gelten als wichtige Standortvorteile von Malls gegenüber Innenstädten. Videokameras, ein privater Sicherheitsdienst und eine mehr oder weniger restriktive Hausordnung gehören zum Standardrepertoire. Wer den Konsum stört und/oder gegen die Hausordnung verstößt, dem droht der Ausschluss.

An den Beispielen der "Manhattan Mall" in New York und des "CentrO" in Oberhausen zeigt Wehrheim, wie das Management mit dem grundlegenden Konflikt umgeht, Sicherheit zu gewährleisten, ohne die konsumfördernde "Feel-Good"-Atmosphäre zu stören. Dabei besteht auch das Dilemma zu entscheiden, ob Jugendliche unerwünschte (weil nicht konsumierende) Eckensteher oder kaufkräftige Kundschaft sind. Deshalb werden in Malls häufig "globe cameras" eingesetzt, die für Laien nicht als Videokameras identifizierbar sind, und die Sicherheitsdienste werden auf einen extrem freundlichen Umgang mit der Kundschaft eingeschworen. Ziel ist vor allem die Disziplinierung der Kundschaft. Gleichwohl bleibt Ausschluss eine Option, die vor allem Jugendliche und soziale Randgruppen trifft.

Werheim befürchtet eine "Sicherheitszonierung" in Städten, wenn weiterhin Sicherheit und Überwachung an Bedeutung gewinnen. Es droht eine Dreiteilung in erstens überwachte Räume, aus denen ausgeschlossen wird, wer nicht den (oft rigiden) Vorgaben der Hausordnungen entspricht; zweitens als gefährlich geltende Räume der Armutsquartiere und drittens eine große Übergangszone. Je mehr Räume überwacht werden, so seine These am Schluss, desto unsicherer fühlen sich Menschen in nicht überwachten Räumen und desto lauter wird der Ruf nach mehr Überwachung. Keine guten Aussichten für diejenigen, die mit dem Leben in der Stadt auch Anonymität, unerwartete Kontakte und wenig Reglementierungen verbinden.

Norbert Gestring

Jan Wehrheim: "Die überwachte Stadt. Sicherheit, Segregation und Ausgrenzung",

Opladen: Leske+ Budrich. 238 Seiten, 19,90 EUR

17. "Pendelausschläge des Antisemitismus." Interview mit dem Antisemitismusforscher Wolfgang Benz

Rubrik: Antisemitismus/Wiedergutmachung; Zeitgeschichte · CD-Datei: daten/aksuche/ak470/04.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:470:04

Anlässlich des zwanzigjährigen Jubiläums des Zentrums für Antisemitismusforschung an der TU Berlin sprach Thomas Binger mit Prof. Dr. Wolfgang Benz, Historiker und Leiter des Zentrums, über aktuelle Ausformungen des Antisemitismus in der politischen Öffentlichkeit der Bundesrepublik. Vor dem Hintergrund der Möllemann-Kampagne analysiert er den latenten, den manifesten und den sekundären Antisemitismus.

ak: In Ihren Veröffentlichungen betonen Sie den offiziellen Konsens in der bundesdeutschen Nachkriegsgesellschaft, Antisemitismus als Mittel der Politik zu ächten. Hat dieser Konsens angesichts der aktuellen Debatten um Jürgen Möllemann und Martin Walser noch Bestand?

Wolfgang Benz: Dieser Konsens ist nach wie vor gültig. Die Möllemann-Affäre hat das eindrucksvoll bestätigt. Mit Antisemitismus sind keine Wähler zu gewinnen, und öffentlich demonstrierter Antisemitismus ist in Deutschland karriereschädlich. Seitdem die Debatte im Mai oder Juni 2002 begann, haben Meinungsführer, Medien und Intellektuelle immer wieder öffentlich deutlich gemacht, dass dieser Konsens gilt.

Warum scheuen Sie davor zurück, Jürgen Möllemann oder Martin Walser als Antisemiten zu bezeichnen? Reicht die politische Instrumentalisierung oder literarische Verarbeitung von Stereotypen der Judenfeindschaft nicht für eine solche Charakterisierung aus?

Ich würde überhaupt nicht davor zurückschrecken, jemanden einen Antisemiten zu nennen. Ich möchte nur in meinen Veröffentlichungen darauf aufmerksam machen, dass es zu einfach ist, Möllemann als Antisemiten zu bezeichnen, um dann schulterzuckend zur Tagesordnung überzugehen. Es kann nicht darum gehen, jetzt lediglich dieses Sortiergeschäft durchzuführen.

Viel wichtiger ist es zu sehen, was da für Mechanismen in Gang gesetzt werden, an welchen Hebeln gespielt wird, was hier mit Mitteln der Demagogie instrumentalisiert wird und wie Stereotype und Ressentiments wachgerüttelt und zu Gunsten von politischen Zielen in Stellung gebracht werden. Ob das Möllemann jetzt aus Kalkül macht, aus politischer Berechnung, aus ideologischer Überzeugung, aus Dummheit oder aus Klugheit, aus welchem Motiv auch immer, das erscheint mir nicht als das Wichtige. Entscheidender ist, dass es geschieht und welcher Schaden damit angerichtet wird.

Instrumentalisiert werden soll der latente Antisemitismus in Teilen der Bevölkerung. Sie heben in verschiedenen Äußerungen darauf ab, dass dieses antisemitische Potenzial im Laufe der Jahrzehnte kleiner geworden ist. Kann man das angesichts der aktuellen Debatten noch aufrecht erhalten, oder gibt es neuere empirische Untersuchungen, die eher das Gegenteil aufzeigen?

Nein. Alle seriösen Untersuchungen, Umfragen und Trendbeobachtungen bestätigen dieses Ergebnis. Langfristig betrachtet ist Antisemitismus in unserem Land eine konstante Größe, mit einer leicht abnehmenden Tendenz. Das bedeutet nicht, dass es nicht Wellenbewegungen gibt, dass es nicht im Laufe dieses Sommers Ausschläge dieses Pendels gegeben hat, die gegen diesen langfristigen Trend zu sprechen scheinen. Das ändert aber nichts. Es gibt immer, seitdem wir Antisemitismus mit Mitteln der Demoskopie beobachten, also seit 1945, in Deutschland diese Ausschläge, die sich an bestimmten Ereignissen kristallisieren. Wenn die Medien breit über antisemitische Ausschreitungen berichten, dann animiert das Nachahmungstäter, dann wird es weitere antisemitische Ausschreitungen geben. Das ist ein Naturgesetz der Mediengesellschaft.

Das ist keine Medienschelte. Das heißt auch nicht, dass Medien nicht berichten dürfen. Aber wenn sich Politiker in den Ring begeben und ein Problem völlig neu entdecken, dann werden sie anschließend auch bestätigt, weil es jetzt im allgemeinen Diskurs ist und sich die Ereignisse dann auch einstellen.

Wie groß ist das konstante Potenzial für Antisemitismus in der bundesdeutschen Gesellschaft?

Das schwankt zwischen 15 und 20 Prozent. Aber man muss das genau betrachten. Der Aufschrei, jeder fünfte Deutsche sei ein Antisemit, bringt uns der Wahrheit nicht näher. So wird das aber in den Zeitungen gerne

übersetzt. Unter Antisemit wird dann auch noch der potenzielle Völkermörder verstanden. Wir müssen also die Ergebnisse von Umfragen sehr sorgfältig interpretieren.

Latenter Antisemitismus heißt beispielsweise, dass im Weltbild eines Menschen bestimmte Ressentiments vorkommen: er ist also davon überzeugt, dass Juden einer besonders komplizierten Religion anhängen oder er ist überzeugt davon, dass Juden besonders geschäftstüchtig oder gar geldgierig sind, und damit mag es sein Bewenden haben. Das heißt nicht, dass er jetzt fordert, die Juden müssten umgebracht oder verjagt werden. Das wäre manifester Antisemitismus. Und zwischen latentem Antisemitismus, also einer Einstellung, in der Ressentiments gegen Juden vorkommen, und manifestem Antisemitismus, wie er bei Rechtsradikalen auftritt, wie er sich in Friedhofsschändungen, in Propagandadelikten, in der Leugnung des Völkermordes äußert, ist ein himmelweiter Unterschied.

Die aktuellen Debatten über Antisemitismus sind ja stark mit Positionen zum Nahost-Konflikt und mit einer besonderen Variante der Israel-Kritik verknüpft. Welche Rolle spielen diese Themen für aktuelle Konjunkturen des Antisemitismus?

Sie spielen eine ganz große Rolle, wie die Debatte in dem vergangenen Jahr gezeigt hat. Möllemann und andere haben ganz systematisch die Ereignisse in Nahost als Kristallisationskerne benutzt, um daran über das Vehikel Israel-Kritik Judenfeindschaft deutlich zu machen. Das ist ein ganz einfach zu erläuternder Mechanismus: Judenfeindschaft ist in Deutschland nicht erlaubt. Israel-Kritik ist selbstverständlich erlaubt, solange das eine Kritik ist, die die Politik eines bestimmten Landes bzw. der Regierung eines Landes in den Blick nimmt und bewertet.

In Deutschland bauen nun Leute wie Möllemann den Popanz auf, Israel-Kritik sei verboten, sei ein Tabu und man müsse dieses Tabu brechen. Auf diese demagogische Weise werben sie dann um Wähler. Tatsächlich öffnen sie damit aber auch die Ventile dafür, dass Leute Israel-Kritik benutzen um Judenfeindschaft zu artikulieren: indem sie die israelische Regierung mit den Juden in aller Welt gleichsetzen, oder indem sie sagen, "was die Israelis mit den Palästinensern machen, ist genauso schlimm oder schlimmer wie das, was die Nazis mit den Juden gemacht haben". Das ist ein vollkommen schiefer und falscher Vergleich, aber er öffnet das Ventil, jetzt Judenfeindschaft an einen Ort zu kanalisieren, wo sie scheinbar legitim geäußert werden darf, und man lässt sich dann auch noch als Tabubrecher feiern.

Israel-Kritik ist erlaubt und wird geübt in diesem Lande, wie ein Blick in jede beliebige Tageszeitung lehrt. Aber diffamierende Schmähungen von Juden, also Antisemitismus, sind nicht erlaubt und mit gesellschaftlichen Sanktionen belegt. Diese beiden Dinge zu vermischen, ist die politische Brandstiftung, der sich Möllemann schuldig gemacht hat.

Würden Sie darüber hinaus generell im Antizionismus, der ja nicht nur in Deutschland existiert, sondern insbesondere auch im arabischen Raum eine große Rolle spielt, nur eine Variante des Antisemitismus sehen? Oder meinen Sie, dass man diese Phänomene auch begrifflich klar trennen muss?

Man muss diese Begriffe sauber und klar trennen, genauso wie man Antijudaismus, also die religiös begründete Judenfeindschaft, und Antisemitismus, die rassistisch begründete Judenfeindschaft, trennen muss. Das bedeutet aber nicht, dass nicht Antizionismus als eine Variante des Antisemitismus auftreten kann und tatsächlich auch in diesem Sinne derzeit auftritt.

Wenn man arabische Judenfeindschaft vor Augen hat, ist die Trennung zwischen Antizionismus und Antisemitismus eine rein akademische Angelegenheit. Tatsächlich geht es um Feindschaft gegen Juden, um Vernichtung und Auslöschung des Staates Israel, und da besteht nur ein gradueller Unterschied zur rassistischen oder religiösen Ausformung des Antisemitismus.

Die Kritische Theorie hat in der bundesdeutschen Nachkriegsgesellschaft nach dem Holocaust das besondere Phänomen eines sekundären Antisemitismus ausgemacht. Was verbirgt sich hinter dieser Variante des Antisemitismus und welche Bedeutung hat sie für die bundesdeutsche Nachkriegsentwicklung?

Der sogenannte sekundäre Antisemitismus, also Judenfeindschaft nicht trotz Auschwitz, sondern wegen Auschwitz, spielt die größte Rolle im Spektrum deutscher Judenfeindschaft überhaupt. Der religiöse Antijudaismus spielt in Deutschland eine geringe Rolle. Der rassistische Nazi-Antisemitismus ist auch mehr

oder weniger überwunden. Aber dieser sekundäre Antisemitismus, also Feindschaft gegenüber Juden, die sich aus Gefühlen von Scham und Schuld speist, sorgt für neues Ressentiment gegen die Juden.

Diese Variante der Judenfeindschaft macht sich daran fest, dass die Juden viel zu viel Entschädigung oder Wiedergutmachung kassieren würden, dass sie rachsüchtig seien und uns den Holocaust immer wieder bis in alle Zeiten vorhalten würden, oder dass unsere Enkel immer noch für die Untaten der Urgroßväter bezahlen müssten. Diesen sekundären Antisemitismus gibt es seit dem Ende des Nationalsozialismus, und er ist das eigentliche Problem der Judenfeindschaft in Deutschland.

Was unterscheidet den Antisemitismus von anderen rassistischen und fremdenfeindlichen Ressentiments?

Antisemitismus unterscheidet sich auf den ersten Blick überhaupt nicht. Antisemitismus ist nur die spezielle Ausformung des Vorurteils, das auf dem Mechanismus gründet, dass die Mehrheit eine Minderheit ausgrenzt und bestimmte Projektionen auf die Minderheit richtet, um die Minderheit als Schuldige an unangenehmen Entwicklungen und als Verursacher sozialer oder ökonomischer Schwierigkeiten in Anspruch zu nehmen. In diesen Gesamtzusammenhang gehört Antisemitismus.

Antisemitismus ist das älteste soziale, kulturelle, religiöse und wirtschaftliche Vorurteil gegen eine bestimmte Minderheit und damit auch das Lehrstück und Paradigma schlechthin. Deswegen muss man aber nicht jede Form von Fremdenfeindlichkeit und Rassismus mit Antisemitismus gleichsetzen. Er ist eine Spielart, die vielleicht bekannteste und wirksamste in der Geschichte.

Haben die von Ihnen angesprochenen Projektionen gegenüber Juden nicht dadurch eine besondere Qualität, dass Juden für alle Übel der modernen Gesellschaft verantwortlich gemacht werden? Funktioniert der Antisemitismus für den Antisemiten nicht dadurch als ein umfassendes Weltbild und unterscheidet sich so von anderen Formen des Rassismus?

Er unterscheidet sich von anderen Formen, einfach weil er bekannter ist, weil er eine längere Tradition hat, weil man sich über die Chiffre des Antisemitismus leicht verständigen kann. Aber die Wirkung und die Methode, eine Minderheit zu stigmatisieren und auszugrenzen, ist dieselbe. Das funktioniert genauso mit Sinti und Roma, denen bestimmte Eigenschaften zugeschrieben und die für bestimmte Übel in Anspruch genommen werden.

Wolfgang Benz hat sich in zahlreichen Publikationen mit der Geschichte des deutschen Faschismus, der nationalsozialistischen Judenverfolgung und dem Antisemitismus in der bundesdeutschen Nachkriegsgesellschaft beschäftigt. Zuletzt sind erschienen "Bilder vom Juden - Studien zum alltäglichen Antisemitismus" (München, 2001), "Der Holocaust" (2001), "Geschichte des Dritten Reiches" (2000), "Enzyklopädie des Nationalsozialismus" (hrsg. zusammen mit Hermann Graml und Hermann Weiß, 1997) und "Die Juden in Deutschland" (Hrsg., 1996).

Die Forschungsergebnisse des Berliner Zentrums, der einzigen europäischen Forschungseinrichtung, die sich schwerpunktmäßig mit dem Thema Antisemitismus auseinander setzt, werden seit zehn Jahren im "Jahrbuch für Antisemitismusforschung" publiziert.

18. Camp-Glück auch im Jahr 2003. Trotz Differenzen soll es wieder ein gemeinsames Grenzcamp geben

Autor: Gregor Samsa · Rubrik: Aktionen / Veranstaltungen; Antirassismus, Antinationalismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak470/15.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:470:15

Der sommerliche Camp-Marathon war vollbracht, ihm folgte der Marathon der Auswertungen - und mit ihm ein Aufschwung der Stimmung: Hatte noch im unmittelbaren Anschluss an die insgesamt vier Camps des vergangenen Jahres vielerorts Katzenjammer die Szenerie beherrscht (vgl. ak 465), so setzte sich mit zunehmendem Abstand ein differenzierteres Bild durch. Eine Entwicklung, die Voraussetzung dafür gewesen ist, dass sich auf einem gemeinsamen Nachbereitungstreffen im November die VertreterInnen dreier Camps - Strassbourg, Hamburg und Jena - darüber verständigt haben, ihr Camp-Glück auch im Jahr 2003 zu versuchen, diesmal wieder gemeinsam.

Dieses Ergebnis ist insbesondere deshalb bemerkenswert, weil ja die Existenz mehrerer, direkt aus dem antirassistischen Grenzcamp-Projekt hervorgegangener Camps ursprünglich das Ergebnis ziemlich handfester Auseinandersetzungen um eine angemessene Bestimmung von linkem bzw. linksradikalem Antirassismus gewesen ist. Das aber wirft die Frage auf, was aus besagten Auseinandersetzungen geworden ist, schließlich haben sich die hiermit verknüpften Differenzen alles andere als in Wohlgefallen aufgelöst.

Vorgeschichte mit Rissen

Im Jahr 2000 entbrannte auf dem 3. Grenzcamp in Forst (Brandenburg) eine Debatte, welchen prinzipiellen, d.h. programmatischen Status "Sexismus" auf dem Camp erhalten sollte. Einigen Leuten reichte es, sie riefen das "universal-kritische" cross-over-project ins Leben, das im Januar 2002 die von über 600 Menschen besuchte cross-over-conference in Bremen organisierte und im Sommer 2002 das summercamp in Cottbus. Nach dem Frankfurter Grenzcamp im Jahr 2001 kam es zu weiteren Abgängen. Einige der bislang tragenden Kräfte machten sich auf, um das internationale no-border-camp in Strassbourg auf den Weg zu bringen. Auch dieser Schritt war von Auseinandersetzungen begleitet. Die Kritik lautete, dass die Strassbourg-Fraktion nur noch an einem technokratisch-erfolgsorientierten "Höher-Weiter-Besser"-Aktionismus interessiert wäre unter Vernachlässigung inhaltlicher Auseinandersetzungen.

Richtig geknallt (samt Spaltung) hat es aber erst einige Monate später, als im Zuge eines fragwürdigen Entscheidungsprozesses das ursprünglich von der Flüchtlingsselbstorganisation The Voice ins Spiel gebrachte Jena zum "Austragungsort" für das 5. Grenzcamp erkoren wurde. Die damals auf den Punkt gebrachten Differenzen in Sachen Antirassismus markieren auch heute noch den Riss, der die Grenzcamp-Community politisch durchzieht.

Der Jena-Flügel machte für seine Positionierung ein spezifisches Rassismus-Verständnis geltend: Danach sei Rassismus ein komplexes (und mit anderen Herrschaftsverhältnissen verschränktes) System fein abgestufter Ein- und Ausschlussmechanismen, das auf Trennung, Entrechtung und Hierarchisierung abziele. Die Auswirkungen solcher rassistisch strukturierten Ein- und Ausschlüsse seien auch auf dem antirassistischen Feld spürbar: Eine Zusammenarbeit zwischen MigrantInnen, Flüchtlingen, (weißen) Deutschen, etc. fände kaum statt, so wie ja auch der Grenzcamp-Zusammenhang ein mehrheitlich deutsch dominierter wäre. Angesagt sei deshalb, die rassistisch produzierten Trennungen zu durchbrechen, vor allem müsste seitens der deutschen AktivistInnen eine (klarere) Bezugnahme auf die oftmals alltäglichen Kämpfe der Flüchtlinge und MigrantInnen erfolgen. Diese Bezugnahme dürfte weder karitativ noch paternalistisch daherkommen, vielmehr müssten die durch Rassismus und unterschiedliche Erfahrungshorizonte geschaffenen Differenzen (hinsichtlich politischer Strategien, identitärer Selbstverständnisse etc.) thematisiert und gegebenenfalls ausdiskutiert werden. Langfristig ginge es um die Herausbildung eines gemeinsamen, wenn auch stets gebrochenen sowie flüssig gehaltenen WIR, die Rede war gar von (trans-identitärer) Hybridisierung.

Dieser Programmatik wurde seitens der Hamburg-BefürworterInnen vehement widersprochen: Die Konzentration auf die Kämpfe der Flüchtlinge (und MigrantInnen) leiste einem flüchtlingspolitisch verkürzten Antirassismus Vorschub. Der Blick fürs Ganze ginge verloren, im Mittelpunkt stünden stattdessen die unbestreitbar katastrophalen Lebensbedingungen (vor allem) von Flüchtlingen. Überdies sei es auch falsch, die Schaffung eines gemeinsamen WIR zum politisch programmatischen Ziel zu erheben. Denn worauf es

beim gemeinsamen Politik-Machen ankomme, sei einzig, ob gemeinsame Interessen vorlägen. Eine solche Gleichgerichtetheit der Interessen hätte aber nur wenig mit den Hintergründen, Identitäten, etc. der jeweils Beteiligten zu tun. In diesem Sinne laufe eine Politik, die auf einer gemeinsamen (und sei es trans-identitären) Grundlage aufbauen wolle, Gefahr, sich früher oder später in partikularen Selbstbezogenheiten zu verrennen und so die rassistischen Verhältnisse im gesellschaftlichen "Außen" aus den Augen zu verlieren.

Annäherung zwischen McPom und Nürnberg

Hintergrund der vom Hamburg-Flügel immer wieder stark gemachten Notwendigkeit einer Gleichgerichtetheit der Interessen ist im übrigen ein gegenüber The Voice gehegter Vorbehalt: Danach betreibe The Voice eine instrumentelle, lediglich an der Durchsetzung eigener Kampagnenziele orientierte Interessenpolitik; das aber unterhöhle die Idee einer weiterreichenden Kooperation. Insgesamt resultierte hieraus das Hamburger Land-in-Sicht-Camp, das zwar auch einen antirassistischen Focus hatte, gleichzeitig jedoch unter dem Schlagwort der "autoritären Formierung" (exemplifiziert im Schillschen Rechtspopulismus) den Brückenschlag zu gesamtgesellschaftlichen Entwicklungstendenzen versuchte.

Eine Wiederannäherung, zumindest ein Aufeinanderzugehen der verschiedenen Fraktionen war auf dem bereits erwähnten Nachbereitungstreffen im November 2002 zu verzeichnen, an dem AktivistInnen aller vier der ehemals aus dem Grenzcamp-Projekt hervorgegangenen Camps beteiligt waren. Auf diesem Treffen wurden zum einen allgemeine Fragen verhandelt wie z.B. campinterne Kommunikations- und Entscheidungsstrukturen, zum anderen wurde einmal mehr kontrovers der Hamburg-Jena-Konflikt verhandelt, diesmal ausgehend von dem Statement des Jena-Flügels, wonach hinter Jena nicht zurückgegangen werden dürfte, d.h. wonach die in Jena begonnene intensivierte Kooperation zwischen Flüchtlingen und Nicht-Flüchtlingen unbedingt fortzuführen wäre. Die Brisanz des Themas wurde nicht zuletzt an der Position eines Vertreters von The Voice deutlich: Seines Erachtens steckten in der Behauptung, dass die Flüchtlingskämpfe (in aller Regel) verkürzten Antirassismus implizierten und dass außerdem - pointiert gesprochen - The Voice im Rahmen seiner Bündnispolitik an vor allem willenlosen WasserträgerInnen interessiert wäre, absolut problematische Bilder über (politisch organisierte) Flüchtlinge, zumindest aber wären solche Behauptungen geeignet, die Kämpfe der Flüchtlinge massiv zu torpedieren.

Und doch: Allen Differenzen zum Trotz, das Treffen erklärte zugleich (mit Ausnahme des ohnehin stark dezimierten cross-over-Zusammenhangs) seinen Willen, zukünftig wieder gemeinsam zu arbeiten. Einerseits weil - das hätte die vergangene Campsaison gezeigt - weder von TeilnehmerInnen- noch von OrganisatorInnen-Seite aus wirklich die Kapazitäten für derart viele Camps bestünden, andererseits weil die politische Heterogenität, wie sie durch die vier Camps verkörpert würde, eine politisch bedeutsame Qualität darstellte.

Es wurde vereinbart, auf einem weiteren Treffen im Januar Ort, Motto und Zuschnitt des gemeinsamen Camps 2003 zu bestimmen. Es kam, wie es kommen musste: In Gestalt zweier fast schon gegenläufiger Ortsvorschläge verschafften sich die bekannten Differenzen (samt ihrer Lager) einmal mehr Geltung: Größere Teile des Hamburg-Flügels hatten die Mecklenburg-Vorpommersche Provinz als Ort für ein gemeinsames Camp 2003 ausersehen. Dort sollte dem rechten, geradezu hegemonialen Mainstream innerhalb der Mehrheitsbevölkerung entgegengetreten werden - jenseits von zivilgesellschaftlicher Entwicklungshilfe oder anti-deutschem Strafkommando. Insbesondere sollte den wenigen der überhaupt dort lebenden Linken (sowie MigrantInnen und Flüchtlingen) für zehn Tage die Erfahrung einer anderen Realität ermöglicht und so der Boden für einen (langfristigen) Stimmungsumschwung (mit-)vorbereitet werden.

Zusammenarbeit trotz Differenzen

Demgegenüber hatten sich größere Teile des Jena-Flügels auf Nürnberg verständigt. Zum einen ob des dort bereits angelaufenen und sich obendrein großer Publizität erfreuenden Kampfes gegen das Ausreisezentrum in Nürnberg-Fürth - eine Bezugnahme, die nicht nur im Kontext der im November 2002 begonnen Kampagne gegen Abschiebungen, Abschiebeknäste und Abschiebelager (vgl. ak 467)), sondern auch im Kontext weltweiter Anti-Lager-Proteste zu verstehen wäre. Andererseits ob der staatlich-institutionellen Kulisse: Mit der Bundesanstalt für Arbeit und dem Bundesamt für Migration sind in Nürnberg zwei Institutionen angesiedelt, auf die mehrere der derzeit zirkulierenden antirassistischen Praxis-Ansätze (symbolisch) bezogen werden könnten, u.a. die das globale Migrationsmanagement attackierende Anti-IOM-Kampagne des internationalen

no-border-netzwerkes sowie das von Gruppen wie kanak attak schon seit längerem betriebene Projekt, insbesondere das Feld der Arbeit - Stichwort: migrantische (Arbeits-)Kämpfe - auf die antirassistische Agenda zu setzen.

Einzig, keiner der beiden Ortsvorschläge wusste zu überzeugen: Mecklenburg Vorpommern - so die KritikerInnen - böte weder schlüssige Anknüpfungspunkte für das in Jena Begonnene, und auch bestünden keine Brückenschläge zu der auf dem Frankfurter Camp im Zuge der damals aktuellen Zuwanderungsdebatte begonnenen Diskussion um Themen wie "Autonomie der Migration", "Globales Migrationsregime" etc.. Stattdessen stünden im Kern Konfrontationen mit der dortigen Mehrheitsbevölkerung ins Haus und somit ein linksradikales, stark auf sich selbst bezogenes Bewegungscamp. Im Gegenzug wurde der für Nürnberg stark gemachte Bezug auf das Ausreisezentrum einmal mehr als "antirassistisch verkürzt" und obendrein "anti-visionär" gebrandmarkt, so wie auch die anderen für Nürnberg ins Feld geführten Themenstränge vor allem der Praxis einer antirassistischen Expertokratie entstammten, die zuvörderst das Ziel verfolgte, möglichst viele KampagnensoldatInnen an den von ihr jeweils ausgewählten Orten zu versammeln (mensch beachte die alles andere als zufällige Parallele zu den bereits zitierten Anwürfen gegen "die" StrassbourgerInnen sowie The Voice).

Rettungsanker Rheinland

Kurz, ein Kompromiss musste her - und mit dem von zwei Einzelpersonen sehr kurzfristig lancierten Vorschlag "Köln (plus Düsseldorf)" war ein solcher auch schnell gefunden. Aus der Region selbst hatte es zwar keine entsprechenden Vorstöße gegeben (was allgemein als großes Manko benannt wurde), allein, Köln bietet eine Vielzahl möglicher Anknüpfungspunkte für ein Camp mit antirassistischem Focus. Zudem ist Köln ein geeigneter Ort für die dreitägige Auftaktkonferenz, mit der das diesmalige Grenzcamp eröffnet werden soll. Gleichwohl muss die Bewertung des Köln-Beschlusses wohl notwendigerweise ambivalent ausfallen. Zum einen artikuliert sich in ihm der politisch begründete Wille, einem ungewöhnlich verbindlichen, absolut heterogenen sowie bundesweit organisierten Groß-Zusammenhang die Stange zu halten, ja, ihn inhaltlich weiterzuentwickeln. Ein derartiger Wille ist eher selten und in seiner politischen Tragweite kaum zu überschätzen. Umgekehrt jedoch ist der Kompromiss (tendenziell) auf Kosten der am Grenzcamp beteiligten Flüchtlinge zu Stande gekommen. Für sie hatte die von ihnen selbst mitgetragene Kampagne u.a. gegen das Ausreisezentrum Nürnberg-Fürth Priorität, was auch der Grund dafür ist, dass derzeit größere Teile des Jena-Flügels darüber nachdenken, noch dieses Jahr ein (zusätzliches) Aktionswochenende in Nürnberg auf die Beine zu stellen.

Gregor Samsa

19. Tansania: Vom afrikanischen Sozialismus zum Musterschüler des IWF

Autor: Gerhard Klas · Rubrik: Imperialismus und Weltwirtschaft; Tansania · CD-Datei: daten/aksuche/ak470/23.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:470:23

Der Kampf gegen die Globalisierung findet auch in den ärmsten Ländern statt. Allerdings hat er dort ein anderes Gesicht als in den Metropolen der sogenannten "Ersten Welt". Zum Beispiel Tansania: Es gibt in diesem Land so gut wie keine Mittelschicht, aus der sich in den meisten anderen Ländern ein großer Teil des Protestpotenzials rekrutiert.

Soko holela" "chaotischer Markt" heißt in der ostafrikanischen Regionalsprache Kiswahili, was in Europa und Nordamerika euphemistisch als "freie Marktwirtschaft" bezeichnet wird. In Tansania sind die Auswirkungen dieser "freien Marktwirtschaft" noch ziemlich frisch. Im Gegensatz zu Europa, wo sich eine neoliberale Wirtschaftspolitik über Jahrzehnte durchgesetzt hat, findet diese Entwicklung in dem ostafrikanischen Land im Zeitraffertempo statt. Auf Druck internationaler Kreditgeber soll so schnell wie möglich alles über den Verkaufstisch gehen: Wasser- und Stromversorgung, Ländereien, die Börse, Einrichtungen der Gesundheitsversorgung, die nationale Flug- und Eisenbahnlinie, die Hafenverwaltung sowie die staatliche Telefongesellschaft. Die besten Stücke des Kuchens versuchen sich ausländische Investoren, hauptsächlich aus den USA, Europa, Japan und Südafrika, einzuverleiben. In Tansania gibt es kaum kapitalstarke Investoren, die etwa ein gigantisches Unternehmen wie die nationale Stromversorgung TANESCO übernehmen könnten. Doch auch Wirtschaftssektoren, die längst in privater tansanischer Hand sind, sollen nun dem internationalen Konkurrenzdruck ausgesetzt werden.

Früher galt Tansania, das lange Zeit der 1999 verstorbene Julius Nyerere regierte, als Prototyp des afrikanischen Sozialismus. Nyerere führte diesen Begriff ein und verstaatlichte Ende der 60er-Jahre die Gesundheitsversorgung, landwirtschaftliche Betriebe und die schwach entwickelten Schlüsselindustrien.

Bis in die 70er-Jahre hinein erhielt Tansania internationale Kredite auch aus dem Westen, zum Teil zu flexiblen Zinssätzen. Unter anderem finanzierte Nyerere damit das Engagement Tansanias im Kampf gegen das südafrikanische Apartheidsregime. Mit den steigenden Zinsen während der Wirtschaftskrise Ende der 70er- und Anfang der 80er-Jahre geriet Tansania in die Schuldenfalle, die zusätzlich verschärft wurde durch fallende Weltmarktpreise für Exportgüter aus dem Agrarbereich und mineralische Rohstoffe sowie steigende Importpreise für Industriegüter.

Steigende Zinsen führten in die Schuldenfalle

Während sich viele Länder daraufhin dem Diktat der Strukturanpassungsprogramme internationaler Kreditinstitutionen und damit dem Ausverkauf ihrer wirtschaftlichen Ressourcen unterwarfen, profilierte sich Tansania mit seinem charismatischen Präsidenten als vehementer Gegner dieser Politik. Doch die wirtschaftliche Situation erlaubte es Tansania nicht, diese Linie alleine durchzuhalten.

Der Wandel setzte 1985 mit dem Rücktritt Nyereres ein. Sein Nachfolger, Ali Hassan Mwinyi, einigte sich mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank über ein tansanisches Strukturanpassungsprogramm, setzte es aber nur teilweise um. Gleichzeitig häuften sich Korruptionsaffären. Mitte der 90er-Jahre musste außerdem die einstmals vielversprechende Textilindustrie nach Spenden und Billigimporten von Altkleidern aus den USA und Europa ihren Bankrott erklären.

Die Führungsriege der nach wie vor regierenden Revolutionspartei CCM, ein Produkt der antikolonialen Befreiungskämpfe, ist heute ein williger Kooperationspartner des IWF und der Weltbank. Der amtierende Präsident Benjamin Mkapa präsentierte während der letzten Präsidentschaftswahl seine "wirtschaftlichen Erfolge" und griff die Opposition scharf an. "Einige haben uns kritisiert", verteidigte sich Mkapa im Oktober 2000, "weil wir der Rückzahlung von Auslandsschulden Priorität geben. Sie versprechen, diese Zahlungen einzustellen. Aber man sollte sie fragen, wo sie die Kredite zur Finanzierung großer Entwicklungsprojekte hernehmen wollen."

Die "wirtschaftlichen Erfolge" existieren auf dem Papier und nur für eine wachsende, vergleichsweise kleine Mittel- und Oberschicht, die nicht einmal zehn Prozent der Gesamtbevölkerung ausmacht. Von einem

"Durchsickern des Wohlstands" bis hin zu den Armen, was Befürworter der "freien Marktwirtschaft" gerne behaupten, kann in Tansania keine Rede sein. Für die Mehrheit der 32 Millionen TansanierInnen hat sich die Situation verschlechtert.

Privatisierung der Wasserversorgung

"Wenn ich etwas sage, machen vielleicht die Arbeiter Ärger", begründet Edward Lowassa seine Weigerung, Fragen zur Privatisierung der Wasserversorgung in der tansanischen Metropole zu beantworten. Lowassa ist Minister für Wasser und Viehhaltung und hatte zuvor in Washington ein Treffen, um dort mit der Weltbank, dem IWF und potenziellen Investoren über die Vergabe des zehnjährigen Leasingvertrages der Wasserversorgung in Dar es Salaam zu verhandeln. Damit erfüllt er eine Auflage, die der IWF an einen Teilschuldenerlass für die tansanische Regierung knüpft. Doch was bei der Wasserversorgung noch ansteht - Massenentlassungen und eine Preiserhöhung von mindestens 30 Prozent - hat in anderen Sektoren schon für erhebliche Unruhe gesorgt.

Edgar Maokola-Majogo, Lowassas Kabinettskollege aus dem Energieministerium, hat schlechte Erfahrungen mit den ArbeiterInnen des staatlichen Energieversorgungsunternehmens TANESCO gemacht. Transparenz, für die Weltbank und andere Institutionen integraler Bestandteil einer "guten Regierungsführung", hat sich im Falle von TANESCO für die tansanische Regierung nicht ausgezahlt. Als potenzielle Käufer ankündigten, bei der Übernahme von TANESCO müsste die Hälfte der Belegschaft gehen, und als sich das Ministerium anschickte, die angesparten Pensionsfonds für die Abfindungen zu verplanen, platzte den Beschäftigten der Kragen. Einige von ihnen kündigten an, Generatoren, Leitungen und Umspannwerke zu zerstören, sollten die Pläne umgesetzt werden.

Zunächst schien der Minister einzulenken. Nun hat er die südafrikanische Firma Net Group Solutions damit beauftragt, das TANESCO-Management zu übernehmen. Weil das südafrikanische Unternehmen nach wie vor an den Massenentlassungen festhält, haben die Beschäftigten ihre Drohungen erneuert. "Ihr habt die Geduld der Regierung aufs äußerste strapaziert, es reicht", echauffierte sich daraufhin Energieminister Maokola-Majogo. Die Regierung ließ Sondereinsatzkommandos der Polizei an allen größeren Knotenpunkten der Stromversorgung aufmarschieren. Kurzfristig wurde so eine Revolte verhindert, aber kein einziges Problem gelöst. Nun macht sich auch bei den KonsumentInnen Unmut breit, allein im vergangenen Jahr wurde der Strompreis um 30 Prozent erhöht.

Bei der Wasserprivatisierung werde wie auch in anderen Sektoren größter Wert auf BürgerInnenbeteiligung und Transparenz gelegt, versichert ein Mitarbeiter der Reformkommission des Präsidenten (PSRC). Die Reformkommission ist für den Verkauf von ehemaligem Staatseigentum zuständig und ist unter der Anleitung des neoliberalen Adam-Smith-Instituts aus Großbritannien aufgebaut worden. Doch selbst zur Woche des Wassers, die Tansania seit vielen Jahren mit öffentlichen Veranstaltungen und Kundgebungen begeht, hüllen sich die Behörden in Schweigen. Julio Rutatina, Generalsekretär der Gewerkschaft des Öffentlichen Dienstes, beschwert sich, dass weder seine Gewerkschaft noch die Belegschaft des öffentlichen Wasserversorgers über die anstehende Übernahme der Wasserversorgung in Dar es Salaam informiert, geschweige denn an den laufenden Verhandlungen beteiligt worden sei. "Die ganze Angelegenheit ist eine Geheimsache zwischen Regierung und Weltbank", empört sich Rutatina.

Der Gewerkschaftssekretär zweifelt an den neoliberalen Politikkonzepten. Doch insgesamt sind die Gewerkschaften zahnlos. Ihre Loyalität gegenüber der ehemaligen Einheitspartei ist noch immer nahezu ungebrochen. Mit der Inkraftsetzung des Trade Union Act im Jahr 2000 wurden zwar die gesetzlichen Rahmenbedingungen etwas günstiger. Doch noch immer behält sich die Regierung das Recht vor, einer einmal zugelassenen Gewerkschaft die Zulassung auch wieder zu entziehen.

Erst allmählich entstehen Gewerkschaftsstrukturen, die zumindest den Spielregeln der formalen Unabhängigkeit gerecht werden. Im Mai 2001 gründeten viele der schon bestehenden Einzelgewerkschaften ihren ersten unabhängigen Dachverband, den Trade Unions Congress of Tanzania (TUCTA). Seine Vorsitzende Margreth Sitta, die auch Vorsitzende der LehrerInnengewerkschaft - mit 117.000 Mitgliedern die größte im Lande - ist, kritisiert bisweilen die Regierung.

Auch das Schicksal der TANESCO-ArbeiterInnen scheint ihr am Herzen zu liegen. Sie weist die geplante Veruntreuung der Rentenfonds durch die Regierung zurück und tritt für Verhandlungen ein. "Wenn die

Regierung den offenen Dialog mit den ArbeiterInnen von TANESCO verweigert, widerspricht das den Gewerkschafts- und Menschenrechten", mahnt sie an. Mahnende Worte, die wenig bewirken.

Die Kraftlosigkeit der politischen Opposition kommt anderen gesellschaftlichen Kräften zugute. Nach dem 11. September 2001 ist es in einem Teil der vor allem in der Küstenregion stark verankerten moslemischen Minderheit unruhig geworden. Weniger, weil sie so fanatisch wären - der größte Teil der moslemischen Glaubensgemeinschaften ist im regierungstreuen Dachverband BAKWATA organisiert. Aber auch im vergleichsweise friedlichen Tansania brechen im Fahrwasser der globalen Hysterie interreligiöse Konflikte auf, die trotz der rechtlichen Benachteiligung der moslemischen Organisationen längst vergessen geglaubt waren. Ein Teil der moslemischen Community, vor allem die unabhängigen Organisationen, steht heute unter Generalverdacht. Tatsächlich gibt es einige Straßenhändler, die T-Shirts mit dem Konterfei von Ossama bin Laden verkaufen, und wenige Jugendliche, die diese auch erwerben (können). Für diese Jugendlichen ist bin Laden ein Star, der es gewagt hat, die führende Weltmacht anzugreifen. Mit seiner fundamentalistischen Politik haben sie bisher wenig gemein. In die Arme seiner Anhänger könnten sie nur dann getrieben werden, wenn die Regierung weiter damit fortfährt, mit Repression und neuen Gesetzen gegen die moslemische Community im Allgemeinen vorzugehen und damit Vorurteile zu schüren. So verabschiedete die Regierung nach dem 11. September 2001 die "Bill Kadhi", mit der sie ihre Kontrollbefugnisse über die moslemischen Organisationen ausweitet. Vor allem, dass der Gesetzesentwurf von einem christlichen Minister in der Öffentlichkeit präsentiert wurde, empfanden viele Angehörige moslemischer Glaubensgemeinschaften als Provokation.

Moslemische Organisationen unter Druck

Andererseits gibt es Männer wie Scheich Nassor von der Insel Sansibar, der Solidaritätsgebete und -demonstrationen für die Taliban organisierte, als die US-Army und die Royal Force begannen, Afghanistan zu bombardieren. Die unabhängigen Organisationen der Moslems geht die Regierung in Tansania hart an. Bei einer Gedenkdemonstration an den Tod einiger Glaubensbrüder, die bei einer Demonstration im Februar 2000 von der Polizei erschossen worden waren, kam es Anfang des letzten Jahres erneut zu gewalttätigen Auseinandersetzungen, bei der die Regierungsbeamten mit äußerster Brutalität gegen die DemonstrantInnen vorgingen.

Schon vor dem 11. September 2001, im Schatten der letzten Präsidentschafts- und Parlamentswahlen Ende Januar 2000, kam es zu heftigen Übergriffen der Polizei auf die moslemische CUF-Partei, die auf der von über 95 Prozent Moslems bevölkerten Insel eine starke Anhängerschaft hat. Auch mehrere Todesfälle waren zu beklagen. In dem mittlerweile heruntergekochten Konflikt, in dem religiöse Unterschiede instrumentalisiert wurden, ging es nicht um unterschiedliche Vorstellungen zur Sozial- oder Wirtschaftspolitik. In diesem Punkt sind die Differenzen zwischen der sansibarischen CUF und der CCM marginal. Wie in vielen anderen "Demokratien" geht es zumindest den Entscheidungseliten in den tansanischen Parteien vor allem um den privilegierten Zugang zu den Fleischtöpfen, nur, dass dort die Verteilungskämpfe wesentlich brachialer ausgetragen werden als etwa in europäischen Demokratien.

Auf Sansibar haben ausländische Investoren das Sagen. Die Sansibaris arbeiten in den Küchen der Restaurants oder als DienerInnen in den Hotels, die vor allem Europäern gehören. Und auch der zweitgrößte Devisenbringer, der Handel mit Gewürzen, ist nahezu vollständig in ausländischer Hand. Angesichts der wirtschaftlichen Potenz dieser Investoren sind die meisten Politiker zu reinen Statisten degradiert, die mit einem für tansanische Verhältnisse guten Salär und Bestechungsgeldern ruhig gehalten werden.

Stark von der lutherischen Kirche beeinflusst ist die Tanzania Coalition on Debt and Development (TCDD), die sich für eine Streichung der Auslandsschulden einsetzt. Ihre Mitglieder, zahlreiche Organisationen aus dem kirchlichen Spektrum und unabhängige Nichtregierungsorganisationen, darunter auch solche, die sich dem geistigen Erbe Nyereres verpflichtet fühlen, verfügen über sehr gute wirtschaftspolitische Kenntnisse und genießen auch im Ausland als kompetente AnsprechpartnerInnen ein Ansehen. Die Mitglieder schreiben Expertisen und haben anlässlich des Besuchs von Weltbankpräsident James Wolfensohn und IWF-Direktor Horst Köhler im Februar 2001 auch Proteste organisiert. Beide waren nach Dar es Salaam gekommen, um die führenden Vertreter der südafrikanischen Länder zu treffen. Knapp zwei Dutzend AktivistInnen trafen sich mit einigen Plakaten vor dem Versammlungsort. Kaum angekommen, trieb die Polizei sie wieder auseinander und nahm sieben von ihnen fest. Im Polizeigewahrsam seien sie verhört und geschlagen worden, beschwerten sich später die Gefangenen.

Hip-Hop gegen Repression und Korruption

"Diese Nichtregierungsorganisationen sind kaum in der Bevölkerung verwurzelt, wissen aber viel über ökonomische Zusammenhänge", erklärt Rosemary Nyerere, eine der Töchter des verstorbenen Präsidenten Julius Nyerere. Sie besuchte im Januar das Weltsozialforum in Porto Alegre und wirkte dort beim "Schuldentribunal" mit, das für die bedingungslose Streichung der Auslandsverschuldung der Dritten Welt arbeitet. Außerdem ist sie seit mehr als einem Jahr Parlamentsabgeordnete für die Regierungspartei CCM. "Wer politisch etwas bewegen will, kommt an der Regierungspartei nicht vorbei", begründet sie ihr Engagement. Nach wie vor sei die CCM die einzige Massenorganisation in Tansania, die selbst im hintersten Winkel des Landes über lokale Strukturen verfüge. Doch bis auf die Entscheidungselite in der Partei fehle es den Mitgliedern an Wissen über politische und wirtschaftliche Zusammenhänge, um überhaupt effektiv handeln zu können.

Dem könnte zumindest ansatzweise die enorm schnell wachsende Hip-Hop-Szene, die auf Kiswahili gegen korrupte Politiker und brutale Polizeibeamte rappt und deren Musik von den großen privaten Radiostationen gespielt wird, abhelfen. Bei einer Analphabetenrate von 28 Prozent ist die Wirkung dieser Sprechgesänge kaum zu unterschätzen: fast alle Dalla-Dallas, das sind Kleinbusse und die einzigen Nahverkehrsmittel in Dar es Salaam, spielen diese Musik. Viele Interpreten beschreiben die gesellschaftlichen Probleme Tansanias, einige versuchen auch, sie zu erklären. Wagosi Wakaya, ein Duo aus der Küstenstadt Tanga, rappt z.B. gegen die kostenpflichtige Gesundheitsversorgung und gegen den Alkoholmissbrauch von Jugendlichen.

"Soll Tansania wie Europa werden?" fragt Professor Jay in Anspielung auf die von ihm so empfundene neokoloniale Bevormundung. Er geißelt auch die falschen Versprechungen der Politiker. Die unterschätzen bisher die Wirkung dieser Sprechgesänge. Ein Umstand, der Professor Jay bisher vor Repressalien bewahrt hat. Aber schon sind auch in diesem Sektor ausländische InvestorInnen am Werk. Eine Tochterfirma des US-amerikanischen Zigarettenherstellers Reynolds nutzt die Popularität des Hip-Hops als Werbeträger und veranstaltet unter ihrem Banner große Konzerte, die sie als einziger Konzern flächendeckend mit Plakaten ausstattet. Mr. Two, einem der bekanntesten Rapper in Tansania, zahlen sie für einen solchen Auftritt 850.000 tansanische Schilling, dass sind ca. 900 Euro. Das ist der durchschnittliche Jahresverdienst eines Lehrers in Tansania. Mr. Two, der kurz vor seinem 30sten Geburtstag steht, ist der Erfolg zu Kopf gestiegen. In seinem neuen Album verfällt er dem Größenwahn. Mr. Two singt jetzt weniger über sein Dasein als Ghetto-Boy, sondern beschreibt auf überhebliche Art und Weise seinen Aufstieg: Mobiltelefone, dicke Autos, Geld und natürlich er selbst als cooler Überflieger spielen jetzt die Hauptrolle in seinen Liedern.

Die gesellschaftskritischsten Stimmen werden an der Universität von Dar es Salaam laut. Der Soziologieprofessor Seithy Chachage reiste 2001 zum ersten Weltsozialforum ins brasilianische Porto Alegre, um dort mit GegnerInnen der neoliberalen Politik über eine andere Weltordnung zu diskutieren. Mehr als fünf Jahre gibt es in Tansania jetzt ein Mehrparteiensystem nach westlichem Vorbild. Für Chachage ist damit keines der brennenden Probleme gelöst. Er hält es für ebenso gescheitert wie das vorherige Einparteiensystem. Letzteres kritisierte er schon in seiner 1986 in Glasgow fertig gestellten Doktorarbeit. Für ihn ist die Geschichte des Einparteiensystems in Tansania "Teil des Kampfes gegen die sozialen Bewegungen wie unabhängige Gewerkschaften, landwirtschaftliche Kooperativen und andere Formen der Opposition gegen Willkürherrschaft." Die von oben "durchgesetzte Ideologie hat die Zivilgesellschaft gegenüber der Habgier des Kapitals wehrlos gemacht". Die Konsequenz liegt für Chachage auf der Hand: "Die Menschen in Tansania haben verlernt, für bessere Lebensbedingungen zu kämpfen, sie zu verändern, zu beeinflussen oder effektiv zu kontrollieren".

Heute existiert Demokratie zwar auf dem Papier. Doch im gesellschaftlichen Alltag hat sie kaum Bedeutung. Das ist auch nicht das primäre Interesse der "internationalen Gemeinschaft". Besonders deutlich wird das im Fall des Jenerali Ulimwengu, dem Verleger der Habari Corporations. Obwohl der 1948 in Tansania geborene Jenerali Ulimwengu bis 1995 fünf Jahre Parlamentsmitglied für die Regierungspartei war, hat ihm die Regierung Mitte Februar die Staatsbürgerschaft aberkannt und ihn als staatenlos erklärt.

In Ulimwengus Verlagshaus erscheinen die landesweit kritischsten Publikationen. In der englischsprachigen Tageszeitung "The African" und der viel gelesenen Kiswahili-Wochenzeitung "Rai" kommen im Gegensatz zu fast allen anderen Zeitungen auch mal demonstrierende ArbeiterInnen zu Wort oder die Korruption in Regierungskreisen zur Sprache. Viele sehen in der Aberkennung der Staatsbürgerschaft für Ulimwengu einen

Versuch der Regierung, sich unbequemer Zeitgenossen zu entledigen. Der Soziologieprofessor Chachage initiierte zusammen mit anderen eine Kampagne für den diskriminierten Verleger. Dadurch konnten sie zumindest seine Abschiebung verhindern.

Wenngleich nahezu jede Zeitung in Tansania über die unwürdige Behandlung Ulimwengus berichtete, war von den Vertretern internationaler Organisationen und den Botschaftern aus Europa und den USA kein Wort der Kritik zu hören. "So sieht ihre Demokratie aus", kommentierte ein Student der Rechtswissenschaften, "wenn die wirtschaftspolitischen Anforderungen erfüllt werden, darf unsere Regierung die Menschenrechte mit Füssen treten." "Soko holela" heißt das auf Kiswahili, "chaotischer Markt".

Gerhard Klas

20. Wer bombardierte Halabja? Ein Kriegsverbrechen in unterschiedlichen politischen Konjunkturen

Autor: Jan Keetman · Rubrik: Irak · CD-Datei: daten/aksuche/ak470/31.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:470:31

Der unter dem Namen "Anfal" bekannte Giftgasangriff auf Halabja am 16. März 1988, damals abgedeckelt und verharmlost, wird heute von den USA als Kriegspropaganda instrumentalisiert. Doch auch "Friedensfreunde" in Deutschland nutzen dieses Kriegsverbrechen für ihre speziellen Zwecke.

Am Nachmittag des 16. März 1988 bemerkten die BewohnerInnen der kurdischen Kleinstadt Halabja einen seltsamen, für die meisten nicht einmal unangenehmen Geruch, etwa wie süße Äpfel, Gurken oder Parfüm. Nachdem seit fast einem Jahr rebellische kurdische Dörfer im Irak mit Giftgas bombardiert wurden, brauchte den BewohnerInnen von Halabja niemand zu sagen, was der Geruch zu bedeuten habe. Einige versuchten, die Türen in den selbst gebauten Unterständen, in die sie sich vor Bombenangriffen geflüchtet hatten, mit feuchten Tüchern abzudichten, doch Atemnot und ein Gefühl wie stechende Nadeln in den Augen zwangen sie zur Flucht. In den dämmrigen Gassen spielten sich unvorstellbare Szenen ab. Auf den Wegen und in den Toreingängen lagen die Körper toter Menschen und toter Tiere übereinander. Flüchtende lachten plötzlich hysterisch auf und brachen dann zusammen. Andere erblindeten in wenigen Augenblicken. Wer aus der Stadt kam, flüchtete zur nahen iranischen Grenze, aus Angst vor Luftangriffen häufig abseits der Wege durch vermintes Gelände.

Heute gilt der Giftgasangriff auf Halabja als Saddams schlimmste Einzeltat und als Beleg der unerhörten Grausamkeit seines Regimes. Das war in den Hauptstädten der großen westlichen Länder nicht immer so. Die Administration von Präsident Bush sen. machte Saddam erst nach der Kuwait-Invasion, gut zwei Jahre später, für Halabja verantwortlich. Unmittelbar nach dem Angriff streute Washington, der Iran oder beide Kriegsparteien gemeinsam seien für das Massaker verantwortlich. Schulter an Schulter mit Frankreich, dem westlichen Hauptwaffenlieferanten Bagdads, drang Washington auf eine völlig neutrale Resolution des Weltsicherheitsrates gegen beide Staaten, die nach sieben Wochen schließlich verabschiedet wurde. Eine andere Resolution hätte Washington auch in ernste Rechtfertigungszwänge gebracht, denn zu diesem Zeitpunkt unterstützten die USA massiv Saddam Hussein im Krieg gegen den Iran Khomeinis.

Einer der Akteure von damals, Stephen C. Pelletiere, hat sich nun wieder zu Wort gemeldet. Er war zum Zeitpunkt der Bombardierung von Halabja Professor am Army War College und nach eigenen Angaben der politische Hauptanalyst des CIA während des Irak-Iran-Krieges (1. Golfkrieg) und führend beteiligt an einer Untersuchung der Armee über die mögliche irakische Kriegsführung im 2. Golfkrieg.

Wenn Freunde zu Feinden werden

Pelletiere greift in einem Artikel in der New York Times die alte Sicht der USA wieder auf. Nach Pelletiere sei es unzweifelhaft klar gewesen, dass Halabja während einer Schlacht zwischen Iranern und Irakern angegriffen wurde. Die kurdischen ZivilistInnen hätten "das Pech gehabt", dazwischen zu geraten. Sicher seien sie aber "nicht das Hauptziel der Iraker" gewesen.

Pelletiere beruft sich außerdem auf eine Studie, die die United Staates Defense Intelligence Agency erstellen ließ, in der behauptet wird, die Opfer seien durch Zyanid umgekommen. Giftgas auf Zyanid-Basis habe aber nur die iranische, nicht die irakische Armee besessen.

Pelletieres Behauptungen sind zwar in Washington nicht mehr gefragt, beim breiten Publikum, insbesondere in Europa, lassen sie sich aber sicher unterbringen. Die junge Welt sah ihre Chance und machte aus Pelletieres Äußerungen ohne Zutaten an Recherche oder Skrupeln einen reißerischen Artikel mit der Überschrift "Bushs erfundener Genozid". Zweifel, die einem bei Pelletieres Schilderungen eigentlich kommen müssten, werden durch eine tendenziöse Übersetzung beseitigt. Das von Pelletiere als "town" bezeichnete Halabja wird gleich zwei Mal zum "Dorf", seine EinwohnerInnen zu "Dorfbewohnern", von denen "angeblich bis zu 5.000" getötet worden sein sollen. Mit der Bezeichnung "Dorf" wird sowohl die Zahl der Opfer in Frage gestellt, als auch ein Hergang als möglich suggeriert, bei dem Halabja eher zufällig getroffen wurde.

Halabja ist aber eine Kleinstadt mit gut 40.000 EinwohnerInnen. Wer auch immer gegen Halabja Giftgas einsetzte, musste wissen, dass es Tausende von zivilen Opfern geben würde, und hat dies sicher auch

gewollt. Dabei spielt es nur eine Nebenrolle, dass sich in der Stadt, die am Tag zuvor vom Iran erobert worden war, tatsächlich auch iranische Soldaten aufhielten. Diese Soldaten waren zwar vor einem Giftgascocktail keineswegs sicher, aber nach jahrelangem Giftgaskrieg zumindest teilweise dagegen ausgerüstet. Ein Vergleich der Zahlen der Opfer bringt den Grad unterschiedlicher Gefährdung recht deutlich zum Ausdruck: Der Iran beziffert die Zahl seiner Kriegstoten, die während mehrerer Jahre und zahlreichen großen Schlachten unmittelbar durch Giftgas starben, mit 10.000. Für die Zahl der Toten, die Halabja dagegen an einem Nachmittag zu beklagen hatte, liegen seriöse Schätzungen zwischen 3.200 und 7.000. Diese Umstände, wie die Tatsache, dass der eigentliche Angriff zur Zurückeroberung der Stadt erst Monate später erfolgte, müssten eigentlich auch Pelletiere bekannt gewesen sein.

Die Lüge von der Blausäure

Ebenso wenig zu den Umständen vor Ort passt die Behauptung, der Iran sei für den Giftgasangriff verantwortlich gewesen. Die Stadt war ja bereits in iranischer Hand. Außerdem konnte der Iran kein Interesse daran haben, durch ein derartiges Massaker die irakischen Kurden gegen sich aufzubringen. Die Überlebenden flohen nach dem Angriff ja auch in Richtung Iran und beschuldigen seither einhellig den Irak. Wer so etwas durchgemacht hat, der flieht nicht als erstes zum Verursacher und erfindet nicht rasch aus politischen Gründen einen Schuldigen. Weder Pelletiere noch die junge Welt gehen irgendwie darauf ein, dass die Beschuldigungen gegen Saddam Hussein zuerst und immer wieder von den Opfern selbst kamen.

Die damals politisch sehr opportune Studie, die Pelletiere erwähnt, ist ebenfalls seltsam. Insbesondere aus an Opfern beobachteten Gesichtsverfärbungen schloss man auf eine Zyan-Verbindung, die die Sauerstoffaufnahme im Blut verhindert. In Frage kommt vor allem leicht flüchtige Blausäure. Ausgeklammert wurden offenbar alle Berichte über Symptome, die nicht in das Zyanid-Schema passten. Das fängt damit an, dass Blausäure einen charakteristischen Geruch nach bitteren Mandeln verbreitet. Die Überlebenden berichteten aber in ihrer Mehrheit von aromatischen Gerüchen, die nicht zu Blausäure, aber sehr wohl zu Nervengas passen könnten, das die irakische Armee zumindest damals mit Sicherheit besaß. Für die angeblichen Symptome einer Zyanid-Vergiftung sind auch andere Erklärungen denkbar. Z.B. wird vorgebracht, das Zyanid könnte sich beim Zerfall eines Nervengases mit einer Zyanid-Gruppe gebildet haben.

Christine Gosden, Professorin für Medizin in Liverpool, hat nach zehn Jahren die BewohnerInnen von Halabja untersucht und fand Schädigungen, wie sie nach Nervengas und Senfgas zu befürchten waren. Außerdem hat die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch in einer auch als Buch veröffentlichten Studie den von der irakischen Regierung "Anfal" genannten Feldzug gegen die Kurden untersucht. Darin finden sich zahlreiche Berichte über irakische Giftgasangriffe auf die Zivilbevölkerung nicht nur in Halabja. Es ist schon dreist, all diese Dinge heute immer noch einfach zu übergehen. Das war es auch schon damals. Die Studie, auf die sich die US-Regierung stützte, war nicht auf Grund genauer Untersuchungen vor Ort angefertigt worden und ihr standen zahlreiche Berichte und Aussagen von AugenzeugInnen entgegen. Auch verteidigten die USA standhaft einen Beschuldigten, der selbst keineswegs mit Händen und Füßen seine Unschuld beteuerte. Der damalige irakische Außenminister Tariq Aziz war wenige Tage nach Halabja in Bonn und meinte, nach Halabja befragt, dass man Dinge so nicht beurteilen könne, wenn man in der Zivilisation lebe. Diese "Offenheit" hat dem Irak keine Kürzung deutscher Hermesbürgschaften gekostet oder die Ausbildung irakischer Piloten in Deutschland beendet. Nebenbei waren es auch hauptsächlich deutsche Firmen, die die Giftgasfabriken bei Samarra und Falluja ausstatteten, aufbauten und warteten. Dass die Verantwortlichen, sofern sie überhaupt zur Verantwortung gezogen wurden, später mit der Behauptung davonkamen, sie hätten gedacht, da würden Kopfschmerzmittel hergestellt, lag sicherlich auch daran, dass es keinen öffentlichen Druck und Protest in dieser Sache gab. Auch die linke Öffentlichkeit interessierte sich schlicht nicht dafür.

Ein Beispiel für den zweckbezogenen Umgang mit einem Kriegsverbrechen ist Halabja in jedem Fall, nur dass dafür - was die USA angeht - eher Bush sen. als Bush jun. zu beschuldigen ist. Trotzdem wirft der Fall Halabja kein günstiges Licht auf die Glaubwürdigkeit auch der jetzigen republikanischen Administration in Washington in Sachen Menschenrechte und Massenvernichtungswaffen. Ihr gehört zwar der grummelnde Pelletiere nicht an, sonst gibt es aber viele personelle Kontinuitäten mit 1988.

Das Sterben findet immer noch statt

Während mit dem Giftgasangriff je nach Bedarf Politik gemacht wird, geraten die Opfer ganz aus dem Blickfeld. Pelletiere sind sie nur eine Größe, die er zynisch wegdiskutiert. Die USA und Großbritannien haben zwar, angeblich um Massaker wie Halabja zu verhindern, Flugverbotszonen errichtet, diese schließen aber Halabja nicht ein. Das wirkliche Desinteresse einer Welt, die in Sachen Irak scheinbar so auf den Barrikaden ist, kann man an der medizinischen Versorgung der Opfer ablesen. Als Christine Gosden für kurze Zeit in Halabja ihre Praxis aufmachte, standen am ersten Tag bereits mehr als 700 Menschen davor, die meisten mit mehr als einem ernsten Problem. Noch immer traten Hautveränderungen, heftiges Jucken und Brennen, zahlreiche Fälle von Hautkrebs und neurologische Probleme auf. Etwa die Hälfte der Bevölkerung litt an verschiedenen Krankheiten der Atemwege und viele hatten schwere Augenleiden. Die beiden letzten Probleme führte Gosden direkt auf Senfgas zurück. Bei Senfgas nehmen die medizinischen Probleme mit der Zeit nicht ab, sondern zu und zwar solange der/die Betroffene lebt. Darüber hinaus gab es zahlreiche Fälle von Unfruchtbarkeit, Missbildungen an Neugeborenen und Leukämie. Hinzu kam eine selbst unter normalen Umständen völlig unzureichende medizinische Versorgung. Im Iran, wo die Opfer weit besser versorgt und erfasst sind, sterben heute noch jeden Monat zwischen 20 und 30 Menschen an den Spätfolgen des Giftgaskrieges. Und in Halabja?

Jan Keetman, Istanbul

21. Das who is who des WSF. Über die Entstehung und Struktur des WSF

Über die Entstehung und Struktur des Weltsozialforums

Autor: Miriam Edding · Rubrik: Aktionen / Veranstaltungen; Antiglobalisierungsbewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak470/29.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:470:29

Sage und schreibe 100.000 TeilnehmerInnen nahmen dieses Jahr am Weltsozialforum (WSF) teil, das unter dem Motto "Eine andere Welt ist möglich" vom 23. bis 28. Januar in Porto Alegre stattfand. Nun schon zum dritten Mal diskutierten dort TeilnehmerInnen aus allen Teilen der Welt, allen Arten von Basisbewegungen, NGOs, Gewerkschaften, Gruppen und Grüppchen über Strategien gegen die herrschende Weltordnung, die von ihnen Neoliberalismus oder von einigen noch schwammiger Globalisierung genannt wird. Das Treffen, das als Projekt gegen die Hegemonie neoliberaler Ideologie und Wirtschaftspolitik gedacht war, hat sich innerhalb von nur drei Jahren zum größten Ereignis der so genannten Globalisierungs-GegnerInnen aus aller Welt gemausert.

Die Zahlen sind beeindruckend: Von 60.000 TeilnehmerInnen im Jahr 2002 stieg die Zahl der Beteiligten aus allen Kontinenten auf 100.000 in diesem Jahr. 20.763 Delegierte aus 5.717 Organisationen waren vertreten, 25.000 Jugendliche besuchten das Jugendcamp "Stadt der Städte" und gut 4.000 JournalistInnen von etablierten und alternativen Medien aus 51 Ländern berichteten über das Forum. Insgesamt fanden 1.200 Veranstaltungen statt. So weit die stolze Bilanz der VeranstalterInnen.

Um den enormen Erfolg des WSF besser zu verstehen, ist ein Blick in die Entstehungsgeschichte hilfreich. Die Idee, die sozialen Bewegungen der Welt und die NGOs an "einen Tisch" zu holen und - medienwirksam - den Fehdehandschuh Richtung Davos in den Ring zu werfen, entstand unter brasilianischen NGO-Kadern. Oded Grajew, Gründer des brasilianischen Ethik-Instituts und Mitglied von CIVES (Brasilianische Vereinigung von Unternehmern für die Bürgerrechte), gilt als der "Erfinder" des Forums. Seine Idee fand Anklang bei einigen großen NGOs und brasilianischen Basisbewegungen wie der Landlosenbewegung und der brasilianischen Dachorganisation der NGOs, ABONG. Von dort aus wurde die Idee zu Bernard Cassen, dem damaligen Direktor der monde diplomatique und Attac-Präsident, nach Paris getragen. Dieser zeigte sich begeistert und versprach seine Kontakte in den Dienst der Sache zu stellen, wenn Brasilien sich bereit erklärt, die Organisation zu übernehmen.

Betrachtet man also die Gründungsidee und die politische Herkunft vieler der zu Beginn eingebundenen Organisationen und Einzelpersonen, dann zeigt sich, dass das WSF keinesfalls aus der radikalen Ecke der Bewegung kam, sondern als reformistisches Projekt gestartet ist. Prominente Redner und Unterstützer des Forums waren damals Personen wie Mario Soares (sozialistischer Ex-Präsident Portugals und jetziger Europa-Abgeordneter), Walden Bello (Soziologe an der Universität der Philippinen und Direktor der renommierten NGO focus on the global south), Martin Khor vom malaysischen Third World Network und nicht zuletzt die jetzige Regierungspartei Brasiliens, die Arbeiter-Partei PT. Eine wichtige Rolle bei der Mobilisierung für das Forum spielte Attac International. Sozialistische Parteien, etablierte NGOs und die neu entstandenen Anti-Neoliberalismus-Basis-Gruppen stellen die tragenden Säulen der WSF-Struktur dar. Diese Gründerpersonen und -Organisationen des WSF sollten nicht vorschnell den Blick trüben für die politische Ausrichtung des Forums. Denn nach der Idee und dem d`accord der Befragten bestand der nächste Schritt in der Einbindung der großen Basis-Bewegungen und Gewerkschaften - erst Brasiliens und dann weltweit - in das WSF. Diese Organisationen haben - besonders lateinamerikaweit, aber auch auf weltweiter Ebene, einen hohen Grad an Vernetzung und Austausch erreicht. Und die neueren, weltweiten Proteste im Umfeld der großen Treffen der Polit- und Wirtschafts-Eliten der Welt, die seit Seattle 1999 zumindest medial ihren Durchbruch erlebten, "schrien" geradezu nach Vernetzung und Bündelung der Kräfte.

Vernetzung und Bündelung von Kräften

Das WSF versteht sich als ein Prozess; die aktuelle Struktur ist dazu gedacht, sich zu verändern, zu erweitern und zu internationalisieren. Zur Zeit besteht das WSF aus dem Organisationskomitee und dem Internationalen Rat. Das Organisationskomitee besteht aus den acht brasilianischen Organisationen. Das sind im Einzelnen zwei Menschenrechtsorganisationen, das Soziale Netz für Gerechtigkeit und Menschenrechte und die

Brasilianische Kommission für Gerechtigkeit und Frieden; die Organisation der Landlosen MST; Attac Brasilien; das Brasilianische Institut für soziale und ökonomische Analysen, der Dachverband der NGOs ABONG, der Gewerkschaftsdachverband CUT und die brasilianische Vereinigung von Unternehmern für die Bürgerrechte CIVES. Dieses Komitee koordiniert den Prozess, die interne Struktur des Forums auszubauen. Es organisiert alle Treffen und Aktivitäten und ist das Rückgrat des Forums. Alle Entscheidungen werden nach dem Konsens-Prinzip getroffen.

Der Internationale Rat besteht aus mehr als 70 Organisationen, Basisgruppen und Netzwerken aus allen Kontinenten. Die Funktion des Rates ist die Diskussion und Strategie-Entwicklung. Das Wissen und die Erfahrungen der einzelnen Gruppen sollen dazu genutzt werden, Alternativen zur neoliberalen Weltordnung sichtbar zu machen und die Kampferfahrungen für alle nutzbar zu machen.

Der Rat selbst kritisiert seine noch unausgewogene Zusammensetzung in Bezug auf die Repräsentation bestimmter Regionen und Sektoren der Gesellschaft. Er benennt Afrika, Asien und Arabien sowie Jugendliche und Schwarze als unterrepräsentiert. Auf dem 2. WSF letztes Jahr wurde beschlossen, die Arbeit stärker zu regionalisieren. In dem Zuge wurden das Afrikanische, Asiatische und Europäische Sozialforum gegründet. All diese Foren haben sich seitdem einmal getroffen; zusätzlich fanden ein Argentinisches und ein Panamazonisches Sozialforum statt. Perspektivisch sollen die Regional-Foren die starke Basis des weltweiten Forums darstellen.

Prinzip der Regionalisierung stärken

Die Charta der Prinzipien ist das einzige verbindliche Regelwerk, das Organisationen zu befolgen haben, wenn sie teilnehmen, mitorganisieren oder eigene regionale Foren organisieren wollen. Die 14 Punkte umfassende Charta zeigt die Selbstdefinition des Forums. Das WSF ist ein Projekt, dass den internationalen Kampf gegen den Neoliberalismus politisch stärken und vernetzen will. Es beruht auf der Vielfalt, auf dem Wissen und den Kampferfahrungen der Basisbewegungen und NGOs und setzt auf die politische und moralische Kraft der Vereinigung dieser Gruppen weltweit. "The worldforum brings together and interlinks civil society ... but does not intend to be a body representig the world civil society." (Punkt 5 der Charta).

Parteien und militärische Organisationen sind per Charta vom WSF ausgeschlossen. Real hat dieser Punkt aber eher geringe Ausschlusswirkung, was zumindest die Präsenz auf dem Forum angeht, parteinahe Gewerkschaften können genauso teilnehmen wie die Heinrich-Böll-Stiftung oder Europa-Abgeordnete der Grünen. Der Ausschluss aller militärischen Organisationen bedeutet eine Absage an eine mögliche Verschränkung von sozialen Bewegungen mit den Guerilla-Bewegungen. Auch wenn auf dem WSF Unterstützungsgruppen der ZapatistInnen genauso anwesend waren wie VertreterInnen der PFLP und der kolumbianischen FARC, so stellt der Ausschluss dennoch einen wesentlichen theoretischen Bezugspunkt für die Selbstdefinition des Forums dar.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist, dass es keine offiziellen Verlautbarungen oder Erklärungen des gesamten Forums gibt. Es gibt keine Mehrheitsabstimmungen und kein zentrales Abschlussdokument. Die Diversität und das Nebeneinander verschiedener Meinungen ist eines der zentralen Credos der Charta. Walden Bello, Direktor der NGO focus on the global south, beschreibt die Strategie und Hoffnung mit der Forumsidee so: "Der Prozess von Porto Alegre ist vielleicht der Hauptausdruck des Zusammenkommens einer Bewegung, die lange Zeit in der Wildnis der Fragmentierung und Konkurrenz herumwanderte. Anders gesagt, schwingt das Pendel nun vielleicht in Richtung Einheit, von der Einsicht getrieben, dass in einem zunehmend tödlichen Kampf gegen unilaterale Militarisierung und aggressive Globalisierung die Bewegungen keine andere Wahl haben, als entweder zusammenzuhalten oder einzeln unterzugehen."

Miriam Edding

22. Kraftquelle und Katalysator. Eindrücke vom III. Weltsozialforum in Porto Alegre

Autor: Albert Sterr · Rubrik: Aktionen / Veranstaltungen; Antiglobalisierungsbewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak470/16.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:470:16

Die globalisierungskritische Bewegung kann sich einen neuen Erfolg auf die Fahnen schreiben: Das dritte Weltsozialforum, das vom 23. bis 28. Januar in Porto Alegre (Brasilien) stattfand, war besser besucht, breiter in der Beteiligung und kühn insofern, als beschlossen wurde, das Folgetreffen im Januar 2004 in Indien durchzuführen. Dass aber selbst im tropischen Süden Brasiliens, einem Kernland der "Arbeiterpartei" (PT), nicht die "Sonn' ohn' Unterlass" scheint, sollte sich eigentlich von selbst verstehen.

Ursprünglich als Gegenveranstaltung zum Treffen der globalen Wirtschaftseliten und deren politischen Personals in Davos entstanden, hat das Weltsozialforum (WSF) die Phase des Reagierens auf das "World Economic Forum"(WEF) längst hinter sich gelassen. Vielmehr gingen diesmal vom Weltsozialforum politische Impulse aus, die auch von den globalen Eliten nicht mehr einfach ignoriert werden können. Nur so sind die verbalen Umarmungsversuche des WEF-Gründers Schwab zu verstehen: Man ziehe doch am selben Strang und solle deshalb vermeiden, die beiden Veranstaltungen gegeneinander zu stellen. Daniel Bensaid von der französischen Ligue Communiste Révolutionnaire (LCR) erwiderte darauf in Porto Alegre: "Davos und Porto Alegre sind Symbole für zwei Prinzipien, für zwei Logiken, was wichtig ist, wer profitieren soll und wie die Welt sein soll. Zwischen diesen beiden Symbolen kann es keinen Dialog geben. Vielmehr müssen wir uns mittelfristig auf die Konfrontation vorbereiten. Das heißt nicht, dass es kurzfristig von unserer Seite nicht auch das eine oder andere Manöver wie etwa den Besuch Lulas in Davos geben kann. In gewissen Situationen ist ein derartiges Manövrieren aus taktischen Gründen sogar geboten. Aber all das ändert an dem unüberbrückbaren Gegensatz nichts."

Größer, breiter, lauter als bisher

Tarik Ali, einer der herausragendsten Persönlichkeiten der englischen 68er-Bewegung und heute als Romancier und Essayist weltweit geschätzt, sah den Gegensatz zwischen einem sozial polarisierenden und auf kriegerische Konflikte hinauslaufenden Neoliberalismus und einer erst in embryonalen Anfängen steckenden Gegenbewegung, die - so seine These - den Mut haben müsse, sich als sozialistische Alternative neu zu definieren. Diese und ähnliche Aussagen quittierte die 2.000-köpfige, bunt gemischte Zuhörerschaft mit peitschendem Applaus.

Selten zuvor habe ich eine derart beeindruckende Mischung aus Analyse, treffenden Statements und politischer Agitation erlebt. Ich gehörte zu denjenigen, die das erste Mal nach Porto Alegre gereist waren. Auf Einladung der Rosa Luxemburg Stiftung beteiligte ich mich an deren Delegation, um zusammen mit Dieter Boris (Professor in Marburg) einen Workshop über "Populismus, Neopopulismus und Linkspopulismus" durchzuführen. Wir waren zwei der 100.000 BesucherInnen und über 20.000 Delegierten von 5.700 Organisationen aus insgesamt 156 Ländern. 25.000 Jugendliche beteiligten sich am Jugendcamp und organisierten dort weitere Aktivitäten. 4.100 akkreditierte JournalistInnen aus 56 Ländern, davon die Hälfte aus Brasilien und immerhin noch über 150 aus Italien, berichteten über Dutzende Großveranstaltungen, etwa 1.500 Workshops, zwei Demonstrationen und eine Kundgebung mit insgesamt etwa 200.000 TeilnehmerInnen. Allein die Beteiligung, die sich im Vergleich zum Vorjahr verdoppelte (BRD: von 100 auf 400), machen das Weltsozialforum zum bedeutendsten internationalen Großereignis der Linken.

Hinzu kommt, dass die Beteiligung nicht nur zahlenmäßig gewachsen ist. Peter Wahl, Mitglied des Koordinierungskreises von Attac, hob in seiner Auswertung hervor, dass zu den Linken jenseits der Sozialdemokratie, die ursprünglich den Kern der globalisierungskritischen Bewegung ausmachten, jetzt auch "zunehmend Sektoren, die bisher allenfalls als gemäßigte Kritiker der Globalisierung auftraten", kommen. "So war die stärkere Präsenz von Gewerkschaften, Kirchen und etablierten Verbänden in diesem Jahr in Porto Alegre auffällig. Die politische Basis der Globalisierungskritik wird breiter", so Wahl. In Form verstärkter Anstrengungen der grünen Heinrich Böll Stiftung oder der SPD nahen Friedrich-Ebert-Stiftung schlug sich der Versuch der inhaltlichen Einflussnahme auch im Veranstaltungsprogramm sowie in den begleitenden

Aktivitäten nieder. Der DGB trat als Bewegungsdienstleister auf und stellte in Porto Alegre eine dreisprachige Broschüre mit den angemeldeten Aktivitäten deutscher Veranstalter und ihrer Partner vor.

Es liegt auf der Hand, dass die massive Präsenz reformistischer Nichtregierungsorganisationen zu - häufig noch nicht ausgetragenen - inhaltlichen Differenzen in strategischen Fragen führt. Die Radikalität der von linken "Promis" bestimmten Großpodien und der Massendemonstrationen, die von brasilianischen und lateinamerikanischen Basisbewegungen dominiert wurden, übertüncht diese Spannungen vorerst. Sie deuteten sich bei der Kundgebung an, zu der Lula kam. Auf die Nachricht, er fahre nach Davos, gab es vernehmliche Unruhe, ablehnende Sprechchöre und Pfiffe. Erst als er versicherte, es gehe ihm allein darum, die Botschaft von Porto Alegre zu überbringen, glätteten sich die Wogen wieder. Es dürfte die Bewertung der Politik der PT-Regierung von Lula sein, an der die Konflikte zwischen reformerischen und radikaleren Kräften im Weltsozialforum aufbrechen.

Nach den zwei vorhergegangenen Foren in Porto Alegre, den daraus entstandenen Regionalforen wie jenem in Florenz sowie dem Wahlsieg Lulas stand schon im Vorfeld fest, dass das WSF im Januar 2003 alle bisherigen Grenzen überspringen würde. Fast hätte der Massenzustrom die reichlich vorhandenen Organisationskapazitäten in Porto Alegre gesprengt. So gab es anders als in den Vorjahren bei Beginn des Forums kein gedrucktes Gesamtprogramm. Dies war in den ersten zwei Tagen insbesondere für die kleineren Seminare und Workshops fatal, da es eher an Zufällen hing, wer sich wohin verirrte. Nur die großen Konferenzen in der Sporthalle Gigantinho mit ihren täglich 20.000 bis 25.000 BesucherInnen, die Panels mit mehreren Hundert Teilnehmenden an den Hafenkais und die großen Aulen der katholischen Universität waren dauernd gerammelt voll. Hier gab sich die internationale Prominenz in wechselnden Besetzungen das Mikrofon in die Hand.

Kritik supercooler InsiderInnen

Davon unabhängig gab es auf dem Uni-Campus, an den Kais sowie am Sportstadion eine Vielzahl von Interviews, Kontakten, Diskussionen und Absprachen. Diese praktische Nutzanwendung, "Networking" im neudeutschen Angebersprech, ergibt sich von selbst. Sie entsteht naturwüchsig und ist allein vom konkreten Engagement, den Interessen und Kenntnissen der Beteiligten geleitet. Der Großteil dieser Aktivitäten lässt sich von keiner politischen Strömung kontrollieren. Das internationale Leitungsgremium kann über die Themendefinition, die Abgrenzung/Nichtabgrenzung etwa gegenüber den offiziellen Mainstreamdebatten oder bewaffneten Bewegungen und über die Besetzung der Großpodien lenkend eingreifen. Aber selbst bei letzterem ist die Auswahl nicht allzu groß, da die entsprechenden Fachleute nicht so überaus zahlreich sind. Hierin dürfte auch der Grund liegen, dass viele von ihnen bereits zum zweiten oder dritten Mal auftraten.

Diejenigen, die sich für besonders schlau halten, nennen das dann "Starkult" und "Vergötterung der Helden der Gegenbewegung", wo dann Susan George und Noam Chomsky wohl bald auch "Kinderköpfe streicheln und Bäumchen pflanzen" würden. (Katharina Koufen in der taz, 29.1.03) Dass Noam Chomsky es aber vor 25.000 ZuhörerInnen, die ihm zujubeln wollten, fertig brachte, eine trockene Vorlesung abzuhalten, in der er Fakten an Fakten reihte, um ab und an einen unterkühlt selbstironischen Kommentar einzuschieben, passt nicht in die bequeme Schublade von den Beifall heischenden Stars.

Da das Weltsozialforum sich zum weltweit beachteten Kristallisationspunkt der internationalen Globalisierungskritik entwickelt hat, ist es nicht verwunderlich, dass sich auch KritikerInnen verschiedenster Couleur daran abarbeiten. Der Großteil der Argumentationsfiguren lässt sich folgendermaßen zusammenfassen: Porto Alegre sei zwar wichtig, die große Beteiligung prima, dennoch weise die Veranstaltung aber (große) Defizite auf: Sie sei "reformistischen Geistes", richte sich "gegen den Neoliberalismus und nicht gegen den Kapitalismus"; die "Revolution liege außerhalb des Horizontes der am WSF Beteiligten" fand beispielsweise die Jungle World (22.1.03) heraus. In linksradikalen Internetplattformen wie rebelion.org finden sich Stellungnahmen, die in dieselbe Kerbe schlagen. Neben mangelndem Antikapitalismus wird auch kritisiert, dass "in den globalisierungskritischen Bewegungen alt- und neulinke Männer den Ton angeben" und "im Diskurs von Porto Alegre feministische Positionen randständig bleiben." "Die Unterschiede und multiplen Identitäten von Frauen" seien stärker zu berücksichtigen, forderte etwa Christa Wichterich. (taz, 25.1.03) Daneben werden weitere Punkte angeprangert wie die "Ausblendung von Konflikten", fehlende Positionierungen zum Krieg in Kolumbien und zur Lage in Venezuela oder bestimmte Erscheinungsformen (z.B. Bush-Hitler-Vergleich auf Plakaten und in Flugis; heftige anti-israelische

Propaganda und Stimmung) bei der Demonstration und an einigen Informationsständen. (Jungle World, 30.1.03)

Es gibt auch Leute, denen die ganze Richtung, Stimmung und offene Konzeption nicht passt. Mitunter maskiert sich deren Kritik als eine von supercoolen InsiderInnen. Ich denke dabei etwa an die taz-Autorin Katharina Koufen, die das großartige Ambiente dieses einzigartigen Treffens linker Intellektueller und Bewegungsleute als "Wir-Seligkeit" abqualifiziert. Es herrsche eine "lockere Party-Stimmung, unten Minirock, oben Bikini-Oberteil". Diese Art von Berichterstattung gibt vor, bereits alles zu kennen. Die eigene Hochnäsigkeit wird in ein kritisches Design verpackt und gipfelt in der Mahnung, das Forum müsse sich "hüten, zum bloßen Ritual zu degenerieren". (taz, 29.1.03) Von rechts (FAZ, 29.1.03) wird kritisiert, dass in Porto Alegre "altlinke Parolen" zu hören seien, es fehle "an Lösungsvorschlägen für aktuelle Konflikte". Wirkliche Alternativen seien bisher Fehlanzeige, und dies sei auch nicht verwunderlich, da bisher Gleichgesinnte unter sich geblieben seien und man sich der "Diskussion mit vermeintlichen oder wirklichen Gegnern öffnen" müsse.

Offenheit als Kern des Erfolgs

Die genannten Kritikpunkte sind in der Regel nicht aus der Luft gegriffen. Vielmehr reflektieren sie in der Tat Aspekte, die zu beobachten sind. Entscheidend sind aber deren Einordnung und Bewertung sowie die Schlussfolgerungen, die daraus zu ziehen sind. Viele Kritiken stoßen sich letztlich an der Offenheit und der damit notwendigerweise einhergehenden Ambivalenz des Weltsozialforums. Diese KritikerInnen haben nicht verstanden, dass dies der Kern des Erfolgs ist. Nur weil die Versammlung sich nicht um einen ganz engen inhaltlichen Kanon herum definiert, ist es erstmals seit dem Zusammenbruch des Realsozialismus wieder möglich, dass auch linke und sozialistische Kritik am globalen Normalzustand geübt wird, die über Hinterzimmer und Szeneblättchen hinaus wahrgenommen wird. "Radikale" Zuspitzungen, "die Taufe in Blut", wie sie etwa in der Jungle World (22.1.03) postuliert werden, würden diese Erfolge nicht ausbauen, sondern zunichte machen.

Es ist kein Zufall, dass sich die Bewegungen, Gruppen und Organisationen, die für mehr stehen als den Willen einiger Weniger, sich samt und sonders positiv auf das Weltsozialforum beziehen. Sie merken in ihrer praktischen Arbeit, dass das Weltsozialforum bzw. die Globalisierungskritik weltweit einen neuen politischen Raum aufgerissen hat, in dem linke und emanzipatorische Ansätze agieren können. Damit ist noch lange nicht gesagt, dass dieser Raum auch erfolgreich mit eigenen Initiativen erobert werden kann, und schon gar nicht, dass es bereits handhabbare Alternativen gibt. Aber allein die Tatsache, dass es diesen neuen politischen Raum gibt, und zwar als tendenziell weltweiten, hätte sich vor wenigen Jahren niemand träumen lassen. Für die Einzelnen ist Porto Alegre eine Kraftquelle und für die Bewegung dient sie als größter politischer Katalysator.

Albert Sterr,

Nürnberg 7.2.2003

23. Israel nach den Wahlen - ein Schadensbericht

Autor: Achim Rohde · Rubrik: Israel / Palästina · CD-Datei: daten/aksuche/ak470/25.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:470:25

Der alte und neue israelische Premierminister Ariel Sharon hat sich erwartungsgemäß deutlich gegen seinen sozialdemokratischen Gegenkandidaten Amram Mitzna durchsetzen können. Die Wahlergebnisse lassen erkennen, dass sich der Schwerpunkt der israelischen Politik auf absehbare Zeit nach rechts verlagert hat.

Während die Parteien der nicht-zionistischen Linken sich trotz einiger Wählerverschiebungen in Richtung arabisch-nationalistischer Parteien auf niedrigem Niveau stabilisieren konnten, haben die mit dem Oslo-Prozess identifizierte Arbeitspartei und ihr bürgerrechtlicher Satellit Meretz katastrophale Stimmeneinbußen zu verzeichnen. Ihre Politik eines begrenzten territorialen Kompromisses mit den Palästinensern bei gleichzeitiger Umsetzung wirtschaftlicher und sozialpolitischer Reformen innerhalb Israels nach neo-liberalem Muster ist gescheitert.

In den 1990er Jahren ist unter maßgeblicher Verantwortung der Arbeitspartei eine drastische Zunahme sozialer Spannungen innerhalb der jüdisch-israelischen Gesellschaft zu verzeichnen. In den Augen der vom sozialen Abstieg bedrohten bzw. betroffenen Schichten ist die Arbeitspartei eine Partei der Bosse, die sich nicht um die Belange der einfachen Leute kümmert. Die auch andernorts zu beobachtende Erosion klassischer sozialdemokratischer Milieus wurde durch das Scheitern des Oslo-Prozesses und die daraus resultierende Frustration und Ratlosigkeit der städtischen Mittelschichten noch verstärkt, die diese als Friedensprozess maskierte Reform der Besatzung zunächst enthusiastisch unterstützt hatten. Acht Jahre nach der Ermordung Rabins und zwei Jahre nach dem Scheitern von Camp David führte dieser Prozess nun zur endgültigen Entmachtung der alten israelischen Staatselite.

Soziale Spannungen nehmen weiter zu

Doch wäre es verfrüht, deswegen von einer Hegemonie des rechten Blocks in der israelischen Politik zu sprechen. Dessen prozentuale Gewinne lassen sich nicht ohne weiteres in politische Handlungsfähigkeit übersetzen. Theoretisch könnte der auf fast das Doppelte seiner bisherigen Stärke angewachsene Likud gemeinsam mit den Parteien der extremen Rechten sowie mit den religiösen Parteien eine bequeme Regierungsmehrheit erreichen. Doch praktisch sprechen außenpolitische wie wirtschaftliche Gründe gegen die Bildung einer solchen "kleinen Koalition": Sharon kann es sich nicht leisten, den Forderungen der kleineren rechtsradikalen Parteien nach einer offiziellen Ablehnung jeglicher palästinensischen Staatlichkeit und einer Vertreibung Arafats aus den besetzten Gebieten zu entsprechen, da dies den Interessen der USA in der Region schaden würde - niemandem würde eine Vertreibung Arafats durch die israelische Armee und die damit einher gehende Intensivierung der Gewalt in Israel/Palästina mehr nutzen als dem irakischen Präsidenten Saddam Hussein.

So drängt Washington darauf, dass Sharon den Gesprächsfaden zur palästinensischen Autonomiebehörde nicht völlig abreißen lässt. Und tatsächlich gab es Anfang Februar ein Treffen zwischen ihm und hochrangigen Mitgliedern von Arafats Kabinett, auf dem die Möglichkeit eines Waffenstillstandes diskutiert wurde. 120 US-amerikanische Kampfflugzeuge sollen allein in dem Israel am nächsten gelegenen westlichen Teil Iraks dafür sorgen, dass keine eventuellen Restbestände des irakischen Waffenarsenals von dort in Richtung Israel auf den Weg gebracht werden und einen israelischen Gegenschlag provozieren können. (Haaretz, 7.2.03)

Die israelische Wirtschaft ihrerseits warnt im Falle einer "kleinen Koalition" und der dann zu erwartenden Fortsetzung der Gewaltspirale zwischen Israelis und Palästinensern vor einer weiteren Kapitalflucht aus Israel, dem Wegfall ausländischer Investitionen, einer Schwächung der internationalen Kreditfähigkeit des Landes und einer Verschärfung der bereits heute dramatischen Wirtschaftskrise. Das israelische Kapital drängt daher auf die Neuauflage einer "großen Koalition" unter Führung des Likud und der Arbeitspartei.

Angesichts der Erfahrungen der vergangenen eineinhalb Jahre besteht zwar kein Grund zu der Annahme, eine solche Koalition könne tatsächlich eine politische Perspektive für die Entschärfung des israelisch-palästinensischen Konfliktes liefern. Es geht dabei auch vielmehr um die Überwindung der derzeitigen außenpolitischen Isolation Israels und um positive Signale an die internationale Finanzwelt, was die Stabilität des Wirtschaftsstandortes Israel angeht. Gleichzeitig steht die Forderung nach einer großen

Koalition im Einklang mit der Mehrheit der öffentlichen Meinung in Israel, deren Bedürfnis nach einem Gefühl nationaler Einheit in Krisenzeiten besonders ausgeprägt ist.

Angst vor Mega-Attentat und Gegenschlag

Auch Sharon ist sich dieser Tatsachen bewusst und drängt auf eine möglichst breite Koalition unter Einbeziehung der Arbeitspartei, deren Vorsitzenden Mitzna er als ersten Verhandlungspartner zu einem Sondierungsgespräch unter vier Augen einlud. Allerdings hatte Sharon offenbar nichts Besseres zu tun, als Mitzna im Laufe des Gesprächs die angebliche strategische Wichtigkeit auch der kleinsten jüdischen Siedlung in den besetzten Gebieten nahe zu bringen. Mitzna hingegen plädiert für eine Neuauflage der Oslo-Strategie begrenzter territorialer Kompromisse inklusive der Aufgabe einer Reihe jüdischer Siedlungen sowie direkter Verhandlungen mit der gewählten palästinensischen Führung unter Yassir Arafat; daher schloss er nach seinem Gespräch mit Sharon eine Regierungsbeteiligung der Arbeitspartei kategorisch aus. Eine "Regierung der nationalen Einheit" könnte die tiefen Gräben innerhalb der jüdisch-israelischen Gesellschaft kaum überbrücken und würde an ihren eigenen Widersprüchen ebenso schnell zerbrechen wie die erste Regierung Sharon.

Der Shooting Star dieser Wahlen ist die säkularistische und marktradikale Partei Shinui, bei der sich ein großer Teil der von Arbeitspartei und Meretz enttäuschten WählerInnen gesammelt hat. Shinui ist eine populistische Protestpartei, deren Erfolgsrezept darin besteht, sich angesichts der Stagnation im israelisch-palästinensischen Konflikt auf scheinbar eher lösbare innenpolitische Probleme zu konzentrieren. Der Hauptfeind von Shinui sind die religiös-orthodoxen jüdischen Parteien. Damit trifft die Partei den Nerv vieler säkularer Jüdinnen und Juden, denen der Sonderstatus der orthodoxen Minderheit und deren Einfluss auf die israelische Politik seit langem ein Dorn im Auge ist und die in der orientalisch-religiösen Shas-Partei eine fundamentalistische Bedrohung der israelischen Nation erblicken. Der Erfolg von Shinui lässt eine weitere Verschärfung der Spannungen zwischen religiösen wie säkularen Segmenten der jüdisch-israelischen Gesellschaft erwarten und dürfte die Arbeit der zukünftigen israelischen Regierung zusätzlich belasten.

Unabhängig von der Zusammensetzung der zweiten Regierung Sharon wird die zukünftige Entwicklung in Israel/Palästina entscheidend vom Verlauf der aktuellen Irak-Krise beeinflusst werden. Die politische Klasse Israels und die Armeeführung versprechen sich von einer Eroberung des Irak unter Führung der USA eine entscheidende strategische Weichenstellung im Nahen und Mittleren Osten zu Gunsten Israels, die zu einer Schwächung der anti-israelischen Kräfte in der Region und in der Ablösung Arafats durch eine israelischen Vorstellungen genehme palästinensische Führung führen werde. Eine solche Dominotheorie entspricht exakt den Vorstellungen der Bush-Administration, wird allerdings von den meisten Analysten außerhalb konservativ-republikanischer und/oder dem Likud nahe stehender Think Tanks als realitätsblind und größenwahnsinnig eingestuft. Das gegenwärtige "historische Jahr" (Uzi Ben Simon in Haaretz, 7.2.03) könnte vielmehr zu einer weiteren Eskalation der Gewalt in Israel/Palästina führen, was sich auch auf die US-amerikanischen Interessen in der Region negativ auswirken würde. Armeekreise befürchten etwa ein Mega-Attentat von palästinensischen Guerillas innerhalb Israels anlässlich eines US-geführten Angriffes auf Irak, was wiederum eine drastische israelische Reaktion nach sich ziehen würde.

Die Erosion demokratischer Normen

Wie weit die dann amtierende israelische Regierung in einem solchen Fall gehen würde, bleibt bislang Gegenstand von Vermutungen. Allerdings mehren sich diejenigen Stimmen in Israel, welche den Windschatten eines Irak-Krieges nutzen wollen, um den palästinensischen Widerstand militärisch endgültig zu brechen, inklusive einer Rückeroberung des Gazastreifens, der Ausweisung Arafats und "Umsiedlungen " aus ausgewählten palästinensischen Gebieten (Amira Hass in Le Monde Diplomatique, Februar 2003). In dem unwahrscheinlichen Fall, dass es dem Irak oder einem von ihm ausgerüsteten palästinensischen Kommando gelingen sollte, Israel mit nicht konventionellen Waffen anzugreifen, dürfte es selbst den USA schwer fallen, einen militärischen Amoklauf Israels zu verhindern.

Auf der innenpolitischen Bühne sind die Aussichten ebenfalls alles andere als rosig. Angesichts der in den vergangenen Jahren fortschreitenden Erosion bürgerrechtlicher Normen und demokratischer Gepflogenheiten innerhalb Israels hat sich der Oberste Gerichtshof des öfteren als eine der letzten rechtsstaatlichen Bastionen erwiesen. In jüngster Vergangenheit haben zwei höchstrichterliche Entscheidungen die Wut der Regierung auf

sich gezogen. Zunächst erklärte der Gerichtshof Anfang Januar die auf Betreiben der Regierungsmehrheit gefällte Entscheidung der parlamentarischen Wahlkommission für rechtswidrig, welche den arabisch-nationalistischen Abgeordneten Azmi Bishara und Ahmad Tibi die Teilnahme an den Wahlen auf Grund ihrer angeblich landesverräterischen Ansichten verwehren wollte, während gleichzeitig der mit der seit 1988 verbotenen faschistischen Kach-Partei assoziierte Baruch Marsel als Kandidat der Siedlerpartei Ha-Echud ha-Leumi von der Kommission zugelassen wurde.

Michel Chashin, ein Richter des Obersten Gerichtshofes, der als Vorsitzender der parlamentarischen Wahlkommission für den rechtmäßigen Verlauf der Wahlen verantwortlich zeichnete, brachte Sharon persönlich eine empfindliche Schlappe bei, als er in der heißen Phase des Wahlkampfes die Live-Übertragung einer Pressekonferenz Sharons im staatlichen Fernsehen abbrach, weil dieser anstelle der vorgesehenen Antworten auf Fragen bezüglich der gegen ihn erhobenen Korruptionsvorwürfe die Zeit für wüste Beschimpfungen seiner politischen Gegner nutzte und damit den israelischen Wahlkampfgesetzen zuwider handelte. Schon mehren sich die Stimmen, welche die Macht des (zu Unrecht) als linke Hochburg geltenden und in weiten Teilen der Bevölkerung ungeliebten Obersten Gerichtshofes per Gesetz einschränken und daneben einen zweiten Hohen Gerichtshof etablieren wollen, dessen Zusammensetzung einer stärkeren parlamentarischen Kontrolle unterläge. (Haaretz, 9.1.03)

Auch die wirtschaftliche Lage bleibt bis auf weiteres angespannt. Ohne eine politische Perspektive zur Entschärfung des israelisch-palästinensischen Konflikts ist nicht mit einer Besserung der Wirtschaftsdaten und somit eher mit einer weiteren Verschärfung der sozialen Spannungen zu rechnen. Angesichts fallender Steuereinnahmen plant das israelische Finanzministerium in diesem Jahr etwa die Entlassung von 10 Prozent der Angestellten des öffentlichen Dienstes (ein Verlust von 60.000 Arbeitsplätzen) sowie die Kürzung der Reallöhne im Bildungssektor und im medizinischen Bereich um 0,1%, bei gleichzeitiger Streichung von staatlichen Subventionen auf Grundnahrungsmittel wie Obst und Gemüse. Nur die Siedlungen in den besetzten Gebieten sind bislang von derlei Kürzungen nicht betroffen. (Haaretz, 5.2.03).

Derweil ist das Tel Aviver Abwassersystem seit einigen Wochen zusammengebrochen, die Abwässer werden ungereinigt ins Meer geleitet. Dies führt zu einer dramatischen Verschlechterung der Wasserqualität entlang der beliebten städtischen Badestrände. Doch wen kümmert das schon, wenn ohnehin alles den Bach runtergeht?

Achim Rohde

24. Die USA im Medienkrieg. Eins der Opfer des "Krieges gegen den Terror" ist der freie Zugang zu Informationen

Eines der Opfer des "Krieges gegen den Terror" ist der freie Zugang zu Informationen

Autor: Axel Dorloff · Rubrik: USA · CD-Datei: daten/aksuche/ak470/30.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:470:30

Seit dem 11. September 2001 versucht die US-Regierung zunehmend, den Fluss von Informationen nach eigenem Interesse zu regulieren und so die öffentliche Meinung zu beeinflussen. Von offener Zensur kann zwar keine Rede sein, aber die administrativen Maßnahmen, mit denen die Presse- und Informationsfreiheit eingeschränkt werden, häufen sich.

Die Manipulation der Medien seitens der Politik war und ist nicht nur in den USA ein systematischer Bestandteil der Kriegsführung. Zu Kriegs- und Krisenzeiten gewinnt die Beziehung zwischen Medien und Politik an besonderer Brisanz, denn die Berichterstattung ist dann von scheinbar existenzieller Bedeutung. Politische und militärische Akteure beschwören wieder und wieder das nationalstaatliche (Sicherheits-) Interesse. Wie die US-Regierung seit den Anschlägen des 11. Septembers 2001 und dem darauf erklärten "Krieg gegen den Terror" versucht, repressiv und restriktiv auf die Medien einzuwirken, den Fluss von Informationen nach eigenem Interesse zu regulieren und die öffentliche Meinung zu beeinflussen, zeigen folgende vier Beispiele.

Der Fall Bill Maher

Bill Maher, Moderator der ABC-Comedy-Show Politically Incorrect, äußerte sich kurz nach dem 11. September in seiner Sendung wie folgt: "Wir sind die Feiglinge. Cruise Missiles aus 2.000 Meilen Entfernung abzufeuern, das ist feige. Aber im Flugzeug zu bleiben, wenn es in ein Gebäude stürzt - man mag darüber denken, wie man will - feige ist das nicht." Mit dieser Äußerung löste Bill Maher einen Sturm der Entrüstung aus, sowohl bei den Werbekunden von ABC als auch innerhalb der US-Regierung. Zwei der Hauptsponsoren der Sendung, Sears und FedEx, zogen ihre Werbung mit sofortiger Wirkung zurück, und 17 Partner-Stationen von ABC setzten die Sendung kurzfristig ab. Der Pressesprecher des Weißen Hauses, Ari Fleischer, sah sich veranlasst, die US-AmerikanerInnen generell und eindringlich vor unbedachten Worten und Taten zu warnen: "So etwas zu sagen ist fürchterlich, eine sehr unglückliche Äußerung ... Es sollte allen AmerikanerInnen eine Mahnung sein, dass sie aufpassen müssen, was sie sagen und tun. Es ist einfach nicht die Zeit für solche Bemerkungen; es ist niemals Zeit dafür." (Press Briefing, 26.9.2001)

Bill Maher entschuldigte sich öffentlich, und die meisten Sender holten Politically Incorrect zurück ins Programm. Bei Channel 7, einem Partnersender von ABC aus Washington, zeigten die Drohgebärden des Weißen Hauses allerdings Wirkung. Der Sender begründete seine Entscheidung, Politically Incorrect dauerhaft aus dem Programm zu nehmen, mit der offiziellen Regierungskritik an Bill Maher. Nicht nur das Magazin The Nation kritisierte das Verhalten von Regierung und Sponsoren: "Der Umstand, dass er allein auf Grund politischer Gesinnung und der Launen der Unternehmen beinahe abgesetzt worden wäre (mit einer Show, die explizit ‚Political Incorrect` heißt), sollte uns nachdenklich stimmen." (11.10.2001)

Organisierte Desinformation?

In der New York Times wurde am 19. Februar 2002 das erste Mal in der US-amerikanischen Öffentlichkeit über eine neue Einrichtung des Pentagons berichtet, das so genannte Office of Strategic Influence. Das Ziel dieser Einrichtung sollte sein, "ausländische Medienunternehmen mit Nachrichten zu versorgen, möglicherweise auch falsche, als Teil einer Strategie, die öffentliche Meinung sowie die von politischen Entscheidungsträgern in befreundeten wie verfeindeten Staaten zu beeinflussen". Die mit dem Office of Strategic Influence offensichtlich geplante und gezielte Desinformation versuchte das Pentagon mit einer Pressemitteilung zu widerlegen, wonach sich das Projekt noch in der Entwicklung befände und auf keinen Fall dazu gedacht sei, gezielt falsche Informationen zu streuen. Die öffentliche Kritik war jedoch so heftig, dass eine Woche später die Auflösung des Office of Strategic Influence gemeldet wurde. Die allgemeine Stimmung

habe es unmöglich für das Office gemacht, seine Arbeit zu verrichten, so Verteidigungsminister Rumsfeld damals.

Ein knappes Jahr später scheint sich jetzt der Vorfall unter veränderten Vorzeichen zu wiederholen. Erst kürzlich, am 21. Januar 2003, rief Präsident George W. Bush das Office of Global Communications ins Leben. Ebenfalls eine Einrichtung mit dem vorrangigen Ziel, das Amerikabild im Ausland im Interesse der USA "zu beeinflussen und zu koordinieren". Mit welchen Mitteln das geschehen wird, lässt sich nur erahnen. Auch wenn die offizielle Erklärung sehr diplomatisch formuliert ist, befürchten KritikerInnen, dass das Office of Global Communications eine euphemistische Begriffsschöpfung für das geschlossene Office of Strategic Influence ist und im Prinzip nach den gleichen Leitlinien operieren soll.

Aufkauf von Satellitenbildern

Die amerikanische Satelliten-Firma Space Imaging hatte seit 1996 die Fotos ihres Satelliten Ikonos an Medien, WissenschaftlerInnen und NGOs verkauft. Mit Hilfe dieser Bilder konnten Details über Luftangriffe oder auch über die Situation von Flüchtlingen untersucht werden (u.a. in Afghanistan). Das Pentagon hat im Oktober 2001 die exklusiven Rechte auf alle Fotos von Ikonos erworben und somit jegliche weitere Nutzung der Bilder für die Zukunft verhindert. Die National Imagery and Mapping Agency, eine Abteilung des Pentagon, sicherte sich für mindestens zwei Millionen US-Dollar pro Monat die Rechte auf die Fotos für unbestimmte Zeit.

Obwohl das Verteidigungsministerium zu Kriegszeiten unter bestimmten Umständen über die rechtliche Option des so genannten shutter control die Möglichkeit gehabt hätte, alleinige Kontrolle über die US-Satelliten zu beanspruchen, verzichtete das Pentagon darauf und wählte den kommerziellen Weg. Die Absicht des Pentagons, sich vor eventuellen Klagen wegen Zensur und Einschränkung der Pressefreiheit zu schützen und so rechtliche Probleme zu umgehen, ist offensichtlich. John Pike von der NGO Globalsecurity: "Hätte das Pentagon durch die Option des shutter control die alleinige Kontrolle über den Satelliten Ikonos beansprucht, hätten die Medienunternehmen durchaus die Möglichkeit gehabt, gegen die Regierung wegen Vorzensur zu klagen." Dem Magazin The Nation sagte Pike: "Mit diesem Deal führt die Regierung eine Nachrichtenkontrolle ein, indem sie den Zugang zu den Fotos verhindert, und entzieht den Medien gleichzeitig die rechtliche Grundlage für eine Klage." (16.11.2001)

Ashcrofts "Freedom of Information Act"

Das "Gesetz für die Freiheit der Information" (Freedom of Information Act, FOIA) aus dem Jahr 1966 gewährt den US-BürgerInnen das Recht, vom Bundesstaat und seinen Organen Informationen und Unterlagen zu verlangen. Danach darf im Prinzip jede/r BürgerIn jedes amtliche Papier einsehen, so weit die Sicherheitsinteressen der USA das zulassen. Das Gesetz gilt als eine wichtige demokratische Errungenschaft, über die Ruth Rosen vom San Francisco Chronicle schreibt: "Ohne dieses Gesetz wären JournalistInnen, Zeitungen, HistorikerInnen und Bürgerrechtsgruppen niemals in der Lage, die Regierung zu kontrollieren ... Es ist ein Gesetz, das es uns nicht nur erlaubt zu wissen, was unsere gewählten Mandatsträger sagen, sondern auch, was sie tun." (6.1.2002)

Es ist gängige Praxis, dass der Attorney General während seiner Amtszeit eine Direktive bezüglich des FOIA veröffentlicht, die bestimmte Richtlinien zum Umgang mit dem Gesetz festlegt. Die Attorney General der Clinton-Ära, Janet Reno, ordnete 1993 einen sehr liberalen Umgang mit dem Gesetz an und ermutigte die Behörden, "Dokumente zu veröffentlichen, wo immer das möglich ist". (American Journalism Review, Jan/Feb 2002) Am 12. Oktober 2001 veröffentlichte John Ashcroft, der Attorney General der Bush-Administration, eine neue Direktive, die den großzügigen Umgang mit dem FOIA während der Clinton-Ära faktisch für beendet erklärte.

Die Botschaft hinter der neuen Verordnung, die nicht wie üblich auf einer Pressekonferenz vorgestellt wurde, sondern als interne Mitteilung an sämtliche Organe des Bundesstaates herausging, war eindeutig: Die SachbearbeiterInnen in den Regierungsinstitutionen sollen zukünftig wesentlich striktere Maßstäbe ansetzen, bevor Informationen und Unterlagen herausgegeben werden. Nach dem Motto "Im Zweifel nicht herausgeben" wird die zentrale Ausgabepflicht ersetzt durch eine Anweisung, so viel wie möglich zurückzuhalten. Unter JournalistInnen, WissenschaftlerInnen und Bürgerrechtsgruppen rief die neue Ashcroft-Direktive Empörung hervor. Es besteht kein Zweifel, dass es damit zukünftig ungleich schwieriger werden wird, an entsprechende Informationen und Unterlagen zu gelangen und die Funktion des watchdog over government zu erfüllen.

Die Erklärungsmuster für alle restriktiven und repressiven Maßnahmen sind immer die gleichen, getroffen werden sie im Namen der nationalen Sicherheit und des besonderen Charakters des "Krieges gegen den Terror". Mit der im First Amendment der US-amerikanischen Verfassung gesicherten Presse- und Meinungsfreiheit ist diese restriktive Presse- und Informationspolitik nicht zu vereinbaren. Im historischen Kontext ist das allerdings keine Überraschung, hat doch die US-amerikanische Geschichte vom Ersten Weltkrieg über die Invasionen in Grenada und Panama bis hin zum Golfkrieg 1991 mit erstaunlicher Kontinuität gezeigt, dass zu Kriegs- und Krisenzeiten das Recht auf Presse- und Meinungsfreiheit immer wieder angegriffen und eingeschränkt wurde. Innenpolitisch steht diese Politik gegenwärtig im ideologischen und konzeptionellen Einklang mit der Gesetzgebung seit dem 11. September 2001.

Seitdem sind zahlreiche Gesetze und Verordnungen auf den unterschiedlichsten politischen Ebenen erlassen worden, "die sich streckenweise wie Handlungsanweisungen für einen totalitären Staat lesen lassen". (vorgänge, 3/2002) So z.B. der USA Patriot Act und die darin geregelte Ausweitung von Überwachung und Inhaftierung von Nichtstaatsangehörigen.

Aber auch außenpolitisch hat es Konsequenzen, wenn sich die US-Regierung dieser restriktiven und repressiven Mittel im Umgang mit den Medien bedient. Sie führt damit nicht nur ihre eigenen Überzeugungen und Werte ad absurdum, sondern dient auch anderen Regierungen als Legitimation für die Unterdrückung von Meinung und Medien. Laut einem Bericht des Columbia Journalism Review (CJR) ist in Uganda, China, Indonesien, Benin, Israel und Russland unter ähnlichen Vorwänden die Arbeit von JournalistInnen seit dem 11. September 2001 massiv beeinflusst und zensiert worden. Auch Simbabwes Informationsminister Jonathan Moyo rechtfertigte seinen rüden Umgang mit JournalistInnen mit dem Verhalten der USA. Der CJR betont daher die besondere Verantwortung der USA bezüglich der Presse- und Meinungsfreiheit: "Der erste Zusatz zur amerikanischen Verfassung ist der Goldstandard der garantierten Pressefreiheit. Deswegen haben selbst begrenzte Versuche der US-Regierung, die Arbeit der Presse zu beeinflussen, weltweit enorme Auswirkungen." (Columbia Journalism Review, Jan/Feb 2002)

Alles in allem lässt sich die gegenwärtige Presse- und Informationspolitik der US-Regierung mit einem Motto zusammenfassen, das der Historiker Jeffrey A. Smith in seinem Buch War And Press Freedom für Kriegs- und Krisenzeiten als stereotyp herausgearbeitet hat: "Die Regierung verhält sich oft so, als sei es notwendig, die Demokratie zu zerstören, um sie zu retten."

Axel Dorloff

25. Dokumentation: Offener Brief an die Jungle World

Rubrik: Deutsche Linke allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak470/35.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:470:35

Dieser "Offene Brief" wurde am 12. Februar in der Jungle World unter der Rubrik "Leserinnenworld" veröffentlicht - allerdings etwa um die Hälfte gekürzt. Wir dokumentieren das Schreiben in seiner gesamten Länge (die gekürzten Stellen sind fett hervorgehoben). Wir halten es für richtig, den Text in seiner Gänze der (linken) Öffentlichkeit zugänglich zu machen, da wir der Meinung sind, dass die erfolgten Kürzungen nicht zufällig, sondern ganz im Gegenteil symptomatisch sind für die in dem "Offenen Brief" kritisierten Entwicklungen in der Jungle World.

Die UnterzeichnerInnen dieses offenen Briefes sind AutorInnen und AktivistInnen der radikalen Linken, die eine politische Affinität zur Jungle World hatten und zum Teil auch noch haben. Die meisten haben in unterschiedlichem Maße seit der Gründung der Zeitung dazu beigetragen, deren Infrastruktur zu stärken und haben sie gerne als Debattenblatt genutzt - als ein Forum, um sich jenseits von autoritären Strukturen, von Sektierertum, über politische Theorie und Praxis zu verständigen.

Verstärkt in den letzten Monaten - rückblickend lässt sich wohl der 11. September 2001 als Beginn dieser Entwicklung festmachen - mussten wir aber feststellen, dass sich die Jungle World als Forum linksradikaler, antinationalistischer Debatten - nicht zuletzt dafür hatte sie sich einmal gegründet - selbst abschafft.

Bezüglich des Nahostkonfliktes ("Naher Osten - Ferner Westen") wird der Antisemitismusvorwurf zunehmend undifferenziert eingesetzt, antimilitaristische Positionen bezüglich eines Irakkrieges werden marginalisiert. Es besteht die Tendenz, Antisemiten und Antimilitaristen, die in mehreren Artikeln als "Friedensfreund", "Nazis und andere Kriegsgegner" beschimpft werden, in einen Topf zu werfen, um im Gegenzug die Unterstützung Israels mit der Befürwortung des Krieges gleichzusetzen und alle widersprechenden Positionen des Antisemitismus zu verdächtigen.

Beiträge, die bellizistische Positionen kritisieren, werden, wenn sie veröffentlicht werden, immer häufiger diffamiert, eine öffentliche Auseinandersetzung um dafür angeführte Gründe wird verweigert, auch wenn damit langjährige AutorInnen vor den Kopf gestoßen werden. Einige AutorInnen haben sich deshalb inzwischen stillschweigend oder laut protestierend zurückgezogen.

Ein angefragtes Dossier zur Debatte über den Nahostkonflikt, in dem diese Tendenzen scharf angegriffen werden, schmorte drei Monate in der Redaktion, bevor es abgedruckt und in den nachfolgenden Ausgaben zum Abschuss - inklusive Antisemitismusvorwurf - freigegeben wurde. Positive Stellungnahmen, die der Redaktion vorlagen bzw. angeboten wurden, wurden abgelehnt. Denselben Umgang wählte die Redaktion einige Monate zuvor, als sie sowohl den Abdruck des Debattenbeitrags "Antideutsche Kriegsführung - ein Lehrgang für Anfänger und Fortgeschrittene" verweigerte, als auch eine öffentliche Auseinandersetzung über die Gründe.

Das Unterdrücken unliebsamer Beiträge, das Hinhalten der AutorInnen, das Unterbinden von Repliken, d.h. das Konstruieren von Pseudodebatten, das Konterkarieren von Textaussagen durch grafische Mittel, die Öffnung der Zeitung für Denunziationen sind jene Handlungsweisen, die uns zu diesem Schluss kommen lassen, dass sich innerhalb der Jungle World der Habitus des besserwisserischen Ideologieproduzenten durchzusetzen scheint, der Debatte die Linie, der Kritik die Weltanschauung entgegensetzt.

Die Bekämpfung von Antisemitismus und Rassismus ist - nach zähen Kämpfen in den 70ern und 80ern - seit den 90er Jahren ein wesentlicher Bestandteil linksradikaler Theorie und Praxis. Nun aber verkommt die Kritik des Antisemitismus in Jungle World zu einem Ticket, dem der inhaltliche Gehalt verloren geht. Der deutsche bzw. nationalsozialistische Antisemitismus wird auf die in Teilen antisemitisch geprägten palästinensischen Bewegungen übertragen, was einem historischen Kurzschluss gleichkommt. Während die Shoah die Verwirklichung des Antisemitismus war, kann der Nahost-Konflikt nicht allein auf der Ebene des Antisemitismus beurteilt werden.

Der Kurzschluss, der der Logik "Saddam, der neue Hitler" folgt, rechtfertigt dagegen Unterdrückung und Krieg. Immer wieder wird damit eine Weltlage beschworen, die man so nahe an die Konstellationen der 40er Jahre heranschreibt, bis die US-Alliierten als Befreier und (antideutsche/linke) KriegsbefürworterInnen als

antifaschistische WiderstandskämpferInnen reinkarniert werden. Damit wird nun auch noch in Jungle World der dominante westliche Wahrnehmungshorizont bestätigt, der offiziell antitotalitäre Werte vor sich her trägt und real imperiale (Kriegs-)Lösungen und autoritäre Machtausübung in ehemals kolonialen Ländern für unvermeidlich erklärt. Die Beitrittserklärung einiger Linker in diese abendländische Weltordnung steht einer reaktionär-kulturalistischen Ideologie (im Namen des Islams, des Korans, usw.) nicht im Wege, sondern zur Seite. In dem Maße, wie solche Kurzschlüsse zur einzig wahren Linie erklärt werden, begeht die radikale Linke politischen Selbstmord: Linke Politik, die sich nicht mehr essenziell als Herrschaftskritik begreift, macht sich schlicht überflüssig.

Diese neue autoritäre Linie und die sie begleitenden ideologischen Verengungen sind in Jungle World noch nicht definitiv durchgesetzt. Deshalb wenden wir uns mit diesem Appell an die Redaktion, weil wir nicht davon ausgehen, dass alle Redaktionsmitglieder, AutorInnen und LeserInnen mit der Entwicklung der Zeitung zufrieden sind. Unsere Absicht liegt nicht darin, von Euch zu fordern, gewisse AutorInnen auszuschließen (obwohl sie schwer erträglich sind), wie dies umgekehrt mit Rückhalt in der Redaktion in der Petition vom 4. Dezember schon erfolgte. Vielmehr fordern wir euch auf, die Auseinandersetzung um linksradikale Theorie und Praxis wieder zu ermöglichen, statt die Wochenzeitung (anti-) deutschtümelnden Hegemoniebestrebungen auszuliefern. Gegenwärtig wird über zentrale Fragen in Jungle World nicht mehr gestritten, sondern abgeurteilt und ausgegrenzt. Das Resultat ist absehbar: Jungle World wird zum Sektenblatt und wird damit seine Funktion und seine LeserInnenschaft verlieren. Es wäre schade drum.

Hartmut Amon, Jochen Baumann, Tom Binger (Zeche Carl), Tanja Bogusz, Sabeth Buchmann, Jean Cremet, Klaus Holz, Heike Kleffner, Elfriede Müller, Irit Neidhardt, Darius Ossami, Marianne Ostermann, Alexander Ruoff, Bernhard Schmid, Jens Schneiderheinze, Kollektiv Schwarze Risse, Mariella Schwertmüller, Thomas Seibert (Fantômas-Redaktion), Enzo Traverso, Peter Ullrich (Gesellschaft für eine lustigere Gegenwart, Leipzig), Unrast Verlag, Jan Weyand, Wolf Wetzel (Autor der ehemaligen autonomen L.U.P.U.S.-Gruppe), Mag Wompel, Raul Zelik

26. Emanzipation durch Flächenbombardement. Deutsche Linke zwischen Saddam und Bush

Autor: Bernhard Schmid · Rubrik: Deutsche Linke allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak470/26.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:470:26

Manche deutsche Linke sind grenzenlos naiv. Am liebsten wollen sie wie Kinder an die Hand genommen werden, auf dass ihnen gezeigt werde, auf welcher Seite "die Guten" stehen. Dieser Eindruck drängt sich zumindest internationalen BeobachterInnen bei der Lektüre mancher Artikel auf, die in jüngerer Zeit in deutschen linken Publikationen erschienen sind.

Steht auf der einen Seite ein Teil der jungen Welt für eine Position, derzufolge der jeweilige militärische Gegenpart zu den USA grundsätzlich propagandistische Unterstützung verdient, so wird andererseits von einem Teil des Jungle-World-Spektrums die strategische Planung der US-Administration kaum verhüllt unterstützt. Es sei allerdings festgestellt, dass es innerhalb beider - für linke Publikationen relativ auflagenstarken - Zeitungen Gegenkräfte und Kritik an diesen Tendenzen gibt.

Bei manchen Autoren der jungen Welt ersetzt der Schaum vor dem Mund schon mal die Analyse. Der (quasi) tägliche jW-Kommentator Werner Pirker zählt zu den Spezialisten dieses Stils. Am 30. Januar 2003 gab er folgende Probe seiner Kunst: "Die Rede, die George W. Bush zur Lage der Nation hielt, ist ein Zeugnis fortgeschrittenen kriminellen Wahns. Sie müsste die umgehende Einlieferung des Redners in eine geschlossene Anstalt für Rechtsbrecher zur Folge haben. Und auch die seines Redenschreibers. Und der ganzen durchgedrehten Mafiabande im Weißen Haus."

Auch Rainer Rupp, der zweite Vielschreiber der jungen Welt, lässt, wenn es gegen die USA geht, gern jede Differenzierung vermissen. So schilderte er in jW vom 28. September 2001 die Stimmung in den USA, einige Wochen nach den Anschlägen von New York und Washington: "US-Bürger beschwören in faschistischen Ritualen die Unbeugsamkeit ihrer Volksgemeinschaft". Eine bewusst an die NS-Zeit anknüpfende Formulierung, die laut Rupp (ebenda) "die Mehrzahl der US-Amerikaner" zutreffend charakterisiere.

"Der Feind meines Feindes ist mein Freund"

Schlimmer noch als die oft maßlosen Übertreibungen sind die distanz- und kritiklosen propagandistischen Dienste beispielsweise an der irakischen Diktatur (aber auch an anderen üblen Regimen, sofern sie nur Ärger mit den USA haben). In der jW vom 20. September 2002 etwa "bewies" Klaus von Raussendorff - ein früherer DDR-"Kundschafter" im Auswärtigen Amt in Bonn, heute Herausgeber der Antiimperialistischen Korrespondenz - messerscharf, dass irakische Kommunisten im Grunde Vaterlandsverräter seien. "Nicht alle, die sich Kommunisten nennen, haben dasselbe Verständnis von antiimperialistischer Solidarität wie Fidel Castro. Spitzenfunktionäre der Kommunistischen Partei Iraks (IKP) etwa ..."; sie wollten vielmehr die internationale Situation - wenn sie auch keinen US-Krieg unterstützen - ausnutzen, um die bestehende Diktatur loszuwerden. Welch verantwortungsloses Unterfangen: "Ausnutzen? Wozu, fragt man sich. Zu einem Putsch? Zu einem Bürgerkrieg?" Dass das irakische Regime Zehntausende von Kommunisten gefoltert und getötet hat, hält er keiner Erwähnung für bedürftig.

Mitunter führt dieses platte Lagerdenken, derzufolge der Feind unseres Feindes (USA) unbedingt ein Freund der Menschheit zu sein hat, auch zur Leugnung imperialistischer Verbrechen. In der jW vom 3.2.2003 hielt Rainer Rupp es geboten, endlich das Giftgasmassaker an irakischen KurdInnen in Halabja im Jahr 1988 vom Tisch zu wischen. (vgl. dazu auch Artikel auf Seite 17) Unter der Überschrift "Bushs erfundener Genozid" verwies er die damalige Massentötung - die damals auch die Internationalismusbewegung der BRD in hohem Maße thematisiert hatte, während die meisten westlichen Regierungen komplizenhaft schwiegen - ins Reich der Legende. Dabei stützt Rupp sich auf Aussagen des früheren CIA-Mitarbeiters Stephen Pelletiere gegenüber der New York Times (NYT), der wiederum die irakische Verantwortung für Halabja unter Berufung auf die DIA - den militärischen Spezialgeheimdienst der USA - dementiert. Dabei übersieht Rupp freilich, dass die CIA und besonders die DIA noch bis 1990 unmittelbar an der Aufrüstung des Irak beteiligt waren; entsprechende Berichte der NYT hatte er selbst in jW vom 20. 8.2002 resümiert. Daher geht es dem US-Geheimdienstapparat aller Wahrscheinlichkeit nach darum, die Spuren eigener Verbrechen - zu Zeiten, als man noch an der Seite des irakischen Regimes stand - zu verwischen, da diese heute gegen die USA

verwendet werden könnten. Derselben Logik gehorchend, hatte übrigens auch Pentagon-Chef Donald Rumsfeld schon vor Jahren dem Iran die Schuld an Halabja unterzuschieben versucht. In dieser Sache widersprach allerdings Ulla Jelpke ihrem Redaktionskollegen Rupp öffentlich. (jW vom 6.2.2003)

Die Jungle World war ursprünglich angetreten, um bestimmte Fehler des altlinken Vulgärmarxismus nicht zu wiederholen. Aus diesem Anspruch ist aber in einigen Teilen ihres Spektrums längst eine - ebenso platte, aber "moderner" und zeitgemäßer erscheinende, auf Dauer sicherlich auch zu den "aufgeklärten" Eliten hin anschlussfähigere - Affirmation der Realpolitik der westlichen Führungsmächte geworden. Lediglich auf Grund des Gestus, mit dem dieser fantasielose Affirmationsdiskurs als superradikaler Tabubruch gegen einen vermeintlichen "deutschen Konsens" vorgetragen wird, kann dieser als angeblich nonkonformistische Position vorgetragen werden. Während in den deutschen Eliten zwischen "Atlantikern" und Befürwortern einer stärkeren deutschen Rolle die Auseinandersetzung um die "bessere" Strategie tobt, schließt man sich einfach den Erstgenannten an - aber nicht ohne zu behaupten, dass man damit gegen "Deutschland" schlechthin Position ergriffen habe.

Propaganda für das irakische Regime

Dabei hilft man gerne bei Bedarf nach, indem man Momente der deutschen Ideologiegeschichte hemmungslos so lange mit aktuellen politischen Diskussionen (innerhalb und außerhalb Deutschlands) durcheinander mixt, bis eine einzige trübe Ideologiesuppe dabei heraus kommt. Nicht verschwiegen werden soll, dass bestimmte Anhaltspunkte in der deutschen gesellschaftlichen Wirklichkeit den betreffenden Autoren das Geschäft erleichtern - wenn etwa zu Jahreswechsel das Buch Jörg Friedrichs zum "Bombenkrieg" 1941 - 45 und die entsprechende Spiegel-Serie ein bestimmtes kollektives Gedächtnis abriefen. Es mag eine spezielle Sensibilität in Teilen der deutschen Bevölkerung geben, in welcher die Chiffre "Bombenkrieg" deswegen negativ besetzt ist, weil Deutschland mehr oder weniger als Opfer des Zweiten Weltkriegs vorgestellt wird. Das erlaubt jedoch keineswegs, die aktuellen Anti-Kriegs-Mobilisierungen (vor allem in jüngeren Generationen) allein darüber zu erklären - zumal diese ja auch ein internationales Phänomen sind, das nicht zuletzt die USA erfasst hat.

Dem Weltgeist auf der Spur

Thomas von der Osten-Sacken und Thomas Uwer - die beiden Chefideologen der Jungle World zum Irak, die einen großen Teil der Berichterstattung zum Nahen und Mittleren Osten allein abdecken, aber auch in konkret viele Seiten füllen - verstehen sich meisterhaft darauf, die Gegenwart in ein historisches Schattentheater zu verwandeln. In ihm können die Handlungen der Akteure vermeintlich nur durch die, von den Autoren verteilten, historischen Masken identifiziert werden. Denn "mit dem zweiten Golfkrieg (von 1991 sind) die internationalen Bruchlinien von 1939 erneut spürbar geworden", mit Saddam Hussein in der Rolle des Adolf Hitler und "Amerikaner(n) und Briten" andererseits in der Rolle der Demokratien. (Thomas von der Osten-Sacken in konkret 12/2002)

Daneben bemühen Osten-Sacken und Uwer eigene Konzepte, die sich in ihrem gnadenlos platten Geschichtsdeterminismus in nichts vom ML-Dogmatismus vergangener Tage abheben - es sei denn dadurch, dass die Rolle des fortschrittlichen Subjekts der Geschichte (oder eher, des Weltgeists im Sinne des Hegelschen Idealismus) nunmehr von der politischen Führung der USA übernommen wird. Ein Anschauungsbeispiel liefert der Vortrag, den Uwer im September 2002 auf der Konferenz der Jungle World (vgl. ak 465) hielt und der - ziemlich wortgetreu - im Reader des Kongresses, Elfter September Nulleins, wiedergegeben ist. Dort werden ohne den Hauch eines Selbstzweifels eherne historische Gewissheiten postuliert: "Die arabischen Staaten des Nahen Ostens stehen vor dem Kollaps und sind überfällig für einen Sturz. (...) Der arabische Nahe Osten ist überfällig für eine Revolution (...) Im Nahen Osten besteht ... eine objektiv revolutionäre Situation. (...) Doch nicht der Historische Materialismus und irgendwelche Kräfte der Weltrevolution" - nein, Gott bewahre! - "würden diese Revolution entfachen, sondern George W. Bush" - auch wenn dieser sich nicht ganz darüber im Klaren sei, was er da tue.

In der Jungle World vom 11.9.2002 fassen die beiden ideologischen Mystifizierer ihre fixe Idee dann zusammen als eine "List der Geschichte", die "früher den Marxisten eine helle Freude gewesen wäre", aber heute "die auf den Hund gekommene europäische Linke" veranlasse, "im Namen des Friedens alles in ihrer Macht Stehende zu unternehmen, den unhaltbaren Status Quo zu zementieren".

Das Reich des Guten - und des Wunschdenkens

Andernorts hat der fortschrittliche Weltgeist anscheinend bereits zugeschlagen, denn im Iran rebellierten im Dezember 2002 die Studierenden gegen das religiös-repressive Regime. Das sei, lehren uns die beiden Autoren, eine Folge der "Iran-Rede George W. Bushs im Sommer dieses Jahres". Denn, Kritik an Bushs eigenen - durchaus religiösen und reaktionären - politischen Vorstellungen hin oder her: "Wie auch immer das persönliche Verständnis George W. Bushs von der Welt und ihren Dingen beschaffen sein mag, die Ereignisse geben ihm Recht." (Jungle World vom 4.12.2002)

Was motiviert ein solches theoretisches Abgleiten in den flachsten Positivismus gegenüber den strategischen Plänen der USA? In ihrem Vier-Seiten-Dossier in der Jungle World vom 24.1.2001 - das übrigens ansonsten einige lesenswerte Passagen enthält - lautet einer der Kernsätze der beiden Autoren: "Mit dem (revolutionären) Subjekt aber war dem Krieg (von 1991) auch jede Perspektive abhanden gekommen, die Befreiung versprach. Ohne diese Perspektive, die zumindest durch einen Sturz der alten Herrschaft sich äußern müsste, verliert aber die gesamte Imperialismustheorie, die sich in der Praxis beweisen muss, ihren Sinn." An anderer Stelle ist die Rede vom "Fehlen eines Subjekts, das the good im Golf-Krieg hätte sein können ..."

Nun lässt sich dagegen einwenden, dass eine Beschreibung der herrschenden Weltordnung wie die Imperialismustheorie - unabhängig von der Frage ihrer notwendigen Aktualisierung -, eigentlich unabhängig von der Frage steht, wie diese bestehende Ordnung zu überwinden sein wird. Dass das irakische Regime nicht für Emanzipation steht, ist klar. Aber die Schlussfolgerung, unbedingt "die Guten" (the good) finden zu müssen - und diese einige Monaten später in der Bush-Administration entdecken zu wollen, führt uns wiederum aus dem Reich der Analyse hinaus: in jenes des Wunschdenkens und der Projektion.

Bernhard Schmid, Paris

27. Der feine Unterschied zwischen "koordinieren" und "führen". Attac-Basis sagt Nein zur Vereinnahmung durch DGB

Attac-Basis sagt Nein zur Vereinnahmung durch den DGB

Autor: Gerhard Klas · Rubrik: DGB und Einzelgewerkschaften; Antiglobalisierungsbewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak470/28.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:470:28

Heiß ging es her auf dem bundesweiten Ratschlag des deutschen Attac-Netzwerkes Mitte Januar in Göttingen. Obwohl Attac in Deutschland einige Erfolge aufweisen kann, z.B. zahlreiche Kampagnen angestoßen hat, mittlerweile 11.000 MitstreiterInnen zählt und 2003 von durchschnittlich 80 neuen Mitgliedern pro Woche ausgeht, ist der bundesweite Koordinierungskreis, das Leitungsgremium, massiv in die Kritik geraten. Hintergrund ist dessen Zustimmung zu einem gemeinsamen Papier mit DGB und Venro.

Mehr als 90 Prozent der 400 TeilnehmerInnen hatten festgestellt: Der Koordinierungskreis hat einen schweren Fehler gemacht. Das Papier "Globalisierung gerecht gestalten", das Attac Deutschland gemeinsam mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund und Venro, dem Dachverband der entwicklungspolitischen Nichtregierungsorganisationen, verabschiedet hatte, widerspreche dem Attac-Konsens. Die TeilnehmerInnen befanden: "Alleinige Grundlage für alle grundsätzlichen Stellungnahmen" sei die "Frankfurter Erklärung", die Attac im vergangenen Mai auf einem Ratschlag in der Mainmetropole beschlossen hatte. Dort heißt es unter anderem, dass Attac "für eine neue Weltwirtschaftsordnung" streite und man die "Lösung gesellschaftlicher Probleme" nicht "dem Markt und der Privatwirtschaft" überlassen könne.

In dem gemeinsamen Papier ist zwar viel die Rede von "effektiver politischer Partizipation" und "Demokratisierung". Doch das Leitungsgremium selbst hatte keine bundesweite Arbeitsgruppe, keine Regionalgruppe oder den Attac-Rat, ein mehrmals im Jahr tagendes und beratendes Gremium, konsultiert. Die Lektüre des Papiers verdeutlicht, warum der Koordinierungskreis kein Interesse daran hatte.

Attac und die Bündnisfrage

Gemeinsam mit DGB und Venro fürchtet der Koordinierungskreis in "Globalisierung gerecht gestalten" um die Währungsstabilität zwischen Dollar, Yen und Euro und lamentiert über die mangelhafte internationale Kooperation der drei größten Wirtschaftsblöcke. Der Handel mit Dienstleistungen wird darin grundsätzlich akzeptiert, nur Bildung, Gesundheit und Wasser sollen ausgenommen werden, lautet der Appell an die Welthandelsorganisation. Vom Schutz ursprünglich öffentlicher Dienstleistungen wie Verkehr, Energie und Postwesen gegen Privatisierung ist gar keine Rede.

Das Trio sorgt sich auch um Investitionen und fordert ein internationales Investitionsschutzabkommen. Denn diese Geschäfte sind laut der Erklärung "Globalisierung gerecht gestalten" Grundlage von Entwicklungspolitik und Armutsbekämpfung - ergänzt durch "ökologische und soziale Kriterien". Zu guter Letzt fordern die MacherInnen nicht einmal mehr ein Mitspracherecht der Internationalen Arbeitsorganisation ILO, sondern geben sich mit deren "Beobachterstatus" bei der Weltbank, dem Internationalen Währungsfonds und der Welthandelsorganisation zufrieden.

Innerhalb des Koordinierungskreises war ein Entwurf schon vor der bundesweiten Demonstration von Attac und Gewerkschaftsjugend am 14. September letzten Jahres in Köln elektronisch verschickt worden. "Verabschiedet" wurde die Erklärung später per "elektronischem Umlageverfahren" - d.h. ebenfalls per E-Mail. Angesichts der Bedeutung dieses Papiers und der Tatsache, dass viele der Mitglieder des Leitungsgremiums wöchentlich mehrere Dutzend E-Mails erhalten, ein zumindest fragwürdiger Weg der Entscheidungsfindung.

Nach der Präsentation Anfang Dezember auf einer Pressekonferenz in Berlin und mehreren Artikeln in überregionalen Tageszeitungen protestierten zahlreiche Attac-Regionalgruppen, bundesweite Arbeitskreise, Mitglieder des Attac-Rates und Einzelpersonen. Sie fühlten sich hintergangen, denn mit der im Mai 2002 auf dem vorletzten Attac-Ratschlag verabschiedeten "Frankfurter Erklärung" hatte das Papier des Triumvirats in fast allen grundsätzlichen Fragen überhaupt nichts gemein.

Um eine grundsätzliche Ablehnung der Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften ging es den meisten KritikerInnen dabei nicht. Die punktuellen Bündnisse mit Gewerkschaften gegen das Dienstleistungsabkommen GATS oder für die Einführung einer Vermögenssteuer hat niemand bei Attac kritisiert. Im Gegenteil: Noch viel breitere Bündnisse sind nötig, um den neoliberalen Konsens der etablierten Politik zu brechen. Aber auf welcher Grundlage? In dem Papier jedenfalls, so die Kritik, werden lediglich die Lippenbekenntnisse der rot-grünen Bundesregierung breitgetreten. Die zentrale Attac-Forderung nach einer grundlegend anderen Wirtschaftsordnung fällt in der gemeinsamen Erklärung unter den Tisch.

Nun hätte es ja gut sein können, dass sich die InitiatorInnen aus dem Koordinierungskreis von der massiven Kritik, die auch auf der Attac-Homepage und zahlreichen Mailing-Listen nachzulesen ist, an ihr Selbstverständnis hätten erinnern lassen: Koordinierung, nicht vorpreschende Führung. Aber nichts dergleichen. Kurz vor dem Göttinger Ratschlag hatte sich nur ein einziges Mitglied gegen diese Erklärung gestellt, ein weiteres ist aus dem Koordinierungskreis ausgetreten. Alle anderen Mitglieder, mehr als ein Dutzend, hatten in einem gemeinsamen Brief erklärt, dass sie ihr Vorgehen und die Inhalte der Kompromisserklärung aus bündnispolitischen Erwägungen heraus weiterhin richtig finden. Sie bedauerten lediglich "Fehler in der internen Kommunikation". Die Kölner Regionalgruppe, die schon vor Veröffentlichung des Briefes über die internen Debatten des Koordinierungskreises und die Rechtfertigungsbemühungen informiert wurde, forderte daraufhin den Rücktritt des Koordinierungskreises, sollte der sich weigern, die Unterschrift unter der Erklärung zurückzuziehen.

Gelbe Karte für Attac-Chefs

Diesem Antrag hat auf dem Göttinger Ratschlag nur knapp ein Viertel der TeilnehmerInnen zugestimmt. Andererseits haben mehr als 90 Prozent der TeilnehmerInnen festgestellt, dass die Erklärung "Globalisierung gerecht gestalten" nicht den Inhalten von Attac entspricht und damit dem Koordinierungskreis eine "gelbe Karte" gezeigt, wie es die taz in ihrem Bericht über den Ratschlag ausdrückte.

Michael Sommer, der vom Koordinierungskreis umworbene Chef des Deutschen Gewerkschaftsbundes, hat schon mal deutlich gemacht, wo die Reise bei einer engen Kooperation mit der amtierenden Gewerkschaftsspitze hingehen würde. Sommer erhielt eine Einladung für den europaweiten Kongress "Das andere Davos" Ende Januar in Zürich, der vom Schweizer Attac-Netzwerk mitorganisiert wird. Zeitgleich veranstalten Wirtschaftsbosse das World Economic Forum im Wintersportparadies Davos, seit den 70er-Jahren bekannt als ein Hort des Neoliberalismus. Der DGB-Vorsitzende Michael Sommer hat auch dorthin eine Einladung bekommen. Die GlobalisierungsgegnerInnen aus Zürich stellten ihn vor die Wahl - entweder zu denen oder zu uns. Der große Vorsitzende fuhr zu den Wirtschaftsbossen. Die Züricher VeranstalterInnen kommentierten: "Nun hat er sich entschieden, wo er hingehört."

Die Kontroverse um das DGB-Venro-Attac-Papier führte jedoch nicht zur Lähmung von Attac. Einigkeit herrschte in Göttingen bei der Planung der kommenden Aktivitäten gegen den Krieg, zum G-8-Gipfel im Juni im französischen Evian sowie zur WTO-Tagung, die im September im mexikanischen Cancun stattfinden wird.

Gerhard Klas

28. Fünf Fragen zur Anti-Kriegs-Bewegung

Autor: Raul Zelik · Rubrik: Friedensbewegung; Diskussion · CD-Datei: daten/aksuche/ak470/09.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:470:09

"Peace is a left issue!?" so lautete das Motto einer Veranstaltung am 13. Januar, die von der Unabhängigen Linken an der Freien Universität Berlin organisiert war. Neben Brigitte Young, Ekkehardt Krippendorff und Bahman Nirumand diskutierte diese Frage auch Raul Zelik. Wir dokumentieren seinen Beitrag, in dem er kritisch zur Kriegsdiskussion innerhalb der Linken und zum Zustand der Friedensbewegung Stellung nimmt.

Pazifismus: Inwiefern macht es Sinn, sich in einer Welt, in der der soziale Krieg Alltag ist, sich als Pazifist zu bezeichnen? Ignacio Ramonet schreibt in der Le Monde Diplomatique von November 2002, dass zwischen 1987 und 2000 allein in Rio de Janeiro mehr Jugendliche unter 18 Jahren erschossen wurden als während der bewaffneten Konflikte in Kolumbien, dem ehemaligen Jugoslawien, Sierra Leone, Afghanistan, Israel und Palästina zusammengezählt. In Kolumbien sterben heute etwa fünf Mal mehr Menschen durch "ganz normale Morde" als durch Kampfhandlungen im Zusammenhang mit dem Bürgerkrieg. Und in El Salvador haben die Todesraten seit der Demobilisierung der FMLN-Guerilla Anfang der 90er Jahre nicht abgenommen. In mancher Hinsicht ist die Gewalt durch die so genannten Friedensschlüsse in Mittelamerika sogar noch unerträglicher geworden. Folgten die Angriffe vor 1990 einer gewissen Logik und waren daher zumindest vage berechenbar, ist da heute nur noch der Krieg ums Überleben.

Worüber sprechen wir also, wenn wir die Begriffe Krieg und Frieden im Mund führen?

Falsche Sehnsüchte: Wenn man die Diskussionen in Friedensbewegung und -forschung verfolgt, hat man bisweilen den Eindruck, es gibt vor allem eine Sehnsucht nach staatlicher und überstaatlicher Regulation. So wie sich wichtige Teile der globalisierungskritischen Bewegung (z.B. Attac) den sozial abgefederten Kontrollstaat zurückwünschen, sehnen sich zahlreiche Kriegsgegner bei der PDS nach regulierenden Institutionen. Im Zusammenhang mit dem Mittleren Osten wird immer wieder von Schwächung, Instrumentalisierung oder Ignorierung der UNO gesprochen. Ähnlich auch im Fall der afrikanischen Bürgerkriege. Mit Münkler hat sich die These vom verhängnisvollen Zerfall der Staaten endgültig durchgesetzt. (1) Diese Sehnsüchte sind verlogen und inhaltlich falsch: Der fürchterliche Korea-Krieg, in dem ein ganzes Land in die Steinzeit gebombt wurde, war eine UN affair. Die kapitalistische Durchdringung der Länder des so genannten Südens war immer auch eine Geschichte des Krieges und der Gewalt. Und die schwachen Staaten sind viel weniger schwach als behauptet. Sie konzentrieren sich nur eben, wie Anne Jung unlängst bei dem Symposium "Krieg. Stadt. Ökonomie" in der Volksbühne Berlin festgestellt hat, "auf andere Aufgaben".

Mit oder ohne UNO, staatlich oder entstaatlicht, archaisch oder High Tech - die vermeintlichen Gegensätze sind nur zwei Seiten der gleichen Medaille.

Phantomdiskussionen: Links von der PDS führt man währenddessen Debatten, die ihre verhängnisvolle Wirkung schon allein dadurch entfalten, dass man ernsthaft auf sie eingeht. Aus einem halben Meter Distanz, müsste eigentlich jedem vernünftigen Menschen einleuchten, dass Positionen, die im Zusammenhang mit der US-Besetzung Zentralasiens von einer Verteidigung zivilisatorischer Werte sprechen (Jungle World: "Fanta statt Fatwa"), den Krieg auf den Irak als pro-israelische Schutzoperation interpretieren (konkret) oder sich im Bemühen um eine Kriegsopposition ausgerechnet auf die Seite von totalitären Drecksäcken wie Milosevic oder Saddam Hussein stellen (junge Welt), absolut indiskutabel sind. Der Westen ist so wenig zivilisatorisch wie die Taliban antizivilisatorisch sind, bei der US-Geopolitik geht es nicht um die Heimstatt der Juden, und der Feind meines Gegners ist noch lange nicht mein Freund. Wer sich auf solche Diskussionen einlässt, gesteht den Vertretern solcher Thesen zu, dass in ihren Argumentationen etwas Nachvollziehbares steckt. Aber da ist nichts nachvollziehbar - außer psychologischen Strukturen: Frustration, Distinktionswünschen, Zynismus, Sehnsucht nach Stärke und Identifikation.

Handlungsmöglichkeiten: Als 1999 die NATO die Bombardierung Jugoslawiens begann, war ich in Italien. Die Position der Linken dort war sehr einfach: gegen den Krieg und die NATO, für die betroffenen Menschen. Bei meiner Rückkehr nach Deutschland konnte ich nicht glauben, worüber hier gesprochen wurde. Die einen sahen Großdeutschland am Werk und interpretierten serbischen Nationalismus als multiethnische Jugoslawität, die anderen haben von humanitären Bombardements zur Rettung von Vertriebenen fantasiert.

In diesem Land wollen alle offensichtlich Staat sein, und wenn man das nicht kann, stellt man sich auf Seiten eines anderen Staates, in jenem Fall war das Jugoslawien, es kann aber auch der Irak sein oder Israel. Fehlt auch diese Identifikationsmöglichkeit, sucht man nach protostaatlichen Gebilden - einer möglichst schlagkräftigen Organisation auf dem Weg zur Macht. Solidarität jedoch meint etwas anderes. Nach dem Beginn des NATO-Bombardements 1999 sind italienische Linke nach Belgrad und in den Kosovo gefahren, um sich dort mit Basisbewegungen zu treffen, mit denjenigen, die keine ethnische Lösung wollten. Metallarbeiter haben für die Kollegen der zerbombten Fabrik "Roter Stern" gesammelt, in der parteikommunistischen Liberazione waren Texte der Frauen in Schwarz. Unsere Handlungsmöglichkeiten beschränken sich weder auf die Produktion zynischer "Kritik" noch auf die Unterstützung von Regierungen.

Wenn wir nicht das Selbstbewusstsein besitzen, eigene Kriterien zu benennen, werden wir untergehen.

Auf der bereits erwähnten Veranstaltung an der Volksbühne habe ich auch den Jungle-World-Korrespondenten in Sarajevo, Markus Bickel, gehört. Er hat durchblicken lassen, dass er die Jungle-World-Analyse vom deutschen Krieg gegen das multinationale Jugoslawien mittlerweile an einigen Punkten revidieren würde. Irgendwann hat er dann auch gesagt, bei der Beendigung des Krieges in Bosnien habe es wohl keine Alternative zur multinationalen Intervention gegeben. Die Einsicht, dass man sich geirrt hat, fand ich sympathisch; die Schlussfolgerung verhängnisvoll. Es gibt immer Alternativen zu staatlichen militärischen Operationen. Ganz einfach deswegen, weil staatliche militärische Operationen nie eine Alternative sind. Es ist nicht unsere Aufgabe, uns den Kopf darüber zu zerbrechen, wie Regierungen Krisensituationen regulieren können. Unsere Aufgabe ist es darüber nachzudenken, wie man Widerstand stärkt, Solidarität von unten aufbaut und eine emanzipatorische Bewegung voranbringt.

Gegen den Krieg: Klar, keinen Mann, keine Frau, keinen Euro für die Kriegsapparate. Verweigerung, Sabotage, Blockade. In Schottland haben sich zwei Lokführer geweigert, Kriegsmaterial zu transportieren. Man muss nicht immer zahlreich sein, um handeln zu können. Unsere Diskussionen müssten darum gehen, wo wir uns wirkungsvoll verweigern können. Trotzdem wünsche ich mir keine neue Friedensbewegung. Ich war in den frühen 80er Jahren in genau dieser Bewegung aktiv. Sie ist mir schrecklich in Erinnerung geblieben: entpolitisierend, moralistisch, bequem. Antiamerikanische Klischees waren omnipräsent, die Empörung hatte bei vielen vor allem damit zu tun, dass der Krieg vor der Haustür stattfinden sollte, und bei jenen, bei denen das anders war und die auch die Kriege im Süden zum Thema machten, stand Mitleid im Mittelpunkt. Ich will keine Bewegung, die zu harmonisieren versucht, die nicht erkennt, dass auch Politik eine Verlängerung des Krieges sein kann, wie Foucault schreibt (und nicht nur umgekehrt). Die sich in ihrer Wut zurücknimmt, die Frieden stiften und psychologisieren will. Mein Zorn ist groß. Nicht nur wegen der erneut drohenden Bombardierungen im Irak, wegen des Ausnahmezustands und der Interventionen. Sondern auch wegen des Normalzustands, wegen des ganz alltäglichen sozialen Kriegs, der jeden Tag herrscht und jeden Tag Tote fordert. Dieser Zorn ist Ausgangspunkt meines politischen Handelns.

Raul Zelik

Anmerkung:

1) vgl. Herfried Münkler: "Die neuen Kriege". Rowohlt Verlag, Hamburg 2002

29. Langsam, aber sicher. Der Widerstand gegen Hartz & Co. formiert sich

Autor: Mag Wompel · Rubrik: Sozialbewegung; DGB und Einzelgewerkschaften · CD-Datei: daten/aksuche/ak470/37.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:470:37

Spät, aber hoffentlich nicht zu spät regt sich der Widerstand gegen die Hartz-Gesetze und den Umbau des Arbeitsmarktes. Erwerbslosen- und Sozialhilfeinitiativen sowie linksgewerkschaftliche Gruppierungen haben sich zu einem bundesweiten Aktionsbündnis zusammengefunden.

Das neu-sozialdemokratische Politikkonzept, Unangenehmes einem Kommissionswesen zu überlassen, scheint aufzugehen. Über Monate hinweg werden unterschiedliche Vorschläge in der Presse diskutiert, aber es sind zunächst alles nur unverbindliche Konzepte. Steht der Zeitpunkt des gesetzgeberischen Verfahrens und damit endlich auch ein Adressat für Proteste fest, ist schnell alles bereits Gesetz und damit (vermeintlich) vorbei. Was nun wieder an der Rürup-Kommission zur "nachhaltigen Finanzierung der Sozialversicherungssysteme" durchgespielt werden soll, ist an der Hartz-Kommission ausprobiert worden - für die Bundesregierung mit großem Erfolg.

Sozialpolitischen Experten war schnell klar: Ohne schnelle Proteste droht mit der Umsetzung der Hartz-Vorschläge der größte sozialpolitische Angriff seit Bestehen der Bundesrepublik. Das Organisieren dieser Proteste erwies sich jedoch als sehr langwierig und mühsam. Zum Teil lag das an dem Kommissionswesen selbst, zum Teil an den Charakteristika der Arbeitsmarktpolitik und zum Teil leider auch an den potenziell Betroffenen.

Das Austesten der Schmerzgrenzen der Bevölkerung und der jeweiligen Lobbys durch angeblich indiskrete Kommissionsmitglieder ist ein wichtiger Punkt, um Proteste im Keim zu ersticken. Einerseits richten diese sich "nur" gegen laut gedachte und unverbindliche Vorschläge. Andererseits hätten die GegnerInnen viel zu tun. Zur Kommissionsstrategie gehört es nämlich, die Öffentlichkeit nicht nur mit Informationen zu überschwemmen ohne wirklich zu informieren, sondern auch in schneller Abfolge unterschiedliche bis widersprüchliche Vorschläge "auf den Markt" zu werfen. Im Falle der Hartz-Kommission hat das für den potenziellen Widerstand fatale Folgen gehabt. Außer den Kommissionsmitgliedern war niemand informiert genug, um fundierten Protest formulieren zu können. Das führte über Monate hinweg zu dem lähmenden Gefühl, nun sei alles zu spät, weil der fehlende Protest als Zustimmung gewertet worden ist.

Die inhaltliche Verwirrungsstrategie wurde sehr wirkungsvoll ergänzt durch die Zusammenstellung der Kommission selbst. Zum Konzept des Kommissionswesens gehört es, alle wichtigen gesellschaftlichen Gruppen einzubinden. Dies ist zwar nicht demokratisch legitimiert, denn keine der vertretenen Lobbys hat ihre Entsender in die Kommission gewählt. Und doch sind den Lobbys später durch die Zustimmung ihrer VertreterInnen die Hände gebunden. Ihre einzige Möglichkeit besteht darin, darauf zu verweisen, dass der in der Kommission erzielte Konsens nicht einszueins umgesetzt werden würde - so mehrfach im Falle "Hartz" beobachtet.

Zum Konzept des Kommissionswesens gehört es nicht, diejenigen zu fragen, die betroffen sind, sondern diejenigen, die wirkungsvollen Widerstand anmelden könnten. Diese erklären sich dann selbst zu den VertreterInnen der Betroffeneninteressen. So wurden die Organisationen der Erwerbslosen und SozialhilfeempfängerInnen weder von der Kommission noch von den Gewerkschaften gefragt. Die Tatsache, dass GewerkschaftsvertreterInnen dem Konsens der Kommission zugestimmt haben, hat den Protest lange Zeit mindestens erschwert. Viele derjenigen, die heute etwas gegen die Umsetzung der Hartz-Gesetze tun wollen, meinen immer noch, die Gewerkschaften sollten doch "endlich aufwachen und Aufklärung wie Widerstand organisieren".

Hartz-Kommission: Vorbild für neuen Politikstil

Diese spezielle Situation der Lohnabhängigen, gegen die vermeintlich eigene Interessenvertretung kämpfen zu müssen, wird zusätzlich erschwert durch Charakteristika der Arbeitsmarktpolitik: Sie hat unterschiedliche Akteure und unterschiedliche Zielgruppen. Kommunen, Länder und Bund haben über Arbeitsämter, PersonalServiceAgenturen (PSA), Sozialämter und Finanzämter den Druck zur Arbeit um jeden Preis in

unterschiedlicher Art neu zu organisieren. Betroffen davon sind Erwerbslose und SozialhilfeempfängerInnen, aber auch Beschäftigte. Besonders betroffen sind in allen Bevölkerungsgruppen Jugendliche, Frauen und Ältere. Es ist offensichtlich, dass dies einen wirkungsvollen gebündelten Protest erschwert. Zunächst aber erschwert es die Voraussetzung für jeden Protest, nämlich die Information, zumal wenn die bürgerliche Presse bis zum Abwinken zu Gunsten des beliebten Bildes vom "faulen Arbeitslosen" informiert.

Innerhalb der Linken haben sich schnell sozialpolitische ExpertInnen gefunden, die die Vorschläge der Hartz-Kommission zusammenfassen und bewerten konnten. Rasch folgten aus sozialpolitisch sensiblen Gruppierungen, Vertrauenskörperleitungen und Betriebsgruppen erste Proteste. Wo bekannt wurde, was hinter den Plänen steckt, war die Empörung immer groß. Mittlerweile gehen fast täglich Proteste aus den Betrieben ein. Nur: Es sind meist Ein-Thema-Proteste aus der jeweiligen Sicht der Zielgruppe, und sie sind sehr stark davon abhängig, wie engagiert Betriebsräte oder Vertrauensleute auf Belegschaftsversammlungen, in Vertrauensstunden oder mit Flugblättern aufklären.

Eines ist bisher weder den sozialpolitischen noch den gewerkschaftlichen Experten gelungen: eine allgemein verständliche und zugleich alle Aspekte der Hartz-Gesetze umfassende Gegeninformation zu formulieren. Daran besteht immer noch Bedarf, denn erschreckend viele glauben, von Hartz nicht betroffen zu sein (Beschäftigte) oder dass es eh nicht mehr schlimmer werden kann (Erwerbslose und SozialhilfeempfängerInnen). Nach einem Vierteljahr Diskussion um die Hartz-Vorschläge drängt sich allerdings der Verdacht auf, dass frustrierend viele Lohnabhängige sich nur noch für sich selbst interessieren und in Fragen der Sozialpolitik ein Desinteresse bewusst pflegen. Vielleicht, um anschließend am Stammtisch noch besser und mehr schimpfen zu können.

Die Mühen der Ebene

Angesichts dieser Erschwernisse ist es ein Erfolg, dass es inzwischen gelungen ist, bundesweit Protesttage zu koordinieren und dies über alle Betroffenengruppen hinweg. Ähnlich der Struktur regionaler Sozialforen bilden sich immer mehr regionale Bündnisse gegen Hartz und werden vor Ort aktiv. Darüber hinaus hat sich aus den VertreterInnen dieser Bündnisse und weiterer Gruppierungen ein bundesweites Aktionsbündnis gegen die Hartz-Folgen gegründet. Auf Grund der unterschiedlichen Ziel- wie Betroffenengruppen ruft dieses Bündnis zu thematischen Protesttagen auf und verzichtet zunächst auf einen zentralen Aktionstag.

Der 29. Januar 2003 war der "Tag der Gewerkschaften". Per email oder vor Ort wurde gegen die Beteiligung der Gewerkschaften an diesem Sozialabbau und gegen die Absegnung von Niedriglöhnen in den Tarifverhandlungen mit der Zeitarbeitswirtschaft protestiert. Viele haben in Hannover - und bei späteren Verhandlungen in Frankfurt - am Verhandlungsort für Unruhe gesorgt. Der "Tag der Gewerkschaften" wird fortgeführt, solange die PSA-Tarifverhandlungen andauern.

Am 5. Februar 2003, dem traditionellen "St. Florianstag" der Verkündung der Erwerbslosenzahlen, war der "Tag der Erwerbslosen". Vor und in Arbeitsämtern wurde gegen die unzumutbare Behandlung erwerbsloser Menschen protestiert. Am 1. April 2003 - zur bundesweit flächendeckenden Einführung der PersonalServiceAgenturen - ist der "Tag der PSA". Das Thema dieses Protesttages sind der Zwang zur Leiharbeit, Lohndumping und Niedriglöhne. PSA-Gründungen in den verschiedenen Städten sollen aber auch durch Proteste begleitet werden.

Am 1. Juli 2003 ist schließlich der "Tag der SozialhilfeempfängerInnen" - ein vorläufiger Höhepunkt der Proteste. Erst nach den Erfahrungen mit Informationskampagnen und den dezentralen Protesttagen soll entschieden werden, ob die Bewegung stark genug ist für einen zentralen bundesweiten Protesttag. Es bleibt jeder/m selbst überlassen, sich in regionalen Bündnissen gegen Hartz, gegen Sozialabbau oder gar für soziale Grundrechte zu engagieren. Aber jede/r zählt!

Mag Wompel

(www.labournet.de)

Infos zu Aktionen und Protesten gegen Hartz:

http://www.labournet.de/diskussion/arbeit/realpolitik/modelle/hartz/

30. Eiertänze um das Bündnis für Arbeit

Autor: Georg Wißmeier · Rubrik: Sozialpolitik; DGB und Einzelgewerkschaften · CD-Datei: daten/aksuche/ak470/44.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:470:44

Den Gewerkschaften weht ein rauer Wind ins Gesicht. Der sozialdemokratische Wirtschafts- und Arbeitsminister lässt keine Möglichkeit verstreichen, mit feinen Nadelstichen oder festen Keulenschläge vermeintliche Besitzstände abhängig Beschäftigter in Frage zu stellen. Landsmannschaftlich unterstützt wird er dabei vom CDU-Fraktionsvize Merz - "wir sind beide aus dem Sauerland, das verbindet". Politik kann so einfach sein!

Dass ihnen ihr Beitrag zum rot-grünen Wahlsieg im letzten Herbst nicht gedankt wird, trifft die Gewerkschaften schmerzlich. Um Schröders Wiederwahl zu garantieren, hatten sie trotz interner Widerstände das Zaubermittel Hartz-Reform mitgetragen. Mal wieder galt es, "Schlimmeres zu verhindern". Das Ergebnis der Bundestagswahl schien die gewerkschaftliche Strategie zu bestätigen; manche gewerkschaftlichen Führungskräfte sahen sich schon aktiv an der Regierungspolitik beteiligt. In den Medien wurde kurzfristig das Bild vom "Kanzler der Gewerkschaften" gemalt. Im DGB wurde ernsthaft überlegt, ob Kampagnen gegen rotgrüne Reformplanungen (z. B. im Gesundheitsbereich) überhaupt noch notwendig seien oder ob nicht vielmehr der Schwerpunkt auf reine Lobby- und Beratungsarbeit gelegt werden sollte. Immer unter der Prämisse, das rot-grüne "kleinere Übel" zu schonen und den "Umbau" des Sozialstaats als notwendig zu akzeptieren - natürlich unter Vermeidung besonderer Härten für die eigene Klientel. Diese Politik entspricht auch der alltäglichen betrieblichen Gewerkschaftsarbeit. Nicht Konfrontation oder Gegenmacht, sondern das Schlimmste verhindern, lautet die Devise an der Basis und in den Spitzengremien. Nur punktuell werden in Bezirken und Betrieben mit Kampagnen oder konkreten Kampfmaßnahmen andere Akzente gesetzt.

Ein neuerliches Lehrstück ist das Gezerre um die Wiederauflage des Bündnisses für Arbeit. Es war kein geringerer als der DGB-Vorsitzende Michael Sommer, der Mitte Januar beim Kanzler eine Neuauflage verlangte - angesichts der "schmerzhaften" Erfahrungen der Gewerkschaften im letzten Bündnis für Arbeit eine erstaunliche Forderung. Als Gegenleistung für ihre "Zurückhaltung" in den Tarifrunden 2000/2001 war den Gewerkschaften die Schaffung neuer Arbeitsplätze versprochen worden. Dass deren reale Zahl gegen Null tendiert, musste auch der absolute Bündnisbefürworter Hubertus Schmoldt (Vorsitzender der IG BCE) eingestehen: "Die Arbeitgeber haben uns im Bündnis zugesagt, dass sie die durch niedrige Lohnabschlüsse entstehenden Spielräume für die Schaffung neuer Arbeitsplätze nutzen wollen. Diese Zusage haben sie bislang nicht eingehalten." (Handelsblatt, 6.7.2001)

Mitbestimmter Sozialabbau

Nun kommt also ein neuer gewerkschaftlicher Versuch, "Schlimmeres zu verhindern". Das Schlimme wird aus dem sozialdemokratischen Kanzleramt verlautbart: Absenkung der Lohnnebenkosten unter 40%, verbunden mit massiven Einschnitten bei Sozialleistungen und Gesundheitsversorgung, weitere Deregulierung bei Kündigungsschutz und Arbeitsrecht. Das Verhältnis "von Arbeitgebern und Arbeitnehmern" soll "auf eine neue Grundlage" gestellt werden, lässt der Kanzler wissen; er will den Flexibilisierungswünschen der Unternehmen noch weiter entgegen kommen. Um die Gewerkschaften ruhig zu stellen, werden sie mit ins Boot geholt: In ein Bündnis für Arbeit, das auf genau das hinausläuft, was DGB-Chef Sommer verhindern will - ein "Bündnis für Sozialabbau".

"Es ist Zeit für Klassenkampf. Es ist Zeit für den Kampf der Klasse der Veränderer und Reformierer gegen die Klasse jener, die in dieser Republik nur am Status Quo festhalten wollen, die nur an ihre abstruse Verteilungsgerechtigkeit denken ..." Klare Worte, die Thomas Knipp, Chefredakteur des Handelsblatt (13.1), gelassen niederschreibt. Klare Worte, wie man sie in der Gewerkschaftspresse nie, im gewerkschaftlichen Alltag nur selten findet.

"Nationale Kraftanstrengung"

Arbeitgeberpräsident Hundt hat den "Klassenkampf"-Gedanken in einen Sechs-Punkte-Katalog umgesetzt, der als Vorlage für die Bündnisgespräche dienen soll: Tarifabschlüsse unterhalb des gesamtwirtschaftlichen Produktivitätsanstiegs, weitere betriebliche Öffnungsklauseln für Abweichungen vom Tarifvertrag, Kündigungsschutz erst ab 20 Beschäftigten und drei Jahren Beschäftigungsdauer, Absenkung der

Sozialversicherungsbeiträge von derzeit rund 42 Prozent auf unter 40 Prozent. Als Gegenleistung verspricht Hundt die Erhöhung des Lehrstellenangebotes bzw. Übernahme und Finanzierung überbetrieblicher Ausbildungsplätze. Ein Katalog, der mit den Plänen der Bundesregierung gut in Übereinstimmung zu bringen ist, zumal wenn alles "ohne Tabus" diskutiert wird.

Allerdings war damit für die Gewerkschaften der Bogen überspannt. Die Vorsitzenden der beiden Großgewerkschaften, Bsirske (ver.di) und Zwickel (IG Metall), waren unter diesen Bedingungen nicht zu Bündnisgesprächen bereit. Dennoch sei die Tür noch nicht geschlossen, betonen insbesondere Michael Sommer (DGB) und Hubertus Schmoldt (IG BCE). Der Kanzler wird demnächst zu einem "gesamtwirtschaftlichen Dialog" laden, bei denen die Herren "ohne Tabus und ohne Tagesordnung" über die "nationalen Kraftanstrengungen" (Clement) reden werden.

Die Sprachregelung ist also gefunden. Die Gewerkschaften werden den Vorwurf des Blockierens und Verweigerns nicht auf sich sitzen lassen - der Sozialabbau wird "mitbestimmt" vorangehen. Mit einem Strategiewechsel der Gewerkschaften hat das vorläufige Scheitern des Bündnisses für Arbeit jedenfalls nichts zu tun. Die realen Bündnisse finden auf einer anderen Ebene statt. Was mit der Hartz-Kommission begonnen wurde, setzt sich mit der Rürup-Kommission fort: der "Umbau" der Gesellschaft zur Stärkung der unternehmerischen Konkurrenzfähigkeit auf dem globalen Markt.

"Es ist Zeit für Klassenkampf", schreibt das Handelsblatt, eine Zeitung, die in vielen Gewerkschaftsbüros gehalten wird. Wahrscheinlich hatte wieder niemand Zeit zum Lesen.

Georg Wißmeier

31. (Haar-)Risse im Putz. Nachrichten aus der Welt der bezahlten und unbezahlten Arbeit

Rubrik: Kapitalpolitik, Firmen · CD-Datei: daten/aksuche/ak470/41.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:470:41

Sklavenkarawane

Da sage noch eine/r, im Kapitalismus herrsche die (doppelt) freie Lohnarbeit. Weit gefehlt, wie ein Blick nach Indien etwa zeigt. Dort wurden im Februar in Samhal/Bundesstaat Uttar Pradesh ca. 70 ArbeiterInnen, darunter auch Kinder, aus einer Ziegelei befreit, die dort als Sklaven geschuftet hatten. Die Hilfsorganisation "Bachpan Bachaho" ("Rettet die Kindheit") hatte die Polizei auf den Sklavenhalter aufmerksam gemacht.

Nach Schätzungen von MenschenrechtlerInnen leben in Indien mehrere Millionen Menschen in Schuldknechtschaft. Ausgangspunkt ist in der Regel die Notlage einer Familie, die daraufhin Kredite aufnimmt und dafür die Arbeitskraft der Familienangehörigen verpfändet. Lohn, Zinsen und Abzüge sind allerdings so verrechnet, dass die Schuld nie abgetragen werden kann. Eine Praxis, die auch in Indien verboten ist.

(taz)

Continental illegal

Seit dem Dezember 2001 kämpfen 1.164 ArbeiterInnen aus Euzkadi im mexikanischen Bundesstaat Jalisco gegen den deutschen Reifenhersteller Continental. Damals hatte Continental das Werk in Euzkadi illegal geschlossen und die ArbeiterInnen entlassen. Juristisch und mit direkten Aktionen kämpfen die Continental-ArbeiterInnen seitdem für ihre Wiedereinstellung und die Auszahlung der ihnen vorenthaltenen Gehälter.

Mit der Werksschließung hatte Continental gegen das mexikanische Arbeitsrecht verstoßen, das an sich schon sehr unternehmerfreundlich ausgerichtet ist.

Inzwischen haben sich auch die Menschenrechtsorganisationen FIAN und Germanwatch in den Euzkadi-Continental-Fall eingeschaltet und sich in Petitionen direkt an Staatspräsident Fox gewandt. Der wiederum äußerte sich nach einem Treffen mit FIAN und Germanwatch dahingehend, dass "wir in diesem Fall sehr sorgfältig darauf achten (werden), dass die Arbeitsrechte respektiert werden". Was diese Ankündigung in der Praxis wert ist, wird die Zeit und der weitere Druck auf Regierung und Continental zeigen. Martín Wolpold-Bosien, Zentralamerika-Koordinator von FIAN, zeigte sich über die Fox-Äußerungen auf jeden Fall erfreut.

(www.labournet.de)

Feuer immer noch ungelöscht

Der Arbeitskampf der britischen Feuerwehrleute gegen die kommunalen Arbeitgeber und die Regierung Blair dauert an. Nachdem die Regierung wiederum in den Konflikt eingegriffen und eine bereits unterschriftsreife Lohnvereinbarung abgelehnt hatte, haben die Feuerwehrleute Ende Januar und im Februar wiederum an mehreren Tagen gestreikt. Immer deutlicher zeigt sich, dass es bei diesem Konflikt nicht nur um einen Lohnkampf geht, sondern auch um Rationalisierungen und Privatisierungen.

Die Feuerwehrleute haben die Beschäftigten anderer Branchen dazu aufgerufen, für die Streiktage besondere Risikozuschläge und Schutzmaßnahmen zu fordern und so den Streik zu unterstützen. Zumindest in Teilen Londons organisiert der Gewerkschaftsdachverband TUC Unterstützungskampagnen durch andere Gewerkschaften und die lokalen Communities.

(www.labournet.net)

Bezirksrassismus

Mitte Dezember 2002 hat der Londoner Bezirk Hackney drei aktive GewerkschafterInnen entlassen und die Entlassung eines weiteren eingeleitet. Gegen alle wird der Vorwurf erhoben, den Betriebsfrieden massiv gestört zu haben. Ihr "Verbrechen" besteht darin, dass sie für die Erstellung und vorzeitige Verbreitung eines

Berichts verantwortlich gemacht werden, in dem der Bezirksverwaltung massiv rassistisches Verhalten vorgeworfen wird. Der Bericht, der in seiner endgültigen Form der Antidiskriminierungskommission Commission for Racial Equality (CRE) zugeleitet werden sollte, fordert strengere Antidiskriminierungsauflagen gegenüber der Bezirksverwaltung.

Die Gewerkschaft hatte den Bericht vorab an den Arbeitgeber weitergeleitet, um diesem die Möglichkeit einer Stellungnahme einzuräumen. Nun wird daraus den KollegInnen ein Strick gedreht. Hackney ist der einzige Arbeitgeber in ganz Britannien, dem das zweite Mal Antidiskriminierungsauflagen gemacht werden. Das erste Mal kam der Bezirk im Dezember 2000 ins Gerede, als die Gewerkschaft Unison nach Konsultationen mit ihrer Black Members Group über rassistisches Verhalten innerhalb der Verwaltung berichtet hatte. Nunmehr ist der Bezirk offensichtlich bestrebt, Kritik und Beschwerden über institutionellen Rassismus einschließlich rassistischer Verhaltensweisen von Vorgesetzten dadurch zum Schweigen zu bringen, dass aktive GewerkschafterInnen mundtot gemacht werden.

(www.labournet.net)

Kultursyndikalisten

Lust auf moderne Arbeitsplätze in einer modernen Dienstleistungsbranche? Wie wär's mit dem Kultur- und Medienbereich? Etwa als KartenabreißerIn oder Popcorn-VerkäuferIn in einem Multiplex-Kino? Dass die Arbeitsbedingungen dort nicht so berauschend sind, wie das klangvolle Wort "Kultur- und Medienbranche" suggeriert, ist spätestens seit den Kino-Streiks im letzten und vorletzten Jahr bekannt. Nun hat sich in Berlin ein "Kultursyndikat" gegründet. Ein Zusammenschluss von ArbeiterInnen, die im Kultur- und Medienbereich ihr Geld verdienen "vom Kartenabreißer bis zur Autorin, vom Scheinselbstständigen über die Jobberin bis zum Erwerbslosen". Ziel der Organisierung ist der Aufbau einer selbst organisierten gewerkschaftlichen Alternative.

Zu tun gibt es genug: Einer Theaterkartenverkäuferin wurde der Lohn für einen Kurzzeitjob länger als ein Jahr vorenthalten. Nach einem Brief des Kultursyndikats an den Chef wurde das Geld überwiesen. Die taz hat einem Übersetzer das Honorar für einen übersetzten Artikel nicht bezahlt. Die Bürobesetzung beim Chefredakteur wirkte da Wunder. Zur Zeit arbeitet das Syndikat an einem Fragebogen zu den Arbeitsbedingungen bei den Berliner Kinos - den großen wie den kleineren Programmkinos. Kontakt: 030/42089738; ksy-b@fau.org

(www.labournet.de)

Privatisierung

Alle reden von der Privatisierung der Krankenhäuser, da legen diese bereits los. Das Universitätsklinikum Eppendorf (UKE) in Hamburg gehört noch dem Staat, untersteht der Hamburger Wissenschaftsbehörde. Das hindert das Klinikmanagement nicht daran, schon mal kräftig outzusourcen. Der gesamte Dienstleistungsbereich, 600 Beschäftigte - vor allem aus dem technischen Bereich - , sollen ausgegliedert werden, in neu gegründete private GmbHs. Sollten die Beschäftigten auf die Idee kommen, gegen diese Pläne Widerstand zu organisieren, droht die Geschäftsleitung schon mal mit Kündigung.

Acht Bereiche sollen ausgegliedert werden: die Wäscherei, der Reinigungsdienst, die Krankentransporte, der Fuhrpark, die medizinisch-technische Abteilung, Technik, Bauabteilung und der zentrale Einkauf. Auch aus dem Herzzentrum und dem Institut für Humangenetik sollen eigenständige Gesellschaften werden.

Noch heißt es von Seiten der Geschäftsführung, für die Beschäftigten solle es eine "dynamische Besitzstandswahrung" geben. Doch es wird kein Hehl daraus gemacht, dass die verselbstständigten Bereiche mittelfristig aus dem Gültigkeitsbereich des BAT herausgenommen werden sollen. "Es sollen die jeweiligen Branchentarife angewandt werden", heißt es. Damit spart das UKE immerhin 15 Mio EUR an Personalkosten.

Die Gewerkschaft ver.di redet vollmundig von "Kampfansage" und davon, dass sich "die Beschäftigten nicht eiskalt aufs Abstellgleis schieben (lassen)". Doch viel mehr als Schall und Rauch ist das nicht: Weder hat ver.di prinzipiell etwas gegen Outsourcing noch etwas gegen Privatisierung. So wendet sich die Gewerkschaft in einer Initiative für ein Volksbegehren auch nicht gegen die Privatisierung des Landesbetriebes Krankenhäuser, solange der Hamburger Senat Anteilseigner bleibt.

(taz-Hamburg)

Pizza gleich Burger

Nach dem weltweiten Aktionstag gegen McDonalds gerät jetzt die Fast-Food-Kette "Pizza Hut" in die Schusslinie von Protesten. Am 10. Januar haben Pizza-Hut-Beschäftigte zwei Filialen des Konzerns in Athen besetzt. Grund war die Kündigung von vier KollegInnen, die aktive Gewerkschaftsarbeit gemacht hatten. Inzwischen will die Geschäftsleitung den Streik als illegal verbieten lassen. "Die Arbeit in solchen Multis ist so ungesund wie das Essen, das sie anbieten. Statt dem Kampf gegen die abstrakte Globalisierung konkrete alltägliche Kämpfe gegen die lokalen Erscheinungen vom Kapitalismus!"

(www.labournet.de)

Sozi-Klagen

Ende Januar haben Hamburger SozialhilfeempfängerInnen die Freie und Hansestadt und ihre Sozialverwaltung wegen Verletzung der Menschenrechte verklagt - nicht etwa vor einem Hamburger Gericht, sondern in New York. Vorbild für diese ungewöhnliche Aktion waren die Klagen ehemaliger ZwangsarbeiterInnen vor amerikanischen Gerichten - und deren relativer Erfolg. Nach amerikanischer Rechtsauffassung sind Klagen gegen Menschenrechtsverletzungen generell vor amerikanischen Gerichten zulässig, egal wo auf der Welt sie begangen worden sind. Und dass in den Büros bundesdeutscher Sozialämter täglich gegen deutsches Sozialrecht und Menschenrechte verstoßen wird, ist deutlich belegt. Die Betroffenen beklagen die alltägliche Verletzung ihrer Menschenwürde durch schikanöses Verhalten und willkürliche Vorenthaltung von Leistungen. Normalerweise ist die alltägliche Ämterpraxis den bürgerlichen Medien kaum eine Zeile der Berichterstattung wert. Anders in diesem Fall: Alle Hamburger Lokalzeitung berichteten ausführlich über die ungewöhnliche Aktion.

(Hamburger Abendblatt, Morgenpost, taz-Hamburg)

32. Bambule für die Ohren. Die politischen Möglichkeiten der Konzertreihe wurden nicht genutzt

Autor: DSe · Rubrik: Aktionen / Veranstaltungen; Musik · CD-Datei: daten/aksuche/ak470/42.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:470:42

Neun Konzerte in nur zwölf Tagen; allesamt unter dem Titel "Regierung stürzen - let the music play"; mit Bands, die nicht nur in der linken Szene Rang und Namen haben: Tocotronic, Fettes Brot, Bela B., Patrice, Bernadette Hengst, Silly Walks Movement, Kettcar, Kante, Mia und andere. Auf den Bühnen zwischen Flora, Fabrik und Phonodrom gab es vom 21. Januar bis zum 1. Februar ein klares Statement gegen den Rechtspopulismus des Hamburger Senats.

Die Auseinandersetzung um die Vertreibung der BauwagenbewohnerInnen von Bambule mobilisiert nicht nur politische AkteurInnen und scheuchte im Dezember sogar die Gewerkschaften auf. Auch in den Kreisen der Hamburger Kulturschaffenden schaukelte sich der Unmut und die Ablehnung gegen den CDU-Schill-Senat in den letzten Monaten immer mehr hoch. Nicht nur weil auch zahlreiche Kulturprojekte unter der massiven Sparpolitik leiden oder wie das Frauenmusikzentrum gleich ganz platt gemacht werden sollen. Auch Hamburger KünstlerInnen wollten die gewaltsam durchgeführten Brechmitteleinsätze gegen vermeintliche Dealer - vorwiegend schwarzer Hautfarbe -, die wachsende Diskriminierung und Kriminalisierung von SozialhilfeempfängerInnen, BettlerInnen, Flüchtlingen und eine gnadenlose Sparpolitik bei den Frauenprojekten nicht mehr länger hinnehmen. Bambule brachte auch hier das Fass zum Überlaufen.

Der Sänger von Kettcar, Marcus Wiebusch, und einige Flora-AktivistInnen stellten eine auch für Hamburger Verhältnisse herausragende KünstlerInnendemonstration auf die Beine. Der Titel des aktuellen Kettcar-Albums Du und wieviel von deinen Freunden könnte geradezu als sinnstiftend angesehen werden: Bei vielen Konzerten mussten viele FreundInnen wegen gnadenloser Überfüllung vor der Tür bleiben. Kulturpolitisch ein überaus gelungenes Mega-Event, das in nur fünf Wochen aus dem Hut gezaubert wurde. Auch ökonomisch dürften die Benefizkonzerte als voller Erfolg gewertet werden. Bambule, die Kampagne gegen Brechmitteleinsätze, das Cafe Exil, der Buttclub und ein Projekt der Mädchenarbeit in St.Pauli dürfen sich über einen warmen Geldregen für die weitere Arbeit freuen.

Angesichts dieser beeindruckenden Initiative muss es verwundern, dass es zu keiner weiteren politischen Mobilisierung gekommen ist. Obwohl die politischen Initiativen und die Bambule-AktivistInnen über die Planungen für die Konzertreihe informiert waren, entstanden im Umfeld der Konzerte keine Aktivitäten auf der Straße. Dabei hätten vor allem auch Jugendliche angesprochen und mobilisiert werden können, die die Konzerte erst mal "nur" wegen der Bands besuchten. Doch die AkteurInnen einer personell ausgedünnten radikalen Linken hatten offenbar nicht die Kraft, an die Dezember-Aktivitäten anzuknüpfen. Auch scheiterte der Versuch der VeranstalterInnen von Let the music play zumindest im Anschluss an das letzte Konzert noch eine Demo auf die Beine zu stellen und damit den Widerstand gegen Schwarz-Schill aus den Konzerthallen wieder auf die Straße zu bringen.

Sicherlich haben die Bambule-Ereignisse der letzten Monate viel Energie gekostet. Dennoch stellt sich die Frage, wie es möglich war, dass das politische AktivistInnen-Umfeld das Potenzial der Konzertreihe nicht genutzt hat. Stattdessen wurde sich vor allem auf die (sicherlich auch notwendigen) internen Diskussionen und Klärungen konzentriert. Wenn man aber die eigene Parole "Die Regierung stürzen" ernst nimmt, dann sollten derartige Chancen, kulturellen Aktivitäten in einen politischen Widerstand einzubinden und miteinander zu verzahnen, besser nicht verbaselt werden.

DSe, rock-links.de

CD-Tipps: Kettcar, Du und wieviel von deinen Freunden, www.kettcar.net. Außerdem erscheint in den nächsten Tagen die Anti-Schill-Single von Fettes Brot und Bela B.: Tanzverbot. Infos auf www.nadir.org/lethemusicplay

33. Bagdad Blues/Instrumenteller Treibsand. CD-Besprechungen

Autor: DSe · Rubrik: Musik · CD-Datei: daten/aksuche/ak470/24.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:470:24

Spätestens seit Einstein wissen wir, dass Zeit nicht immer linear verläuft und die Schwerkraft hier zu erstaunlichen Verformungen führen kann. Nicht immer braucht es dazu Schwarze Löcher, manchmal reicht auch schon ein wenig Musik. Halma heißt eine Band aus Hamburg, die mit ihren instrumentellen Sound dafür sorgt, dass die Uhren langsamer gehen - Entschleunigung ist angesagt.

Schon die Songtitel des neuen Albums Minifield wecken Assoziationen von Ruhe und Entspannung. Treibsand, Mulde, Little Banks oder Windschleier heißen die und lassen Bilder karger Landschaften entstehen, die Blicke freigeben. So auch die Musik. Für heutige Zeiten mehr als ungewöhnlich, dass gleich mehrere der auf dem Album enthaltenen Songs über neun Minuten lang sind. "Ambient-Country_ instrumental_elektronic_low-down" nennen Halma das. Auf Gesang verzichtet die Band komplett. Die Instrumentierung besteht aus einem mit viel Besen von Fiona McKenzie gerührtem Schlagzeug, einem sehr gelassenem Bass und neben Synthesizer und Sampler (Anna Bertermann) zwei Gitarren, deren Töne und Akkorde derart erdig klingen, dass man fast in ihnen versinkt: Wie im Treibsand...

"Minifield ist die Anatomie einer Zeitlupe, instrumental, reduktionistisch und wohl überlegt" schreibt Julian Weber in der Szene-Hamburg: Sucht man Vorbilder für diese Musik, könnte man auf Bands wie Ammon Düül oder auch Can aus den 70er Jahren stoßen. Aktuellere Beispiele dürften Bands wie Calexio (die gerade selber ein neues Album veröffentlicht haben) und die aus Chicago stammenden Tortoise sein, die auch gern mit Begriffen wie Post- und Desert-Rock belegt werden. Etwas trivialer könnte man das auch als Kiffer-Musik mit experimentellen Einschlägen bezeichnen. Empfehlenswert für alle, die mal richtig aus dem hektischen Alltag wegtauchen wollen.

Dass Halma bislang keine Plattenfirma gefunden hat, liegt fast schon auf der Hand. Wie schon ihr erstes Album Container verloren und versunken (2000) ist auch Minifield in eigener Regie entstanden. Zumindest gibt es nun einen Vertrieb: Die Platte ist über www.glitterhouse zu beziehen.

DSe

Record-Release-Party am 26. Februar in Hamburg, Tanzhalle St. Pauli, ab 21 Uhr, www.halmamusic.com

Bagdad Blues

Gemeinsam mit den Schauspielern Peter Lohmeyer (Gesang) und Ulrich Tukur (Akkordeon) hat Fink gerade einen Anti-Kriegs-Song herausgebracht. Die öffentliche Premiere der Single mit dem Titel Bagdad-Blues (ein anderes Lied) gab es jüngst in der Halbzeitpause im St.Pauli-Stadion beim siegreichen Heimspiel gegen Lübeck. Auf einem gnadenlosen Country mit Geige, Quetsche und Banjo schunkelt Lohmeyer gegen Bush und Kriegspläne. Eine Mischung aus Spott- und Protestlied. Das Ding ist zwar nicht gerade klasse, wird von den Beteiligten auch als "Schnapsidee" bezeichnet, dafür aber gehen sämtliche Erlöse aus dem Verkauf der Single an die Hilfs- und Menschenrechtsorganisation medico international.

DSe

Bagdad Blues kann über www.indigo.de bestellt werden.

34. Country made in Dithmarschen. Die Hamburger Band Cow bietet romantifizierende Rebellion

Autor: DSe · Rubrik: Musik · CD-Datei: daten/aksuche/ak470/20.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:470:20

Will man auf eine Band wie Cow neugierig machen, dann sollte man tunlichst vermeiden, gleich zu sagen, was die für Musik macht. Besser ist es sicherlich, erstmal die Bands zu erwähnen, bei denen die Cow-Beteiligten sonst aktiv waren und sind. Als das wären: Die Goldenen Zitronen. Die Sterne. Die Braut haut ins Auge. Fink. Und was diese Runde bekannter VertreterInnen der Hamburger Schule unter dem Namen Cow von sich geben, nennt sich Country.

Vermutlich nur in dieser Reihenfolge lassen sich sattsam bekannte Urteile über Countrymusik ein wenig zurückdrängen und eine gewisse Bereitschaft entstehen, sich mit dem Album Feeding Time zu befassen. Initiiert ist das Projekt Cow von der Frontfrau Peta Devlin, die auch für die meisten Texte verantwortlich zeichnet und an der Seite von Bernadette Hengst in den 90ern mit Die Braut haut ins Auge unterwegs war. 1997 spielte sie mit Ecki Heins (Gastmusiker u.a. bei Fink) und Thomas Wenzel (Goldies, Sterne) einige Songs für den Sampler 13 Golden Kantrie Greats ein. Zu Cow wuchs das dann 1999 zusammen, als Thomas Buttenweg (Incredible Sinalco Bums) dazustieß. Die erste Platte erschien dann im Eigenverlag. Für Feeding Time zogen die vier für zwei Wochen auf einen Bauerhof im schleswig-holsteinischen Dithmarschen ein. Dadurch entstand auch der Titel des Albums, denn die Band war für das Füttern der Tiere auf dem Hof verantwortlich.

Auch Country ist bekanntlich ein weites Feld und reicht mindestens von Emmylou Harris bis zu der grausamsten Variante called Truckstop. Zur ersten Sorte zählen auf Feeding Time sicherlich Songs wie Travelling the long road home oder Alone in a crowd. Was Peta Devlin hier gesanglich vorträgt, zupft am Herz - so viel Schönheit gepaart mit Melancholie und Kraft. Der in Köln lebende und ab und an mit Cow gemeinsam auf der Bühne stehende Countrysänger Hank McCoy hat völlig Recht, wenn er behauptet, Peta Devlin habe eine derart "sanfte Stimme, die einer Statue die Ohren abblasen" könne. Mit Mandolinen, Geigen und Pedal-Steel-Gitarren lässt Cow einen Sound entstehen, bei dem man sich eigentlich gar nicht vorstellen kann, das er nicht original Made in USA ist.

Trost in einsamen Stunden

Natürlich schwingt in fast allen Songs ein Hauch von Einsamkeit (But her eyes, Household full of strangers), Scheitern (Under our spell), Verlust (Tough Times) und Verzweiflung (Will the circle be unbroken - eigentlich kein Country, sondern ein original britisch Traditional). Manchmal ist das ein wenig ironisch, häufig romantisch verklärt. Und es wäre kein Country, wenn nicht immer auch eine Biege drin wäre, die sagt: aufstehen, weitermachen.

Man muss schon ein besonderes Verhältnis zur Country-Musik haben, wenn man in Deutschland im allgemeinen und mit der Hamburger Schule und Poplinken im Rücken im besonderen darauf kommt, ein solches Album vorzulegen. Für Peta Devlin macht Country eine "gewisse Haltung" aus, die ihr wichtig ist: "Es hat natürlich mit der Geschichte zu tun - arme Leute, die kämpfen mussten, nur um jeden Tag zu überleben, unterdrückt von finanziellen, sozialen und politischen Nachteilen, die aber in der Lage waren, aus ihrem Leid eine Stärke zu beziehen. Das höre ich immer so raus - die Fähigkeit, immer wieder aufzustehen und mit Humor, Ironie einiges zu überwinden." Oder auch nur "einfach für eine Weile zu übertönen" (Zitate aus Intro). Damit bezeichnet Devlin eine Strömung im Country, die zwar nie zum Mainstream gehörte, aber durchaus eine wichtige Strömung ist.

Das kann man vielleicht auch rebellisch nennen. Doch auch hier finden sich stark romantifizierende Betrachtungs- und Spielweisen. Diesen Country kann man bezeichnen als die Musik kleiner Leute, die mit der Musik einen Ausdruck gefunden haben, mit den als schicksalhaft erlebten Verhältnissen individuell um- und nicht unterzugehen. Etwa hier dürfte auch der Unterschied zur Folkmusik liegen, in der schon eher mal gesellschaftliche und kollektive Belange angegangen werden.

Gut - so ist das. Aber wer kennt sie nicht, die Tage oder Stunden, in denen man ganz allein auf der Welt ist, unverstanden und umgeben von Ungerechtigkeit ... Feeding Time.

DSe, www.rock-links.de

Cow, Feeding Time, www.trikont.de

35. Exponierte Visionen. Die Retrospektive der Medienkünstlerin VALIE EXPORT

Autor: Nicole Vrenegor · Rubrik: Kultur · CD-Datei: daten/aksuche/ak470/14.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:470:14

Der in Versalien geschriebene, durch eine Ellipse gerahmte Name VALIE EXPORT ist ein Logo, das das Herz vieler PR-StrategInnen höher schlagen lässt, erfüllt es doch alle Eigenschaften, die einen gelungenen Markennamen ausmachen: International und dennoch für heimische Dialekte aussprechbar, geheimnisvoll und gleichzeitig einprägsam. 1967 entwickelte die Österreicherin Waltraud Höllinger für sich den Produktnamen VALERIE EXPORT und schuf damit eine Figur, die in sich bereits das Spannungsverhältnis von Kunst und Kommerz, von weiblicher Aneignung und Objektstatus repräsentiert.

Bereits in ihren frühen Arbeiten thematisiert die bekennende Feministin EXPORT die Brüchigkeit von Identität und dies zu einem Zeitpunkt als die zweite Frauenbewegung vorrangig für eine Aneignung des Subjektstatus und nicht für dessen Dekonstruktion kämpft. EXPORT ist Pionierin einer feministischen Aktions- und Medienkunst, bekannt wurde sie in den 60er Jahren im Kontext des Wiener Aktionismus und der Wiener Gruppe. Die Neue Gesellschaft für Bildende Kunst (NGBK) hat in Kooperation mit der Akademie der Künste eine umfassende Ausstellung der bedeutenden österreichischen Künstlerin zusammengestellt, die noch bis zum 9. März in Berlin zu sehen ist. Der Titel der Ausstellung "Mediale Anagramme" bezieht sich auf das gleichnamige von der Künstlerin 1990 verfasste Manifest, in dem EXPORT die Prämissen und Vorgehensweisen ihrer Arbeit darstellt. Zentral für ihre Arbeit ist die Auseinandersetzung mit medialen Botschaften und Erwartungen. In ihrer Kunst geht es ihr darum, gängige Repräsentationsmuster zu zerlegen und neu zu arrangieren, um so die Konstruiertheit gesellschaftlicher Realität offen zu legen.

Ein Beispiel für diese Technik der Dekontextualisierung ist die zwischen 1972 und 82 entstandene Fotoreihe "Körperkonfigurationen": Mal sieht man die Künstlerin, wie sie sich an eine Hausecke schmiegt oder wie sie ihren Körper verrenkt, damit er mit einer Treppe korrespondiert; Auf einem anderen Foto krümmt sie sich, um als Ornament die vorgegebene Architektur zu ergänzen oder legt sich in eine Ackerfurche. Die in die Fotos reingemalten Tuschestriche betonen das jeweilige Verhältnis zwischen der Geometrie des Körpers und der Umgebung. Die Fotos erhalten so den Charakter einer Architekturskizze. In den unterschiedlichen Versuchen eins zu werden mit der Umgebung bzw. sich in Ergänzung oder in Opposition zu dieser in Wert zu setzen, zeigt EXPORT eindrucksvoll die weibliche Suche nach einem Platz im System. Die Titel der einzelnen Fotos, wie "Verletzung", "Zuhockung", "Einkreisung", "Zwiespalt" oder "Einschluss" geben Aufschluss über die schmerzhaften Stationen dieser Identitätsfindung.

Berühmt geworden ist EXPORT aber vor allem durch Straßenaktionen, wie das "Tapp- und Tastkino" (1968), als sie sich eine nach vorne offene Kiste um den Oberkörper geschnallt hatte mit der Aufforderung an die PassantInnen, ihre Brüste zu befühlen. Für Furore sorgte auch die Performance, in der EXPORT ihren damaligen Partner Peter Weibel an einer Hundeleine auf allen vieren kriechend durch Wien spazieren führte. Diese als extrem provokant empfundenen Aktionen ließen sie in kürzester Zeit nicht nur in Österreich zu einer verhassten Person werden. Als "unverschämtes Weib", "Luder" oder "Hure" beschimpft wurde EXPORT unterstützt von der heimischen Presse zur Persona non grata deklariert, Belästigungen und Todesdrohungen inklusive. Was das Wiener Spießertum damals so aus dem Konzept brachte war nicht nur die Tatsache, dass EXPORT die Normen, wie sich eine anständige Frau zu benehmen hatte, durchbrach. Die besondere Provokation lag vor allem in der implizit oder explizit geäußerten Aufforderung zur Interaktion. So geben die Filmaufnahmen der Männer, die das Tastkino benutzen und nach den Brüsten greifen (bzw. vortäuschen es zu tun, denn wer weiß was in der black box wirklich vorgeht?) den Blick auf eine äußerst fragile Männlichkeit frei; Wo Aktivität und Eroberung identitätsstiftende Insignien darstellen, verwandeln sich hegemoniale Formen von Voyeurismus, wie sie in dunklen Pornoschuppen gesellschaftlich akzeptiert sind, bei Tageslicht zu unsicheren Gesten.

Suche nach Identität/en

Auch ist die Frage nach dem Subjekt bzw. Objekt der Performance nicht eindeutig zu beantworten, da das gängige Geschlechter-Koordinatennetz von aktiv/passiv nicht greift. Die daraus entstehenden Spannungen zwischen der Künstlerin und dem Publikum lassen sich heute mit der zeitlichen Distanz von über 30 Jahren nur

schwer erahnen. Im Gegensatz zu den Fotoarbeiten EXPORTs bleiben die in der Ausstellung gezeigten Performances auffällig blass. Die Aktionen in denen EXPORT Schmerz und weibliche Identitätsfindung thematisiert, indem sie sich beispielsweise nackt über Glasscherben wälzt, mit Wachs übergießt oder sich ein Strumpfband als "Zeichen einer vergangenen Versklavung" auf den Oberschenkel tätowieren lässt, können in Zeiten, in denen per TV Superstars gesucht und Images konsequent medial produziert werden, nicht mehr schockieren. So hat die Generation der 68er zu Genüge gezeigt, wie sich radikale Impulse absorbieren und marktkonform kanalisieren lassen.

Dies ist sicherlich auch ein Grund für das Ende der Aktionskunst im klassischen Sinne. Auf die Frage, wie man heute provozieren könne, antwortet EXPORT denn auch lapidar: "Die Gesellschaft ist wie ein langes, dehnbares Gummiband." Ihre eigene künstlerische Tätigkeit erschöpft sich nicht - und das zeigt die Berliner Ausstellung - in der Aktionskunst mit der sie berühmt wurde. Konsequent dekonstruiert sie in ihren Texten, Filmen, Installationen und Fotografien die Auswirkung neuer Technologien und zeigt den Einfluss der Medien auf das alltägliche Leben. Dabei verzichtet die heute über 60-Jährige aber nicht - wie so viele andere ihrer Generation - auf politische Intervention: "Eins der wichtigsten Momente von Kunst besteht darin", so EXPORT, "gesellschaftskritische Visionen zu schaffen." Verblüffend, ja fast provozierend an der Werkschau "Mediale Anagramme" ist, dass die Künstlerin Themen, wie die Konstruktion von Geschlecht oder die mediale Inszenierung von Subjektivität, die aus dem feministischen und dem Kunst-Diskurs der 90er Jahre nicht mehr wegzudenken sind, bereits Ende der 60er, Anfang der 70er Jahre aufgreift.

Nicole Vrenegor

Die Ausstellung "Mediale Anagramme" ist noch bis zum 9. März in der Berliner Akademie der Künste; Hanseatenweg 10 zu sehen (dienstags bis sonntags 11 bis 20 Uhr)

36. Unser Mordor. Mutmaßungen zu Mittelerde, Helden und Linken

Mutmaßungen über Mittelerde, Helden und die Linke

Autor: dk · Rubrik: Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak470/02.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:470:02

"Kommst du auch mit?" "Super, ich bestell dann mal zehn Karten". "Und dass wir ja pünktlich sind, ich will den auf keinen Fall verpassen." "Kauf du dann schon mal Bier und Popcorn". Szenen der Aufregung und der quasi kindlich-vorweihnachtlichen Freude auf einen kollektiven Kino-Gang in einem linken bis linksradikalen Wohnprojekt. Objekt der Begierde: "Der Herr der Ringe, Teil II - Die zwei Türme"

Vier Stunden später, in der Kneipe: "Ich find' ja immer Legolas am tollsten". "Aber im Buch kommen die Elben nicht nach Helm's Klamm". "Wie war das jetzt: Bleibt Arwen bei Aragorn, oder nicht?" "Na ja, ein bisschen viel Schlachtengetümmel, aber geil gemacht." "Wie hieß nochmal der Bruder von Boromir?" usw.usw. Und so wird bestätigt, was eigentlich seit einem Jahr, seit der Premiere von "Herr der Ringe I - Die Gefährten" bekannt war: Erstaunlich viele Linke haben die Ringe-Trilogie gelesen, oft mehrmals, manchmal gar verschlungen. Den ersten Teil der Film-Version haben auch (fast) alle gesehen. Der (kollektive) Spaßfaktor ist enorm, und hoffentlich sind die 12 Monate bis zum dritten Teil bald um (aber man kann ihn sich ja schon mal aus dem Internet runterladen.)

Linke KinogängerInnen sind manchmal phänomenal. Wo sie Bücher und Zeitungsartikel hyperkritisch analysieren, sezieren und vernichtende Urteile fällen, erheben sie Filme zum Kultstatus, die bei nüchterner Betrachtung oft genug ausgesprochen reaktionär daher kommen. "Herr der Ringe II - Die zwei Türme" ist in der Beziehung wie die Buchvorlage: Eine Märchenwelt, in der es nur Schwarz und Weiß gibt. Eine Geschichte, in der Gut und Böse in einem immer währenden Schicksalskampf um die Geschicke der Erde und der Menschheit verstrickt sind. Die Figuren sind klar stilisiert wie aus einem Karl May-Roman: Aragorn, der Königssohn und Anführer, klug, stark und schön gleichermaßen, der Old Shatterhand von Mittelerde. Legolas, der Elb, schweigsam, anmutig, der edle Wilde, Winnetou (in der Gestalt von Pierre Brice). Gimli der Zwerg, das herzige Raubein, Trottel und Spaßvogel, der Sam Hawkins der Truppe.

Wie das Buch auch ist der Film eine Geschichte männlicher Helden. Es gibt nur zwei nennenswerte eigenständige Frauengestalten: Arwen, die Geliebte Aragorns, deren Rolle sich im zweiten Teil aber auf die eines weichgezeichneten Traumbildes beschränkt, und Eowen, die Königstochter von Rohan, die so gerne zum Bund und in den Krieg will, aber nicht darf (und deswegen auch sterben wird). Ansonsten sind Frauen vor allem namenlose Mütter. Neben den sexistischen reproduziert der Film auch die rassistischen Klischees des Buches: Denn Mordor tut sich mit den "wilden Südländern" zusammen, die als eine Mischung von Tuaregs, Indern und Arabern auf Elefanten durch den Dschungel Mittelerdes toben, mordend und brandschatzend selbstverständlich. Noch übertriebener als das Buch streut der Film jede Menge Auferstehungs- und Erlösermystik ein, wenn der gute Zauberer Gandalf ein ums andere Mal von den Toten zurückkehrt und sich dabei zu "Gandalf dem Weißen" wandelt. So erscheint er seinen Jüngern als gleißende Lichtgestalt, vor der sie ehrfürchtig die Knie beugen und wissen: Alles wird gut. Lediglich der fischige Gollum durchbricht die klare binäre Konstruktion von Story und Figuren. Bei ihm geht der Kampf zwischen Gut und Böse mitten durch die Person, eine darstellerische Aufgabe, die in dem Film durchaus gut gelöst wird (was dem computeranimierten Schleimbeutel gleich eine Oscar-Nominierung einbrachte).

Was treibt auch intelligente und linke ZuschauerInnen in so einen Film? Was erklärt die Zurückhaltung gegenüber offenkundig reaktionärem Müll? Mehrere Antworten bieten sich an. Zum einen ist der Film einfach besser als vergleichbare Konstruktionen aus dem Fantasy-Bereich (etwa die "Star Wars"-Episoden). Die bisherigen Folgen der Ring-Trilogie sind hervorragend fotografiert. Allein durch seine gewaltigen Bilder gewinnt der Film eine Dichte und Intensität, die schon atemberaubend ist (Mit einigem Recht hat der Rezensent der taz Neuseeland auch als den eigentlichen Hauptdarsteller ausgemacht). Die Schnitte und der letzte Schrei der Tricktechnik tun ein übriges, um dem "Herrn der Ringe" eine teilweise fesselnde Dynamik zu verschaffen. Die dreieinhalb Stunden vergehen auf jeden Fall wie im Flug. An keiner Stelle wird es in irgendeiner Weise langatmig.

Es deutet einiges darauf hin, dass es das spezifische Medium Film ist, das hier seine Macht entfaltet: Während Texte weitgehend einsam und nur intellektuell vermittelt rezipiert werden, bietet der Film das Faszinosum des bewegten Bildes, des bequemen Konsums und eben manchmal auch des kollektiven Erlebnisses.
Kino-Abende sind in erster Linie sinnliche Erlebnisse, Filme wirken nicht nur über die Ansprache an die (kritische) Rationalität. Ansonsten ist es schwer zu erklären, wie zutiefst hierarchische und reaktionäre Bilder wie die eines erlösenden Heilsbringers auf so wenig kritische Distanz stoßen. Es ist ja nicht nur der "Herr der Ringe", der damit operiert, sondern z.B. auch ein postmoderner Kultfilm wie "Die Matrix".

Die Popularität des "Herrn der Ringe", sowohl des Buches wie des Films, rührt aber wohl auch daher, dass er Sehnsüchte anspricht, von denen auch kritische Linke nicht frei sind: Auch Linke hätten die Welt gerne etwas überschaubarer, mit klaren Fronten zwischen Freund und Feind, schwarz und weiß. Und kämpfen wir nicht auch seit Menschengedenken gegen das anonyme Böse? Ist nicht "das Kapital" unser Mordor? Ein Blick in die linke Geschichtsschreibung zeigt darüber hinaus nicht nur einen permanenten Titanenkampf um "Sozialismus oder Barbarei". Es wimmelt auch von strahlenden (oder tragischen) Heldinnen und Helden, die oft genug weniger Gegenstand kritischer Solidarität, sondern eher plumpe Identifikationsfläche waren und sind.
Sicherlich wird der "Herr der Ringe" von kritischen Geistern niemals in den Status eines Kultfilms gehoben werden. Aber war da nicht so ein Zucken? So ein Griff zu einem imaginären Bogen, ähnlich wie damals, als wir jede Bonanza-Folge unmittelbar danach auf der Straße nachgespielt haben? Aber diesmal bin ich der Legolas.

dk

37. Der Geist von Stalingrad. Geschichtspolitik für neue deutsche Siege

Autor: Js. · Rubrik: Zeitgeschichte; Geschichte des Faschismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak470/06.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:470:06

Stalingrad auf allen Kanälen. 60 Jahre nach dem "deutschen Drama" (Spiegel-TV) sind die Medien fest in der Hand der Besiegten von damals: Veteranen berichten über das "Inferno", und auch das journalistische Fachpersonal müht sich nach Kräften, "dieses dunkle Kapitel unserer Geschichte" am Leben zu erhalten. Immer wieder wird dabei auch versucht, die historische deutsche Niederlage mit viel "hätte" und "wäre" nachträglich in einen Sieg zu verwandeln.

In der Spiegel-Titelstory über "Hitlers Stalingrad" (16.12.2002) wird ein Motiv für die ausführliche Beschäftigung mit dem Thema offen ausgesprochen. Die "einseitige" Geschichtsschreibung im Gefolge der Revolte von 1968 habe "unterschwellig" den Eindruck erweckt, "die im Kessel (von Stalingrad) Eingeschlossenen habe möglicherweise eine gerechte Strafe ereilt". Über diese Darstellung - welche der Spiegel etwa der Wehrmachtsausstellung des Hamburger Instituts für Sozialforschung anlastet - würden sich heute aber nicht mehr nur die alten Kämpfer entrüsten, sondern auch deren Enkel, die "nun kaum noch von Vorurteilen beschwerte Fragen stellen".

"Vom Führer verraten und verkauft"

Offen nennt der Spiegel auch zwei Wegbereiter der neuen "geschichtspolitischen Wende". Der "Wunsch der Deutschen, über sich als Leid Tragende zu sprechen", sei von Günter Grass mit seiner Novelle über den Untergang der "Wilhelm Gustloff" ("Im Krebsgang"; siehe ak 460) ebenso befördert worden wie durch Jörg Friedrichs Bestseller "Der Brand. Deutschland im Bombenkrieg", dessen Botschaft derzeit in einer Spiegel-Serie an ein noch breiteres Publikum weiter gegeben wird. Der Potsdamer Militärhistoriker Rolf-Dieter Müller, der im Spiegel zitiert wird, lobt ausdrücklich das "unvoreingenommene Interesse der Nachgeborenen", das er ganz natürlich findet: "Wir sind eben ein Land, das inzwischen wieder Krieg führt"; die aus Stalingrad zu ziehende Lehre heiße eben nicht "Nie wieder Krieg", sondern "Nie wieder einen solchen Krieg".

Müllers Hamburger Kollege Bernd Wegner, Historiker an der Universität der Bundeswehr, hält es gar für möglich, dass die in den vergangenen Jahrzehnten unpopulär gewordene, auf Goebbels zurückgehende "Idee des deutschen Opfergangs" wieder an Boden gewinnen könnte. Im NDR-Interview (Thema Zeitgeschichte, 18. und 19.1.2003) kritisierte Wegner ausdrücklich die tendenziöse Behandlung des Stalingrad-Themas durch die Medien: "Es ist sehr charakteristisch für die Erinnerungskultur bei uns in Deutschland, dass die Erinnerung an Stalingrad immer verkürzt wurde auf die Kesselphase, dass der Marsch auf Stalingrad, ... die monatelangen Schlachten schon vorher, der Vernichtungskrieg vorher aus dieser spezifischen Stalingrad-Erinnerung ausgeschaltet bleiben."

Diese Kritik trifft besonders auf die dreiteilige ZDF-Serie zu, die mit Abstand das größte Publikum erreichte. Konzipiert wurde sie von dem unvermeidlichen "Chefhistoriker" und Bundesverdienstkreuz-Träger Guido Knopp (vgl. u.a. ak 379, 393 und 460), dessen "Buch zur Serie" ("Stalingrad. Das Drama") auch diesmal wieder umgehend auf die Bestsellerliste gelangte.

Dabei ist es Knopps ausdrücklicher Anspruch, "nicht nur die Erinnerungen Deutscher" zu berücksichtigen - schließlich will das ZDF seine Serie auch an ausländische Fernsehanstalten verkaufen. Tatsächlich sind unter den befragten ZeitzeugInnen auch einige KämpferInnen der Roten Armee, die wie ihre deutschen Feinde von einst die Schrecken des Krieges schildern.

So wurde in die Liste der 20 zum Weiterlesen empfohlenen Bücher auch der von Hannes Heer herausgegebene Band "Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941-44" mit aufgenommen, in dem die Taten der 6. Armee auf dem Weg nach Stalingrad ausführlich dargestellt werden. Bei Knopp werden diese Verbrechen allerdings nur am Rande erwähnt und in der bekannten Weise verharmlost: "Teile der Wehrmacht" seien "als Henkersknechte Hitlers, Himmlers und Heydrichs missbraucht" worden, wodurch das "Bild von der ‚sauberen` Wehrmacht manche Schrammen bekommen" habe. Die massenmörderischen Befehle der Wehrmachtsführung über den "Vernichtungskampf" bzw. "Weltanschauungskrieg" gegen das

"Untermenschentum" werden zwar erwähnt - dass die Wehrmacht damit insgesamt zur verbrecherischen Organisation wurde, kommt Knopp aber nicht in den Sinn.

Vertraut und doch immer wieder empörend klingen auch Knopps Versuche, die Kriegsniederlage nachträglich in einen Sieg zu verwandeln. Was wäre gewesen, wenn Hitler nicht so starrsinnig gewesen wäre, seine Generäle mehr Mut zum Widerspruch gefunden hätten und auf diese Weise schwere militärische Fehler vermieden worden wären? So rügt Knopp die "unprofessionelle Art" der Aufmarschanweisung - "statt präziser Befehle gab es ausschweifende Prosa"; den Truppenführern sei die "vor Ort erforderliche Weisungsbefugnis" verweigert worden, und der Oberbefehlshaber der 6. Armee, General Paulus, sei als "Mann des Schreibtischs" in Stalingrad einfach eine Fehlbesetzung gewesen. Die unkluge deutsche Propaganda darf ein überlebender Generalstabsoffizier unkommentiert bedauern: "Die Zivilbevölkerung hat uns weitgehend als Befreier begrüßt. Und wenn man das politisch genutzt hätte, wäre der Krieg wahrscheinlich anders gelaufen."

Geschichte wird gemacht - und umgeschrieben

An den "tapferen deutschen Soldaten" hat es jedenfalls nicht gelegen; ihre Pioniereinheiten lobt Knopp für eine "technische Glanztat": Sie bauten "binnen eines Tages vier Brücken über den Don" - Brücken, auf denen dann Panzer und anderes schweres Kriegsgerät nach Stalingrad geschafft werden konnten! Dort sollten dann nach dem Sieg die 800.000 Menschen nach "Nützlichkeit" selektiert werden. Während ein Teil der "durchweg kommunistischen Einwohnerschaft" (Hitler) ermordet oder zur Zwangsarbeit verschleppt werden sollte, wären Kinder, Alte, Kranke und Schwache "in die Steppe getrieben" worden - wenn sie den Deutschen in die Hände gefallen wären.

Für Knopp erscheinen die deutschen Stalingrad-Kämpfer vornehmlich als im Stich gelassene Opfer, "vom Führer verraten und verkauft". Hitler ist der doppelt Böse, sein Gegenüber Stalin aber auch nicht viel besser. Knopp verwendet viel Energie darauf, im Denken und Handeln der beiden Diktatoren möglichst große Übereinstimmungen zu konstruieren. Beide hätten den Kampf um die Stadt vornehmlich als eine Frage des persönlichen Prestige gesehen; diesem Prestige habe auch Stalin leichtfertig die eigenen Leute geopfert. Dabei wird selbst in Knopps Buch diese die deutsche Seite entlastende Gleichsetzung mehrfach widerlegt. Anders als Hitler war Stalin in der Lage, militärische Fehler zu korrigieren. So stimmte er schließlich dem Abzug von Truppen aus Stalingrad zu, um sie bei der Einkesselung der 6. Armee einzusetzen. Dieser Plan, der schließlich zum Sieg führte, wurde von Stalin maßgeblich konzipiert. Um diese Einkesselung durchzuführen, war es für die Rote Armee andererseits unumgänglich, Stalingrad zu "halten" und dazu auch Teile der Zivilbevölkerung zu bewaffnen oder zu Hilfsdiensten heranzuziehen. Der entsprechende Befehl war also nicht nur moralisch gerechtfertigt, sondern auch militärisch notwendig.

Natürlich gab es in der Roten Armee neben Opferbereitschaft auch brutalen Zwang, wurden mehrere Tausend Deserteure und andere "Feiglinge" getötet. Knopp spricht von 13.000 standrechtlich erschossenen Angehörigen der Roten Armee und nimmt diese schreckliche Zahl implizit als Beweis besonderer sowjetischer Blutrünstigkeit. So präsentiert er immer wieder eine Light-Version der Nazi-Propaganda, die er selbst treffend darstellt und von der er sich eigentlich absetzen möchte: "Hier der tapfer kämpfende deutsche Landser, dort der verzweifelt Widerstand leistende Soldat der Roten Armee, der in Gestalt feiger Heckenschützen den Angreifern auflauert, der nicht davor zurückschreckt, die eigenen Kameraden zu opfern, und der auch kein Erbarmen gegen die wehrlose Zivilbevölkerung kennt."

Nicht ohne Genugtuung registriert Knopp, dass die Versuche der sowjetischen Seite, deutsche Soldaten zum Überlaufen zu bewegen, fast völlig ohne Erfolg waren. "Allem Hunger zum Trotz verfiel die überwältigende Mehrheit der deutschen Soldaten nicht den Sirenengesängen der feindlichen Propaganda", schreibt er - "Sirenen" sind in der Odyssee Göttinnen, die durch ihren betörenden Gesang Seeleute auf ihre Insel locken und dann töten! Tatsächlich geht die immens hohe Sterblichkeitsrate der deutschen Kriegsgefangenen nur zum geringsten Teil auf sowjetische Racheakte zurück. Die deutschen Soldaten, die Anfang Februar gefangen genommen wurden, waren "halb erfroren, ausgemergelt, halb verhungert", erinnert sich ein Kameramann der Roten Armee: "Im Prinzip hätten sie alle ins Krankenhaus gehört." Die allermeisten hatten zu diesem Zeitpunkt kaum noch eine Überlebenschance.

Dass Kapitulation für die 6. Armee zu keiner Zeit in Frage kam, steht für Knopp auch 60 Jahre nach der Schlacht außer Zweifel. "Raus aus dem Kessel - so lautete die einzige vernünftige Lösung", schreibt er und

attackiert immer wieder die feigen Generäle, die sich Hitlers Ausbruchsverbot nicht entschieden genug widersetzten. Die von Knopp verschwiegenen Folgen eines gelungenen Ausbruchs liegen auf der Hand: Die 6. Armee wäre an anderer Stelle erneut in den Kampf geschickt worden. Dass sie statt dessen vollkommen zerschlagen wurde, war ein historisches Ereignis, das den Siegeswillen nicht nur der Roten Armee ungeheuer anstachelte. Auch für die Westalliierten und die antifaschistischen Widerstandsbewegungen wurde "Stalingrad" zur Kampfparole und großen Ermutigung.

Kapituliert wird nicht!

Statt das zu würdigen, lamentiert Knopp über einen "schweren Fehler" der Anti-Hitler-Koalition. Die von Churchill und Roosevelt im Januar 1943 in Casablanca beschlossene Forderung, Deutschland müsse bedingungslos kapitulieren, habe den deutschen Durchhaltewillen nur gestärkt und so den Krieg verlängert. Was unterschwellig auf die These hinausläuft, die Alliierten trügen eine Mitverantwortung für die Opfer der letzten Kriegsjahre.

Kapituliert wird nicht - im öffentlich-rechtlichen deutschen Fernsehen ist der "Geist von Stalingrad" lebendig geblieben. Den "neuen Rechten" von der Jungen Freiheit reicht das noch lange nicht. "Verschämt und leise erinnern wir uns dieser unermesslichen Opfer", bemängelt Dieter Stein in seinem Kommentar "Schlacht um Stalingrad" (JF, 31.1.03). Er fordert allen Ernstes "ein würdiges, zentrales Denkmal für die gefallenen und vermissten Soldaten von Stalingrad in der Hauptstadt." Guido Knopp und die GeschichtspolitikerInnen des medialen Mainstreams werden sich dieser Forderung kaum anschließen. Wozu auch? Sie haben - in Wort, Bild und Ton - ein solches Denkmal bereits gesetzt.

Js.

Eine ausführliche Darstellung der Schlacht um Stalingrad findet sich in ak 351 und ak 352. Die beiden Artikel enthalten auch eine historische Würdigung des sowjetischen Sieges. A.M. Wassilewski, Marschall der Roten Armee, wird mit den Worten zitiert: "Stalingrad, das war die Hoffnung der versklavten Völker auf Befreiung von den Faschisten." Eine Hoffnung, die sich erst mehr als zwei Jahre später erfüllte. An der Eroberung Berlins war auch die in Stalingrad siegreiche 62. Armee beteiligt.

38. AUFGEBLÄTTERT

CD-Datei: daten/aksuche/ak470/12.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:470:12

Judenretter in der Deutschen Wehrmacht

"Retter in Uniform" heißt die von Wolfram Wette herausgegeben Aufsatzsammlung über "Handlungsspielräume im Vernichtungskrieg der Wehrmacht". Diejenigen, die diese Handlungsspielräume nutzten, waren Soldaten und Offiziere der Deutschen Wehrmacht. Wie die Massenmörder in der gleichen Uniform, die aus Überzeugung oder aus Gehorsam handelten, waren auch die Retter in den meisten Fällen "ganz normale Männer" (Christopher Browning). Erst in extremen Situationen wurden sie zu Helden. Die Grauzone zwischen "Widerstand und Kollaboration" beschreibt Fritz Stern in seinem Geleitwort: "Es gab Menschen, die sich anpassten, feige oder fröhlich ‚mitgemacht` haben - und die dann in irgendeinem Augenblick den Mut zur Selbstüberwindung und zum aktiven Anstand fanden." Dass ihre Handlungen und Beweggründe erst sehr spät erforscht wurden, erklärt Stern zum einen mit einem "unbewussten Zögern ..., sich mit Menschen zu befassen, die so etwas wie einen moralischen Maßstab oder einen Vorwurf darstellen konnten". Zum anderen sieht er, ebenso wie Wolfram Wette, die Gefahr, die Beschäftigung mit den sehr wenigen "Rettern in Uniform" könnte als Versuch einer Entlastung der Wehrmacht missverstanden werden. Dazu taugen die zehn in dem Buch erzählten Geschichten eindeutig nicht. Nicht alle sind so spektakulär wie die des Wiener Feldwebels Anton Schmid, der in Wilna nicht nur Hunderte Jüdinnen und Juden vor der Ermordung bewahrte. Arno Lustiger sieht Schmids besonderes Verdienst darin, dass er den Aufbau der jüdischen Widerstandsbewegung in Polen unterstützte und den Geist der Rebellion verbreiten half. Anfang 1942 wurde er entdeckt, zum Tode verurteilt und hingerichtet. In Wien wurde Anton Schmid auch noch nach Kriegsende als Landesverräter beschimpft. Das berichtete seine Witwe, die 1967 die Ehrung der nationalen israelischen Gedenkstätte Yad Vashem für ihren Mann entgegennahm: Anton Schmid gehört seitdem zu den "Gerechten der Völker"; 1988 wurde für ihn in der "Allee der Gerechten" ein Baum gepflanzt.

Wolfram Wette (Hrsg.): Retter in Uniform. Handlungsspielräume im Vernichtungskrieg der Wehrmacht. Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt am Main, 2002. 247 Seiten, 13,90 EUR

Luigi Pintor

Memoiren von Altlinken sind für die Nachwelt nicht immer ein Anlass zu ungeteilter Freude. Oft kommen sie ebenso geschwätzig wie selbstgefällig daher: "Wir früher" waren doch aus einem besonders harten Holz geschnitzt! Ganz anders verhält es sich mit den knappen, nüchternen und selbstkritischen Erinnerungen des italienischen Kommunisten Luigi Pintor - obwohl er Anlass genug hätte, mit Stolz auf sein politisches Lebenswerk zurückzublicken. 1925 geboren, beteiligte er sich schon als Jugendlicher am Widerstand gegen den Faschismus, wurde nach Kriegsende PCI-Funktionär, dann als Linksabweichler aus der Partei ausgeschlossen, gründete 1969 zusammen mit Rossanda Rossanda die linke Tageszeitung Il Manifesto, für die er noch heute regelmäßig schreibt. Das alles entscheidende Ereignis seines Lebens war der Krieg. Zunächst sei es nur "Oppositionsgeist" gewesen, der ihn für die Verlierer Partei ergreifen ließ, für die Armen seines Viertels, aber auch die von den faschistischen Eroberern abgeschlachteten Menschen in Äthiopien. Es sei aber zweifelhaft, von dieser "edlen Gesinnung" auf eine "revolutionäre Neigung" zu schließen, gesteht Pintor. Das änderte sich mit dem Zweiten Weltkrieg. "Ohne den Krieg", schreibt er, "hätte mich mein Charakter sicherlich vom öffentlichen Leben fern gehalten." Insbesondere der "raue Befehlston und die rohe Grausamkeit" der deutschen Besatzer, die ab September 1943 die nördliche Hälfte Italiens terrorisierten, "trieben die sanftesten Personen zur Revolte". Nach Kriegsende war für Pintor eine "Rückkehr zur Normalität" undenkbar. Er wurde Redakteur des PCI-Zentralorgans L'Unità , ein "treuer Jünger", dem dennoch sogleich auffiel, dass in der Partei "Beflissenheit höher geschätzt wurde als Initiative, Gleichförmigkeit mehr galt als Einfallsreichtum". Heute ist er bei Il Manifesto, obwohl zu den VeteranInnen mit "Kultstatus" gehörend, "noch immer in meinem Innersten ein treuer Jünger". Ein Besiegter, der dennoch nicht aufgibt, bedeutungsschwere Botschaften an die Nachgeborenen aber verweigert. Sein Buch diene vielmehr vor allem ihm selbst dazu, "in der Fantasie noch einmal Rechnungen zu ordnen, die in Wirklichkeit nicht aufgehen".

Luigi Pintor: Servabo. Erinnerung am Ende des Jahrhunderts. Verlag Klaus Wagenbach, Berlin, 116 Seiten, 11,90 EUR

Sozialismus im 21. Jahrhundert

Ein anspruchsvolles, vielleicht sogar etwas großspuriges Unternehmen: "Sozialismus im 21. Jahrhundert" behandelt das Supplement der Zeitschrift Sozialismus 1/2003. Es geht um die "politische Ökonomie einer nicht-kapitalistischen Gesellschaft". Ausgangspunkt ist die viel (und mitunter falsch) zitierte Verheißung aus dem Kommunistischen Manifest: An die Stelle der Klassengesellschaft "tritt eine Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist". Ein "Modell" hatten die kommunistischen Klassiker bekanntlich nicht zu bieten. Auch Jürgen Bischoff und Hans-Georg Draheim, die Supplement-Autoren, kommen über allgemeine Überlegungen nicht hinaus - was kein Vorwurf sein kann. "Wenn Sozialismus möglich sein soll", so schreiben sie, "dann muss er dem Kapitalismus zwangsläufig nicht nur politisch, sozial und ökologisch, sondern auch und vor allem ökonomisch überlegen sein." Eine zeitgemäße "ökonomische Theorie des Sozialismus", welche die Autoren voranbringen wollen, müsse die "historische Fundsache Markt" ebenso berücksichtigen wie das "Fortbestehen egoistischer individueller Interessen". Grundsätzlich komme es darauf an, "Markt und Plan" zu vereinbaren. An die Stelle des Staates treten in der "sich selbst verwaltenden Gesellschaft ... eine direkt gewählte Verwaltung, die die Selbstverwaltung der Produzenten zur Grundlage hat." Das klingt vertraut und notgedrungen abstrakt - eine modellhafte und detaillierte Darstellung sozialistischer Selbstverwaltung wäre auch ziemlich nutzlos. Denn erstens kommt es anders (wenn überhaupt), und zweitens wird es auch im Sozialismus des 21. Jahrhunderts nicht gerade idyllisch zugehen: "Auch unter der Bedingung von Gemeineigentum wird, solange noch Warenproduktion und Wert existieren, das Wertgesetz zwangsläufig das regelnde Grundgesetz der Produktion bleiben", schreiben die Autoren. Der gesamtgesellschaftliche Plan aber müsse "als ein indirekt zentraler Plan von unten nach oben aufgestellt, durchgeführt und kontrolliert werden". Das klingt nach schrecklich viel Arbeit - aber es ist ja noch ein bisschen hin.

Joachim Bischoff/Hans-Georg Draheim: Sozialismus im 21. Jahrhundert. Zur politischen Ökonomie einer nicht-kapitalistischen Gesellschaft. Supplement der Zeitschrift Sozialismus 1/2003, VSA-Verlag, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg, 42 Seiten, 6,20 EUR

39. LESERINNENBRIEFE

CD-Datei: daten/aksuche/ak470/18.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:470:18

Bisschen schlampig

Betr.: ak 468

Liebe Freundinnen und Freunde,

die letzte Nummer des von mir sehr geschätzten ak war ein wenig schlampig redigiert. Auf Seite 8 weiß z.B. nicht jedeR per se, wer der interviewte Winfried Wolf ist. Hier wäre eine Beschreibung der Person (Ex-MdB der PDS oder so) nötig gewesen. Mitnichten betätigt sich, wie auf Seite 17 zu lesen war, die rot-grüne Bundesregierung seit 1997 an der Zerschlagung der Sozialversicherungssysteme. Diese Regierung gibts nämlich erst seit 1998.

Wie gesagt, vielleicht ein wenig mehr Sorgfalt beim Redigieren der Artikel. Ansonsten lese ich den ak nach wie vor sehr gerne, im ak 468 besonders den Antikriegs-Schwerpunkt.

Beste Grüße,

Euer Abonnent W.L.

Gibts nur in ak

Betr.: ak 469

Diese Nummer des ak hat mir gut gefallen. Die Gestaltung ist ansprechender geworden. Die Texte zu Saudi-Arabien und Nord-Korea enthielten interessante Aspekte, die so kompakt vielleicht nur in ak zu lesen sind. Die notwendige Auseinandersetzung mit den neuen Kriegsfreunden ist umfassend und - weil andere Liga - zu Recht vom übrigen Inhalt abgesetzt. Auch die Kritik an der Geschichte des linken "Trüffelschwein" erscheint mir fair. Die Buchbesprechungen, egal ob die längeren Texte von Renner oder Dandorfer oder die kürzeren in "aufgeblättert" gefallen mir. Ob irgendeiner die Leserbriefe vermisst hat?

Dietrich Marquardt

Klar, übersichtlich, funktional

Betr.: Neue Homepage, ak, Fantômas

Hallo ihr netten Leute aus der ak-Redaktion,

euer neues Erscheinungsbild im Internet gefällt mir ausgesprochen gut: klar, übersichtlich, funktional. Die Seite ist auch höchst interessant, kann ich dort doch Tage vor Erscheinen der Zeitung schon einige Artikel lesen!

Die Printausgabe bringt nach wie vor sehr informative und erhellende Beiträge (Euer Blatt halte ich weiterhin für das beste Printmedium weit und breit und empfehle es - meist allerdings folgenlos - bei allen passenden Gelegenheiten!).

Und Fantômas? Nun, eine zwölfte ak-Ausgabe wäre mir persönlich lieber (mehr Gebrauchswert!).

Insgesamt: Macht weiter so!

Martin Bayer

40. ERRATA

CD-Datei: daten/aksuche/ak470/33.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:470:33

Betr.: ak 469, Seite 9 - Nachtrag zum Interview mit Dirk Ruder

Aufmerksame LeserInnen werden sich gewundert haben: Bei dem Interview "Großes Verdienstkreuz fürs ‚Wegspritzen` von Homosexualität" (ak 469, Seite 9) ist aus unerklärlichen Gründen der Vorspann verschwunden. Nachträglich hier deshalb wesentliche Informationen zu den beteiligten Personen: Dirk Ruder ist Redakteur der sexualpolitischen Zeitschrift Gigi und Sprecher des wissenschaftlich-humanitären komitees (whk) im Rheinland. Das Interview führte Emanuel Nahrstedt. Wir bitten um Entschuldigung.

41. KALENDER

CD-Datei: daten/aksuche/ak470/39.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:470:39

Zivile Konfliktbearbeitung

Nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes veränderte sich der Charakter der Krisengebiete. Die Konflikte zwischen einzelnen Staaten nahmen ab, dafür stieg die Anzahl von innerstaatlichen Konflikten. Anstelle von diplomatischer Vermittlung trat zivile Konfliktbearbeitung. Zum Thema "Konflikte gewaltfrei bearbeiten - (wie) geht das?" referieren am 25.2. Jochen Neumann und Christoph Klotz von der internationalen Friedens- und Menschenrechtsorganisation Peace Brigades International (PBI).

Hamburg, 25.2.03, 19.30 Uhr, Werkstatt 3, Nernstweg 32-34

"Bikini Day"

Am 1. März 1954 detonierte auf dem Bikini-Atoll die größte US-amerikanische Wasserstoffbombe "Bravo". Etwa 300 Menschen wurden unmittelbar durch radioaktive Bestrahlung getötet, viele Tausende erkrankten erst später. Bis heute gibt es Neuerkrankungen auf Grund von Strahlenschäden. Im Pazifik wird der 1. März als "Bikini Day" mit Aktivitäten für einen nuklearfreien, nichtmilitarisierten und unabhängigen Pazifik begangen. Das Pazifik Netzwerk der Werkstatt 3 informiert über die Detonation der "Bravo", dazu gibt es Filme und Fotos.

Hamburg, 6.3.03, 19.30 Uhr, Werkstatt 3, Nernstweg 32-34

Politische Gefangene

Am 11.3. findet im Cafe Morgenrot eine Veranstaltung zum § 129a und zum aktuellen Ermittlungsverfahren gegen Daniel und Marco aus Magdeburg statt. Die beiden Magdeburger wurden am 27. November 2002 festgenommen und sind nun in der JVA-Moabit inhaftiert. Als Referenten sind der Rechtsanwalt Sven Lindemann und VertreterInnen der Soligruppe Magdeburg/Quedlinburg eingeladen. Auch dieses Jahr gibt es am 18.3. in Berlin wieder eine Demo zum Internationalen Kampftag für die Freilassung der politischen Gefangenen.

Berlin, 11.3.03, Cafe Morgenrot, Kastanienallee 85, 19.00 Uhr; Die Demonstration sammelt sich am 18.3., 14.00 Uhr, U-Bahnhof Turmstraße

Nahost-Konflikt

Rudi Friedrich hat im Trotzdem-Verlag den Sammelband "Gefangen zwischen Terror und Krieg?" herausgegeben, der die sozialen und politischen Hintergründe des Nahost-Konflikts beleuchtet. Einig sind sich alle AutorInnen darüber, dass weder auf Seiten der palästinensischen Autonomiebehörde noch der israelischen Regierung deutliche Anzeichen für eine Lösung durch Verhandlungen zu finden sind.

Hannover, 18.3.03, 19.30 Uhr, Oststadt-Bibliothek

Let's talk about Empire

"Die Vereinigten Staaten bilden nicht das Zentrum eines imperialistischen Projekts, und tatsächlich ist dazu heute kein Nationalstaat in der Lage. Der Imperialismus ist vorbei. Keine Nation kann in dem Sinne die Weltführung beanspruchen, wie die modernen europäischen Nationen das taten", schreiben Antonio Negri und Michael Hardt in ihrem mittlerweile zum linken Klassiker gewordenen Buch "Empire". Die These vom Ende des Imperialismus und vom Niedergang der Souveränität der Nationalstaaten ist auf scharfen Widerspruch gestoßen. Die Zeche Carl organisiert eine Veranstaltungsreihe rund um das Negri/Hardtsche Mammutwerk. Thomas Seibert (medico international) und Robert Kurz (Gruppe Krisis) diskutieren am 18.3. über das Thema "Empire - neue Weltordnung oder alter Imperialismus?"

Essen, 18.3, 19.30 Uhr, Zeche Carl, Wilhelm Nieswand Allee 100; www.zechecarl.de

Mehr vom Trüffelschwein

Das Buch "Geschichten vom Trüffelschwein" des Marburger Politologen Michael Steffen geht - wer hätte das gedacht - nun schon in die 2. Auflage. Wer über die Geschichte des Kommunistischen Bundes mehr erfahren

will, hat im März in Berlin und Hamburg dazu die Möglichkeit. Neben dem Buchautor wird sich auch Hans-Hermann Teichler (Mitglied des Leitenden Gremiums des KBs) der kritischen Diskussion und Reflexion stellen. Veranstalter sind der Verlag Assoziation A und die ak-Redaktion.

Hamburg, 19.3., 20 Uhr, Buchhandlung im Schanzenviertel, Schulterblatt,

Berlin, 26.3., 20 Uhr, Mehringhof, Buchladen Schwarze Risse, Gneisenaustr. 2a, Kreuzberg

Macht und Ohnmacht der Hilfe

"Hilfe droht zu einem ‚Produkt` wie jedes andere zu werden, das sich von den Bedürfnissen Hilfe suchender Menschen löst und nur noch die Folgen missglückter Politik abfedern soll", schreibt die NGO medico international in ihrer Einladung zur Konferenz "Macht und Ohnmacht der Hilfe". Ziel der Konferenz, die vom 28. bis 29. März 2003 in Frankfurt/M. stattfindet, ist es, die eigene Praxis der Hilfsorganisationen zu reflektieren und sich mit dem Strukturwandel von Hilfe auseinander zu setzen.

Frankfurt/M., 28./29.3.03, Beginn Fr, 18 Uhr, IG-Farben-Gebäude der Universität Frankfurt, Anmeldung: www.medico.de, Tel. 069-944380

42. EDITORIAL

CD-Datei: daten/aksuche/ak470/45.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:470:45

Die Telefone stehen nicht mehr still. Andauernd piepst das Fax. Türen schlagen. Zwischen Berlin, Hamburg und anderen Städten der Republik drohen die Datenverbindung wegen Überlastung auszufallen. Der Reiseverkehr hat merklich zugenommen. Konspirative Treffen allüberall. Eine Kampagne muss eben gut organisiert sein. Absprachen über das Vorgehen sind notwendig. Die Abstimmungen brauchen Zeit - und Gespür. Der Ablauf muss stimmen. Neueste Entwicklungen verlangen schnelles Reagieren. Hektik greift manchmal um sich - von Panik kann aber keine Rede sein.

Zentrum dieser Aktivitäten - neben den Räumen des Freitag in der Berliner Potsdamer Straße - ist unser Hamburger Kellerloch. Diesen Eindruck muss jedenfalls bekommen, wer so manche Äußerung aus der Redaktion der Jungle World der letzten Wochen zur Kenntnis nimmt, wo man sich als Opfer einer regelrechten "Kampagne" sieht. Unser Blatt wird in diesem Zusammenhang recht häufig genannt.

Allerdings: Unser Telefon klingelte in der vergangenen Zeit nicht häufiger als sonst. Das Fax schwieg ganz - war nämlich geraume Zeit nicht zu benutzen. Abstimmungen, Ablauf und Treffen der letzten Zeit hatten nur ein Thema: die Produktion unserer Zeitung. Der Reiseverkehr beschränkt sich auch auf die übliche An- und Abreise des Berliner Redaktionsgenossen. Und Besuch hatten wir nur von einem ehemaligen Leitungskader des ehemaligen Kommunistischen Bundes (KB). Aber auch hier war die Jungle World kein Thema. Vielmehr wurde der Wahrheitsgehalt so mancher Anekdote aus dem "Trüffelschwein"-Buch zur KB-Geschichte überprüft - etwa über die angebliche Laienspielgruppe des KB-Vorläufers KAB, die zu später Stunde, "leicht alkoholisiert", Sitzungen der Kommunistischen Internationalen nachgespielt haben soll.

Wir müssen also die KollegInnen aus Berlin enttäuschen - bei uns wird keine Kampagne organisiert. Allerdings stellen wir uns den Diskussionen, die in der Linken geführt werden - und intervenieren mit unseren Möglichkeiten. Das mag dem einen und der anderen nicht schmecken, dass können wir dann aber auch nicht ändern. Insofern haben wir in dieser Ausgabe den Faden wieder aufgegriffen und widmen einen umfangreichen Schwerpunkt der imperialistische Kriegstreiberei sowie der Anti-Kriegs- und Friedensbewegung in all ihren positiven wie negativen Erscheinungsformen.

Gefreut haben wir uns, dass unser Halbjahresmagazin den Sprung ins Feuilleton geschafft hat - und nicht nur in irgendeines, nein, sondern in das der Zeitung, hinter der angeblich immer ein kluger Kopf steckt. Einen Redakteur der FAZ hatte es ins "Ausland" verschlagen und wen er dort traf, war eine "Redakteurin der ziemlich links angesiedelten Zeitschrift Fantômas". Das hat ihn sichtlich beeindruckt. Gut so.

Eure ak-Redaktion

43. ak sucht weitere SuperspenderInnen

Uns fehlen noch 6611,89 Euro

CD-Datei: daten/aksuche/ak470/46.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:470:46

Wir wissen nicht, wie der typische Mensch, der für unsere Zeitung spendet, so aussieht. Was ist charakteristisch für die Zielgruppe der ÜberweisungsträgerausfüllerInnen, die wir jedes Jahr mit dem Spendenaufruf erreichen wollen? Sind die ominösen SpenderInnen eher männlich, oder sitzt die Kohle bei unseren Genossinnen lockerer? Oder haben sie unsere Gender-Seiten so weit verinnerlicht, dass sie die Zwangszuweisung zu einem Geschlecht für sich ablehnen? Kennen sie unser Blatt aus Zeiten, wo es noch Arbeiterkampf hieß? Oder sind sie erst 2002 durch das neue Magazin Fantômas auf ak aufmerksam geworden? Was schätzen sie an der Zeitung so sehr, dass sie - neben dem Verkaufspreis - uns noch zusätzlich Geld zukommen lassen? Aus welcher "Klasse" (für die langjährigen LeserInnen) oder "sozialen Gruppe" (für postmoderne Linke) stammen unsere UnterstützerInnen?

Wären wir ein kapitalistisches Unternehmen, würden wir erst mal ein Marktforschungsinstitut beauftragen, um Antworten auf all diese Fragen zu bekommen. Abgesehen davon, dass uns dazu nun wirklich das Geld fehlt, käme bei der Umfrage bestimmt raus, dass es die charakteristischen ak-SpenderInnen gar nicht gibt. Aber auch wenn wir klugerweise das Geld für eine solche Zielgruppenbefragung einsparen, fehlt uns leider noch die Summe von 6611,89 Euro, um den Laden wieder ein weiteres Jahr in Schwung zu halten. Das Geld werden wir - großes Ehrenwort - nicht verprassen, sondern hoch sinnvoll in die Basics unserer Zeitungsarbeit investieren: in die Miete, den Druck, anfallende Computerreparaturen und die kleinen Gehälter der ak-Angestellten. Das gespendete Geld deckt einen Teil der Grundausgaben ab, tragen kann sich ak aber letztlich nur durch das persönliche und unentgeltliche Engagement vieler. Zu nennen sind da unsere AutorInnen, LeserInnen, ComputerspezialistInnen und FreundInnen, denen diese Zeitung am Herzen liegt. Viele von Euch haben in den letzten Wochen eifrig für den Verein für politische Bildung Analyse und Kritik gespendet, 18.388,11 Euro sind bereits zusammengekommen. Dafür allen ein dickes Danke-Schön.

Vielleicht entschließt sich ja der eine oder die andere noch der Gruppe der ak-SupporterInnen beizutreten. Jedes Mitglied dieses exklusiven Clubs kriegt - neben ak und Fantômas - von uns Anfang 2004 eine Spendenbescheinigung, die im Kampf mit dem Finanzamt Wunder tun kann. Wenn die Welt mal wieder feindlich und kriegslüstern ist, kann ak im Gegenzug mit linker Analyse und Kritik ein wenig Trost spenden.

Wir wissen zwar nie so genau, was unsere LeserInnen jetzt im Einzelnen zum Spenden bewegt. Die Tatsache, dass jedoch gespendet wird, ermutigt uns im Weitermachen. Schön, dass es diese Spezie von Mensch noch gibt; ihr dürft euch natürlich weiter vermehren oder noch einige andere mit dem ak-Virus infizieren. Denn jedes neue Abo für ak sichert deren Zukunft.

Verein für politische Bildung, Analyse und Kritik

Kto. 13150-204

Postbank Hamburg

BLZ 200 100 20